



Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Wien, Juli 2004

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung ÖGPP

A-1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 0664/1427727

www.politikberatung.or.at; office@politikberatung.or.at

INHALTSÜBERSICHT:

EINLEITUNG.....	3
1. Die Einkommen der ÖsterreicherInnen.....	6
1.1 Die Arbeitnehmerentgelte	6
1.2 Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen.....	13
1.3 Vermögenseinkommen	19
1.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen	23
2. Die Verwendung der Einkommen	27
2.1 Konsum	28
2.2 Sparen	29
3. Die Geldvermögen der ÖsterreicherInnen.....	32
3.1 Geldvermögen der Privaten	33
3.2 Geldvermögen der Kapitalgesellschaften.....	36
3.2.1 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)	36
3.2.2 Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft).....	38
3.3 Geldvermögen des Staates.....	39
3.4 Zusammenfassung	40
4. Die Schulden der ÖsterreicherInnen.....	41
4.1 Schulden der Privaten	41
4.2 Schulden der Wirtschaft.....	44
4.3 Schulden der Finanzwirtschaft	45
4.4 Schulden des „Staates“	45
5. Die Sachvermögen in Österreich.....	47
5.1 Erwerbsvermögen	47
5.1.1 Betriebsvermögen der Wirtschaft	47
5.1.2 Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen	49
5.2 Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen.....	51
5.3 Spekulationsvermögen.....	53
5.4 Sachvermögen des Staates.....	55
5.5 Zusammenfassung	58
6. Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen.....	59
6.1 Besteuerung von Einkommen.....	59
6.2 Besteuerung von Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch).....	62
6.3 Besteuerung von Vermögen.....	63
6.3.1 Besteuerung von Geldvermögen	63
6.3.2 Besteuerung von Grund und Boden.....	64
6.3.3 Steuerparadies Privatstiftungen	65
6.4 Steuerrückstände und Steuerhinterziehung	66
6.5 Zusammenfassung	67
6.6 Internationaler Vergleich	67
7. Armut und Reichtum in Österreich	70
7.1 Armut	70
7.2 Reichtum	76
8. ZUSAMMENFASSUNG.....	84
9. Was man besser machen könnte	90

EINLEITUNG

Österreich gilt als ein wohlhabendes, reiches Land. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das allgemein als Indikator für den Wohlstand eines Landes herangezogen wird, ist in Österreich (mit 27.110 Euro pro Kopf und sogar 64.060 Euro je Erwerbstätigem im Jahr 2002) eines der höchsten der Welt. Und dieses jährliche Bruttosozialprodukt wächst – auch in der derzeitigen Wachstumskrise. 2002 um insgesamt 5,8 Milliarden Euro, 2003 um 5,9 Milliarden Euro, 2004 um 7,6 und 2005 sogar um 8,8 Milliarden Euro, wenn sich die Prognosen der Wirtschaftsforschung als richtig erweisen. „Österreich“ wird also immer reicher, was auch durch etliche punktuelle Veröffentlichungen belegt scheint:

- Österreichs private Haushalte haben nach Angaben der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) im Jahr 2003 ihre Geldvermögen um weitere 14 Mrd. Euro (oder knapp 5 %) auf knapp 304 Mrd. Euro erhöht.¹ Damit war der Zuwachs allein dieser Geldvermögen mehr als doppelt so hoch wie der Zuwachs des Bruttosozialproduktes.
- Die Zahl der großen Sparguthaben und Geldmögen (über 1 Mio. Schilling bzw. 70.000 Euro) hat sich von 1993 bis 2003 – innerhalb von nur 10 Jahren – auf rund eine Viertelmillion Stück verdoppelt.²
- Der „World Wealth Report 2004“ weist für Österreich im Jahr 2003 rund 60.000 Dollar-MillionärInnen aus – nur Finanzkapital gerechnet, kein Grund- oder sonstiges Vermögen. Ihr Finanzvermögen betrug zusammen 163 Milliarden Dollar – also im Durchschnitt etwa 3 Millionen Dollar pro Kopf, und um 8 % pro Jahr steigend.³
- Die Zahl der Privatstiftungen steigt weiter: Nach Angaben des Verbandes Österreichischer Privatstiftungen gibt es bereits 2.500 Privatstiftungen. Das waren um 150 oder 7 % mehr als noch ein Jahr davor.⁴ In diesen Privatstiftungen sind Vermögen (Geld, Wertpapiere, Immobilien usw.) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es ebenso wenig wie eine Liste aller Privatstiftungen) 25 bis 60 Milliarden Euro steuerschonendst geparkt.
- Ende Juni 2004 erreichte der Aktienindex der Wiener Börse (ATX) ein All-time-high und überstieg erstmals die 2.000-Punkte-Marke. 170 der größten Kapitalgesellschaften Österreichs haben dennoch 2003 über 3.200 Arbeitsplätze abgebaut, dafür aber um 147 Mio. Euro oder 9 % mehr Dividenden an ihre Eigentümer ausgeschüttet, erklärte die Arbeiterkammer im Juli 2004. Und in einigen Unternehmen seien die Dividenden sogar höher als der erwirtschaftete Gewinn gewesen und „aus der Substanz“ finanziert worden.⁵

Reichtum nimmt in Österreich also offensichtlich stark zu. Dieser Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt, dass es in Österreich Geld- und Sachvermögen im Wert von mehr als 2.100 Mrd. Euro gibt und dass Reichtum und Vermögen um Prozentsätze wachsen, wie man sie von der Gesamtwirtschaft, der Beschäftigung, den Löhnen oder Pensionen schon lange nicht mehr kennt.

Aber: in Österreich wächst auch die Armut. Das Sozialministerium weist ein Anstiegen armer und armutsgefährdeter Menschen in Österreich aus:

- Nach Angaben des Sozialministeriums waren in Österreich 2001 12 % der Bevölkerung arm oder armutsgefährdet⁶, 1999 waren es 11 %⁷. Insgesamt waren 930.000 Personen armutsgefährdet oder arm, 290.000 Personen lebten in akuter Armut. 23 % aller

¹ OeNB-Pressedienst, 28.4.2004

² OeNB – Statistische Monatshefte

³ World Wealth Report 2004 und OTS0217 vom 15.6.2004

⁴ APA0626 vom 14.6.2004

⁵ vgl. KURIER, 10.7.2004, S.19 und OTS0056 vom 9.7.2004

⁶ Sozialstatistik auf www.bmsg.gv.at

⁷ Bericht über die soziale Lage 2001-2002

AlleinerzieherInnen, 23 % aller Arbeitslosen und 35 % aller alleinstehenden PensionistInnen ab 65 waren 2001 arm oder armutsgefährdet.

- Nach Angaben des Sozialberichtes 2001/2002 wachsen die Einkommensunterschiede in Österreich von Jahr zu Jahr. 43 % der Bevölkerung leben nur mit niedrigem oder sehr niedrigem Lebensstandard.⁸
- Nach Angaben des Kreditschutzverbandes (KSV) „explodierte die Zahl der Privatkonkurse“ im ersten Halbjahr 2004 um 32 % auf 2.730 Fälle. Bereits rund 100.000 Haushalte sind nach Angaben der Schuldnerberatungen überschuldet.⁹ „Die vielen Belastungspakete der letzten Jahre gepaart mit einem äußerst schwierigen Arbeitsmarkt lassen auch für die nächsten Jahre keinen Rückgang erwarten“, heißt es beim KSV.¹⁰

Armut und Reichtum nehmen in Österreich offensichtlich gleichzeitig zu. Trotz des hohen allgemeinen Wohlstandes und der hohen, wachsenden Bruttowertschöpfung besteht offenkundig neben deutlich wachsendem Reichtum in Österreich auf der anderen Seite auch wachsende Armut. Offenkundig, denn Genaues weiß man nicht. Denn während der „Bericht über die soziale Lage 2001-2002“ auf nicht weniger als 223 Seiten Auskünfte vor allem über Armutsgefährdung und Armut in Österreich gibt – der nächste Bericht soll im Herbst 2004 erscheinen –, gibt es in Österreich keinen ähnlichen Bericht, der das andere Ende der sozialen Skala, den Reichtum, beleuchtet. Es ist bemerkenswert, dass wir in Österreich die Zahl der Armen, ihre Armut und wie sie entsteht genau untersuchen und kennen, die Zahl der Reichen, ihren Reichtum und wie er entsteht jedoch nicht. Der frühere österreichische Finanzminister Ferdinand Lacina meinte einmal: *„Wir zählen mit Akribie die Anzahl der Obstbäume, aber wir behandeln die Vermögen sehr diskret, und das ist kein Zufall. In diesem Bereich sind eben die politischen Widerstände besonders groß.“*¹¹

Entscheidend für die Notwendigkeit dieses ersten „Armuts- und Reichtumsberichtes für Österreich“ ist weniger der Umstand, dass es Armut und Reichtum gibt, sondern dass Armut und Reichtum in Österreich zunehmen, wofür dieser Bericht zahlreiche Belege liefert. Es sind also offensichtlich erhebliche Umverteilungsprozesse im Gange, die auch unerwünschte gesellschaftspolitische Folgen haben und daher politisches Handeln verlangen: Armut erhöht – wie vielerlei Studien belegen – Krankheitsrisiko und Sterblichkeit. Krankheit wiederum erhöht das Risiko, arbeitslos zu werden. Armut erschwert den Zugang zu Bildung, zu guter Arbeit und Wohnqualität. All das birgt sozialen und politischen Sprengstoff.

Die deutsche Bundesregierung legte im April 2001 dem Deutschen Bundestag den Bericht „Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ vor. Der über 350-Seiten, samt Beilagen rund 700 Seiten starke Bericht bestätigte auch dort die Zunahme von Einkommensarmut, steigender Überschuldung und der großen Kluft zwischen arm und reich und formulierte politische Handlungsmöglichkeiten.

Da sich Österreich und Deutschland in vielen sozialen Strukturen und Entwicklungen nicht grundlegend voneinander unterscheiden, sollte daher das deutsche Beispiel auch Impuls für einen ähnlichen, regelmäßigen Bericht der österreichischen Bundesregierung sein.

Weil dies bislang nicht erfolgt ist, wird mit diesem ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorhandenes, zugängliches Datenmaterial zusammengefasst, dargestellt und bewertet. Wir stellen dar die Entstehung von Einkommen, die verschiedenen Einkommensarten, die Verwendung der Einkommen (für Konsum und Vermögensbildung), die vorhandenen Geldvermögen, denen auch Schulden gegenüberstehen. Wir versuchen, die Sachvermögen

⁸ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.25 und 26

⁹ APA0344, 30.6.2004

¹⁰ KSV 29.9.2003

¹¹ Der Standard, 24.11.1995, S.36

zu bewerten.¹² Wir betrachten die Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die wesentliche Verteilungswirkung hat, um schließlich die sich daraus ergebende Armut und den Reichtum in Österreich darzustellen. Und wir versuchen schließlich zu formulieren, was besser gemacht werden könnte, damit die Kluft zwischen arm und reich in Österreich nicht noch größer wird.

Wichtige Datengrundlagen für diesen Bericht lieferten der Einkommensbericht 2002, die Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Umsatzsteuerstatistik, die Konsumerhebung 1999/2000, die monatlichen Berichte der Oesterreichischen Nationalbank, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Statistiken des Kreditschutzverbandes, die Gebäude- und Wohnungszählung 2001, der Immobilienpreisspiegel 2003, die AK-Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“, die Kfz-Statistik, die Bundesfinanzgesetze, der Bericht über die soziale Lage 2001-2002 sowie der World Wealth Report 2004.

An diesem Bericht haben Dr. Andreas Höferl und Mag. Paul Pöchhacker gearbeitet. Dank für Vorarbeiten gilt auch Veronika Adensamer und Mag. Dagmar Hemmer. Möge dieser Bericht dazu beitragen, das Wissen, das Bewusstsein, den öffentlichen und politischen Dialog über Armut und Reichtum in Österreich zu verstärken und richtige Schlussfolgerungen zu ziehen, die dem Allgemeinwohl und dem erfolgreichen Kampf gegen die Armut dienen.

Wien, im Juli 2004

¹² Es ist bemerkenswert, dass der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht nur 24 von 356 Seiten der Darstellung der Vermögen der Deutschen widmet und sich auf die schlechte Datenlage beruft

1. Die Einkommen der ÖsterreicherInnen

Das Bruttonational- oder Volkseinkommen (die Summe aller Wertschöpfungen in einer Volkswirtschaft, soweit diese den im Inland lebenden Personen zukommen) der ÖsterreicherInnen gliedert sich in folgende vermögensrelevante Arten von Einkommen: ArbeitnehmerInnenentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sowie Vermögenseinkommen. Sie alle werden in diesem Kapitel dargestellt. Der Vollständigkeit halber aber auch die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen, also die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, weil sie eine entsprechende Größenordnung und Bedeutung insbesondere auch zur Verhinderung von Armut haben.

1.1 Die Arbeitnehmerentgelte

Voraussetzung für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, dass sich die Zunahme der Zahl unselbständig Erwerbstätiger in den letzten Jahren verflacht hat. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten (also ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienler) stieg bis 2001 auf 3,078 Mio. und stagniert seither. Im Gegenzug ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren – von 222.900 im Jahr 2000 – auf etwa 284.000 im Jahresdurchschnitt 2003 und 2004 gestiegen (Arbeitslose in und ohne Schulungen zusammengezählt).¹³

Die „Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte“ (Bruttoeinkommen inkl. der tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge) in Österreich betragen 2003 114,8 Mrd. Euro. Sie sind damit – wie die Übersicht auf der folgenden Seite zeigt – seit 1976 (von damals 30,3 Mrd. Euro) in absoluten Beträgen jedes Jahr gestiegen. Dies hängt aber weniger mit kontinuierlichen Einkommenszuwächsen, als vielmehr mit der deutlichen Zunahme der (unselbständig und geringfügig beschäftigten) ArbeitnehmerInnen gegenüber 1976 (um etwa 600.000 Personen) zusammen. Umso bemerkenswerter ist daher, dass ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt seit 1982 dennoch tendenziell sinkt und heute um rund 5 % geringer ist als damals.¹⁴

Tatsächlich zeigt die Entwicklung der Real-Nettolöhne und -gehälter der ArbeitnehmerInnen phasenweise Rückgänge.

Tab. 1: Lohn- und Gehaltssumme aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1988 bis 2002

Jahr	Bruttolöhne und Gehälter	Abzüge 2)	Nettolöhne und Gehälter	Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	Nettolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)
	Mrd. Euro			Mrd. Euro je Monat 4)	
1988	50,06	13,03	37,03	1.531	1.133
1989	53,26	12,56	40,7	1.602	1.225
1990	57,59	14,08	43,51	1.698	1.283
1991	62,57	15,67	46,91	1.815	1.360
1992	66,56	17,15	49,41	1.918	1.424
1993	69,14	18,47	50,67	1.999	1.465
1994	71,75	19,2	52,56	2.070	1.517
1995	74,18	22,23	51,96	2.140	1.500
1996	74,72	23,45	51,27	2.160	1.480
1997	75,91	24,71	51,2	2.180	1.470
1998	79,02	25,46	53,56	2.240	1.520
1999	81,96	26,65	55,31	2.300	1.550
2000	85,05	27,32	57,73	2.360	1.600
2001	86,85	28,07	58,77	2.390	1.620
2002	88,55	28,78	59,77	2.440	1.650

Qu.: STATISTIK AUSTRIA. - 1) Konzept ESVG 1995. - 2) Pensionsbeiträge der Beamten, Lohnsteuer einschließlich aller Zuschläge, ArbeitnehmerInnenbeiträge zur Sozialversicherung und Kammerumlagen, Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe. - 3) Vollzeitäquivalente. - 4) 1/12 des Jahreseinkommens.

¹³ AMS und Hauptverband der Sozialversicherungsträger

¹⁴ mehr dazu am Ende dieses Kapitels

Tab. 2: Arbeitnehmerentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 1976-2003

Jahr	BIP nominell	Arbeitnehmerentgelte insgesamt		Bruttobetriebsüberschuss & Selbständigeneinkommen	
	Mio. Euro	Mio. Euro	Anteil am BIP in %	Mio. Euro	Anteil am BIP in %
1976	54.342,70	30.280,10	55,72	17.106,20	31,48
1977	60.060,90	33.402,90	55,62	18.690,40	31,12
1978	63.521,50	36.538,40	57,52	18.991,80	29,9
1979	69.541,00	38.891,50	55,93	21.845,70	31,41
1980	74.722,60	41.924,80	56,11	23.396,90	31,31
1981	79.621,90	45.123,00	56,67	24.416,00	30,66
1982	85.452,50	47.120,60	55,14	27.683,80	32,4
1983	90.914,30	48.839,50	53,72	30.667,40	33,73
1984	95.503,20	51.421,40	53,84	31.331,30	32,81
1985	100.771,60	54.429,20	54,01	33.206,50	32,95
1986	105.861,30	57.667,10	54,47	35.035,80	33,1
1987	109.913,70	59.994,30	54,58	36.071,10	32,82
1988	115.118,70	62.265,30	54,09	38.285,30	33,26
1989	123.475,90	66.146,40	53,57	41.647,30	33,73
1990	133.602,90	71.144,20	53,25	45.780,00	34,27
1991	143.228,70	77.149,80	53,86	48.734,30	34,03
1992	151.831,30	82.217,40	54,15	51.117,40	33,67
1993	156.938,90	85.880,70	54,72	51.827,90	33,02
1994	165.411,40	89.508,10	54,11	54.985,80	33,24
1995	172.287,30	93.535,70	54,29	57.770,30	33,53
1996	178.045,50	94.613,20	53,14	61.763,60	34,69
1997	182.485,90	96.547,80	52,91	62.561,30	34,28
1998	190.628,40	100.086,20	52,5	66.878,20	35,08
1999	197.063,80	103.678,50	52,61	68.182,30	34,6
2000	206.671,40	107.230,90	51,88	73.720,50	35,67
2001	212.510,80	109.511,90	51,53	77.065,10	36,26
2002	218.332,80	111.871,70	51,24	79.952,40	36,62
2003	224.269,70	114.801,40	51,19	82.633,80	36,85

Q: Statistik Austria, WIFO

Bei genauer Betrachtung sind in den letzten Jahren vor allem die Netto-Einkommen der ArbeitnehmerInnen der unteren Einkommensgruppen geringer geworden, während besserverdienende Angestellte und BeamtInnen kontinuierliche Netto-Einkommenszuwächse hatten. Erkennbar sind auch die hohen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Unselbständig erwerbstätige Männer verdienten im Jahr 2000 durchschnittlich 53 % mehr als Frauen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der „Einkommensbericht 2002“ von Rechnungshof und Statistik Austria¹⁵: Unselbständig Erwerbstätige verdienten demnach 2001 durchschnittlich 20.480 Euro brutto bzw. 15.400 Euro netto pro Jahr, was einem durchschnittlichen Monatseinkommen (Annahme 12 Bezüge + 2 Sonderzahlungen) von brutto 1.463 und netto 1.101 Euro entsprach. Lehrlinge verdienten 2001 durchschnittlich 6.060 Euro brutto (5.420 netto) jährlich, ArbeiterInnen 16.680 brutto (12.620 netto), Angestellte 23.100 brutto (16.760 netto) und BeamtInnen 33.840 brutto (23.560 netto) jährlich.

Auch die Lohnsteuerstatistik bestätigt, dass von 1995 bis 2001 die Bruttolöhne und -gehälter der 30 % EinkommensbezieherInnen mit den geringsten Einkommen nur um 1 % gestiegen sind, die Einkommen der 5 % EinkommensbezieherInnen mit den besten Einkommen dagegen um 23 % gewachsen sind. Mit anderen Worten: Überdurchschnittlich dazuverdient haben in den letzten Jahren jene, die bereits überdurchschnittlich viel verdienen. In Euro ausgedrückt konnten die obersten 5 % ihre Einkommen zwischen 1995 und 2001 in Summe um 2,9 Mrd. Euro steigern. Das ist mehr als jene 60 % mit geringen bis

¹⁵ Einkommensbericht 2002, S.5

durchschnittlichen Einkommen, die zusammen (immerhin zwölf Mal so viele Menschen wie in der obersten Gruppe) in dieser Zeit nur ein Einkommensplus von insgesamt 2,4 Mrd. Euro hatten. Das Zunehmen der „Ungleichheit bei den Unselbständigen-Einkommen“ hat auch der Sozialbericht 2001/2002 zur Diskussion gestellt.

Tab. 3: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1997 bis 2001

	Unselbständig Erwerbstätige			ArbeitelInnen			Angestellte			BeamtInnen		
	1. Quartil	Median	3.Quartil	1. Quartil	Median	3.Quartil	1. Quartil	Median	3.Quartil	1. Quartil	Median	3.Quartil
	EUR											
	Insgesamt											
1997	8.367	14.579	20.166	5.826	12.092	16.178	9.392	15.804	22.765	17.269	21.290	26.234
1998	8.226	14.686	20.445	5.724	12.097	16.356	9.176	15.862	22.958	17.674	21.800	26.807
1999	8.205	14.929	20.911	5.663	12.197	16.680	9.186	16.074	23.290	18.303	22.633	27.728
2000	8.336	15.401	21.561	5.647	12.568	17.180	9.421	16.605	24.023	19.024	23.458	28.694
2001	8.298	15.533	21.741	5.608	12.616	17.402	9.459	16.762	24.172	19.208	23.562	28.612
Veränderung 2000-2001, %	-0,5	0,9	0,8	-0,7	0,4	1,3	0,4	0,9	0,6	1	0,4	-0,3
	Männer											
1997	12.102	16.899	22.730	9.172	14.338	17.774	14.533	20.942	29.323	17.689	21.718	27.012
1998	12.088	17.139	23.133	9.079	14.482	18.016	14.526	21.137	29.771	18.133	22.287	27.665
1999	12.099	17.492	23.695	9.037	14.717	18.405	14.599	21.390	30.193	18.792	23.190	28.600
2000	12.510	18.067	24.502	9.231	15.214	18.981	15.206	22.121	31.330	19.501	23.990	29.618
2001	12.376	18.258	24.669	8.977	15.376	19.227	15.282	22.341	31.416	19.626	24.070	29.490
Veränderung 2000-2001, %	-1,1	1,1	0,7	-2,8	1,1	1,3	0,5	1	0,3	0,6	0,3	-0,4
	Frauen											
1997	5.562	11.281	16.274	3.076	7.899	11.829	7.272	12.785	17.656	16.025	20.353	24.662
1998	5.483	11.283	16.458	3.078	7.819	11.872	7.127	12.774	17.814	16.386	20.802	25.061
1999	5.508	11.417	16.817	3.109	7.867	12.004	7.157	12.952	18.151	17.055	21.580	25.989
2000	5.606	11.803	17.360	3.095	7.941	12.387	7.357	13.398	18.724	17.857	22.461	27.066
2001	5.753	11.964	17.605	3.223	8.111	12.567	7.491	13.563	18.946	18.193	22.675	27.087
Veränderung 2000-2001, %	2,6	1,4	1,4	4,1	2,1	1,5	1,8	1,2	1,2	1,9	1	0,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerstatistik - Sozialstatistische Auswertungen. - 1) Ohne Lehrlinge. - 2) Bruttojahresbezüge gemäß § 25 EStG. abzüglich der insgesamt einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge und abzüglich der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer

Tab. 4: Verteilung der Bruttolöhne und Gehälter 1995 und 2001

Dezile/Perzentile	1 9 9 5		2 0 0 1		Entwicklung 1995 - 2001 in %
	Gesamtsumme in Mrd. €	Anteil	Gesamtsumme in Mrd. €	Anteil	
1. – 3. Dezile	5,4	7,40%	5,5	6,50%	1 %
4. – 6. Dezile	17,8	24,10%	20,1	23,40%	13,40%
7. – 9. Dezile	29,6	40,30%	35	40,80%	18,10%
91.- 95. Perzentile	73,5	10,50%	9,2	10,70%	19,40%
96.- 100. Perzentile	73,5	17,70%	15,9	18,50%	23,00%
insgesamt	73,5	100%	85,8	100%	16,70%

Q.: Statistik Austria (Lohnsteuerstatistik 1995 und 2001)

Dementsprechend sinkt die Einkommenszufriedenheit in Österreich, wie der „Arbeitsklimaindex“ im Frühjahr 2004 nachweist¹⁶. Die Einkommenszufriedenheit ist danach auf den tiefsten je (seit 1997) gemessenen Wert gefallen. Immer weniger ÖsterreicherInnen geben an, von ihrem Einkommen gut leben zu können. Und der Index bestätigt auch: besonders prekär ist die Situationen von ArbeitnehmerInnen mit mittlerer bis geringer Qualifikation und dementsprechend auch geringen Einkommen.

Denn die Schulbildung bewirkt Unterschiede in den Einkommen der ArbeitnehmerInnen, wie auch der Sozialbericht der Bundesregierung nachweist: ArbeitnehmerInnen mit

¹⁶ Arbeitsklimaindex unter www.arbeitsklimaindex.at und www.sora.at

Pflichtschulabschluss hatten 1999 ein monatliches Nettoeinkommen von durchschnittlich 15.100 Schilling (1.097 Euro), MaturantInnen zwischen 18.100 und 20.100 Schilling (1.315 bis 1.461 Euro), AkademikerInnen von durchschnittlich 27.100 Schilling (1.969 Euro).¹⁷

Das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen hängt auch eng mit der deutlichen Zunahme „atypischer“ Beschäftigungen mit geringen Einkommen seit Mitte der 90er Jahre zusammen: Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Österreich hat von 1994 bis 2003 um 207.000 (auf 667.700) oder 45 % zugenommen¹⁸. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten war im Dezember 2003 mit fast 222.000 um 94.000 oder 74 % höher als Ende 1994.¹⁹ Ende 2003 wurden zudem etwa 56.000 „freie DienstnehmerInnen“ und „neue Selbständige“ gezählt, Kategorisierungen, die Mitte der 90er Jahre geschaffen wurden.²⁰

Innerhalb Österreichs gibt es nach wie vor bundesländerweise Unterschiede in der Höhe der Löhne und Gehälter der ArbeitnehmerInnen (siehe nachfolgende Tab. 5). Das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen (Median) eines unselbständig Erwerbstätigen betrug in Österreich im Jahr 2001 21.189 Euro. Darüber lag es in Niederösterreich, Wien, Oberösterreich und Vorarlberg, am geringsten war es in Salzburg, Kärnten, Steiermark und Tirol. Man sollte daher weniger von einem Ost-West-, als vielmehr von einem Nord-Süd-Gefälle sprechen.

Und nicht zuletzt gibt es auch erhebliche Unterschiede der Löhne und Gehälter zwischen Frauen und Männern. Der Einkommensunterschied zwischen unselbständig erwerbstätigen Männern und Frauen betrug 2001 laut Einkommensbericht 68 % bei den Bruttolöhnen und -gehältern und 53 % bei den Nettolöhnen und -gehältern.²¹

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen waren bei den BeamtInnen mit 6 % bei den Brutto- und Netto-Einkommen und bei den Lehrlingen mit 18 % bzw. 19 % noch am geringsten, bei den ArbeiterInnen mit 110 % bei den Brutto- und 90 % bei den Nettolöhnen bzw. bei den Angestellten mit 83 % bei den Brutto- bzw. 65 % bei den Netto-Gehältern dagegen am höchsten.

Eine wesentliche Ursache ist auch hier – vor allem bei ArbeiterInnen und Angestellten –, dass erwerbstätige Frauen wesentlich öfter nur geringfügig oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. 32 % aller unselbständig erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, aber nur 4 % der Männer. Diese Quote hat sich gegenüber den 70er-Jahren verdoppelt. Im Dezember 2003 waren 71 % aller geringfügig Beschäftigten Frauen (insg. 157.100 von 222.000) und sogar 86 % aller Teilzeitbeschäftigten Frauen (insg. 572.200 von 667.700). Auch zwei Drittel der befristeten Dienstverhältnisse betreffen Frauen und bewirken geringere Einkommen.²²

Die Einkommensunterschiede zwischen gut und weniger verdienenden ArbeitnehmerInnen sind bei Männern höher als bei Frauen. Das einkommensstärkste Viertel der unselbständig erwerbstätigen Frauen verdiente 2000 etwa eineinhalb mal so viel wie das einkommensschwächste Viertel. Das einkommensstärkste Viertel der unselbständig erwerbstätigen Männer dagegen verdiente doppelt so viel wie das einkommensschwächste Viertel.²³ Ein wesentlicher Grund für die Einkommensdifferenzen sind auch die unterschiedlichen beruflichen Positionen von Frauen und Männern. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Der Frauenanteil beträgt bei den Hilfskräften 62 %, bei den FacharbeitInnen dagegen nur 14 %, bei den Angestellten mit höherer Tätigkeit 38 %, bei Angestellten und öffentlich Bediensteten mit hochqualifizierter Tätigkeit sogar nur 24 %.²⁴

¹⁷ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.165

¹⁸ ST.AT 19.4.2004

¹⁹ 128.116 im Dezember 1994 lt. HV d. SV

²⁰ vgl. ÖGB www.oegb.at

²¹ Einkommensbericht 2002, S.5

²² siehe dazu auch: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.161

²³ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.24

²⁴ ST.AT Mikrozensus 2000 und Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.170

Tab. 5: Bruttojahreseinkommen 2001 nach Bundesländern

Bundesland	Unselbständig Erwerbstätige			ArbeiterInnen			Angestellte			Beamte		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Euro												
Österreich												
Zahl d. Personen	3.492.188	1.898.134	1.594.054	1.488.375	948.075	540.300	1.668.749	724.446	944.303	335.064	225.613	109.451
1. Quartil	10.532	16.805	7.156	7.199	12.074	3.703	11.847	20.862	9.286	26.743	27.418	25.007
Median	21.189	25.685	15.354	16.786	21.182	10.087	23.091	32.681	17.810	33.846	34.465	32.632
3. Quartil	31.221	36.362	24.363	24.248	27.256	16.308	35.888	49.035	26.619	43.628	44.996	41.518
Arithmet. Mittel	24.103	29.581	17.581	16.836	20.305	10.748	27.971	38.848	19.627	37.121	38.804	33.652
Burgenland												
Zahl d. Personen	114.256	64.892	49.364	50.773	34.132	16.641	50.911	21.353	29.558	12.572	9.407	3.165
1. Quartil	11.603	18.050	7.574	9.262	14.891	4.510	11.702	20.923	9.264	26.943	27.205	25.822
Median	20.981	25.337	14.787	17.796	21.442	10.356	21.749	30.693	16.991	34.116	34.265	33.755
3. Quartil	30.319	34.557	22.670	24.468	27.289	15.792	32.829	45.114	24.942	42.724	42.994	42.369
Arithmet. Mittel	23.160	28.069	16.707	17.624	21.025	10.646	25.604	35.697	18.313	35.623	36.312	33.578
Kärnten												
Zahl d. Personen	225.766	124.234	101.532	106.388	67.355	39.033	95.254	39.907	55.347	24.124	16.972	7.152
1. Quartil	10.036	16.584	6.326	7.107	12.630	3.318	11.190	20.762	8.811	26.683	26.723	26.548
Median	20.211	24.418	14.131	16.418	20.589	9.458	21.825	31.444	16.562	33.734	33.677	33.923
3. Quartil	29.515	33.815	22.549	23.155	25.951	15.508	34.061	46.639	25.337	43.139	43.599	42.438
Arithmet. Mittel	22.473	27.474	16.354	16.086	19.562	10.088	26.112	36.714	18.469	36.269	37.148	34.183
Niederösterreich												
Zahl d. Personen	660.611	365.387	295.224	263.338	173.428	89.910	319.999	139.234	180.765	77.274	52.725	24.549
1. Quartil	11.772	18.527	7.965	8.227	13.856	3.930	12.384	21.875	9.745	26.222	26.927	24.279
Median	22.132	26.601	16.002	17.845	21.849	10.372	23.401	34.017	17.968	32.668	33.308	31.197
3. Quartil	32.184	37.635	24.959	25.029	27.923	16.441	36.917	51.910	26.547	41.778	42.978	39.722
Arithmet. Mittel	25.353	31.205	18.111	17.752	21.302	10.904	29.098	41.195	19.780	35.750	37.396	32.216
Oberösterreich												
Zahl d. Personen	590.368	328.152	262.216	270.992	177.162	93.830	275.463	120.773	154.690	43.913	30.217	13.696
1. Quartil	10.690	18.551	6.657	8.145	14.910	3.608	11.650	22.534	8.712	26.673	27.110	25.123
Median	21.290	26.394	14.425	18.314	22.737	9.940	22.648	33.898	16.550	33.895	34.061	33.629
3. Quartil	30.982	36.723	22.330	25.628	28.696	16.228	35.386	49.252	24.720	43.196	44.411	41.419
Arithmet. Mittel	23.680	29.706	16.138	18.034	21.986	10.571	27.177	38.947	17.988	36.583	38.038	33.374
Salzburg												
Zahl d. Personen	231.508	122.138	109.370	103.515	62.482	41.033	109.664	46.580	63.084	18.329	13.076	5.253
1. Quartil	9.697	16.012	6.394	6.309	11.244	3.435	11.542	21.210	9.078	27.215	27.469	26.206
Median	20.133	25.042	14.321	15.714	20.557	9.716	22.428	32.120	17.073	34.608	34.730	34.426
3. Quartil	29.783	35.204	22.806	23.298	26.416	15.923	34.484	47.478	25.461	44.879	45.854	42.668
Arithmet. Mittel	22.878	28.679	16.400	15.891	19.454	10.465	26.947	38.096	18.715	37.991	39.212	34.951
Steiermark												
Zahl d. Personen	495.908	275.942	219.966	236.043	154.631	81.412	213.821	89.413	124.408	46.044	31.898	14.146
1. Quartil	10.526	17.571	6.745	8.005	14.178	3.667	11.358	21.020	8.971	26.526	26.534	26.508
Median	20.917	25.267	14.254	17.679	21.973	9.672	21.917	32.079	16.604	34.173	33.522	35.541
3. Quartil	30.087	34.544	22.804	24.838	27.694	15.518	33.974	47.256	25.100	43.741	44.277	42.977
Arithmet. Mittel	22.951	28.153	16.426	17.379	21.077	10.354	26.082	36.978	18.250	36.978	37.711	35.327
Tirol												
Zahl d. Personen	302.724	163.517	139.207	146.295	88.753	57.542	133.222	57.019	76.203	23.207	17.745	5.462
1. Quartil	8.612	15.214	5.297	5.568	10.369	2.987	10.841	20.766	8.309	27.303	28.020	24.891
Median	19.286	24.454	13.033	15.065	20.152	8.621	21.650	31.123	16.216	35.155	35.759	32.978
3. Quartil	28.719	34.068	21.293	23.012	26.197	15.132	32.755	45.144	24.431	44.864	46.082	41.551
Arithmet. Mittel	21.415	26.959	14.902	15.380	19.046	9.726	25.138	35.380	17.473	38.085	39.477	33.561
Vorarlberg												
Zahl d. Personen	149.767	81.459	68.308	68.076	40.599	27.477	73.522	34.883	38.639	8.169	5.977	2.192
1. Quartil	9.165	17.966	5.170	5.379	10.942	2.781	12.410	25.891	8.015	28.055	29.983	21.711
Median	21.214	27.628	13.473	16.114	22.126	8.863	25.055	36.234	16.650	36.313	38.629	30.866
3. Quartil	31.563	38.388	22.134	24.760	28.103	16.358	37.894	49.266	25.509	46.779	49.704	39.216
Arithmet. Mittel	23.411	30.280	15.220	16.190	20.258	10.180	28.355	39.907	17.925	39.089	42.169	30.693
Wien												
Zahl d. Personen	721.280	372.413	348.867	242.955	149.533	93.422	396.893	175.284	221.609	81.432	47.596	33.836
1. Quartil	10.786	13.040	9.288	6.184	7.266	4.815	12.554	17.361	10.681	27.128	28.920	24.705
Median	21.997	25.291	18.912	14.830	17.643	12.318	24.742	31.361	21.079	34.125	35.940	31.526
3. Quartil	33.669	38.956	29.035	22.384	25.196	18.017	38.601	50.671	30.908	45.103	48.446	41.484
Arithmet. Mittel	26.422	31.196	21.327	15.601	17.644	12.332	30.546	39.856	23.182	38.609	41.881	34.006

Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerstatistik - Sozialstatistische Auswertungen. - 1) Ohne Lehrlinge. - 2) Bruttojahresbezüge gemäß § 25 EStG.

Abb. 1: Bruttojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2001, nach Geschlecht und Quartilen

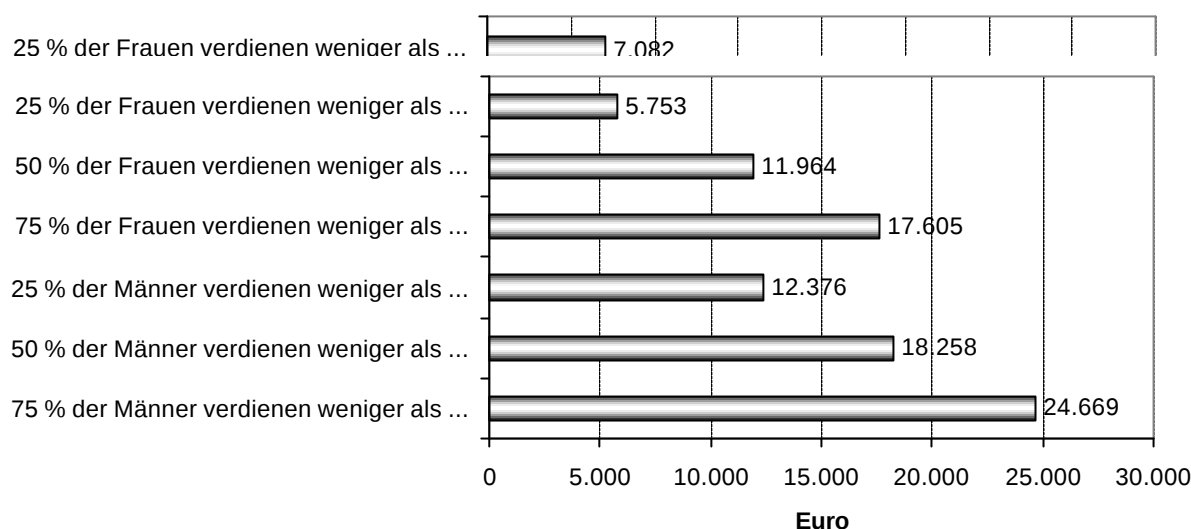
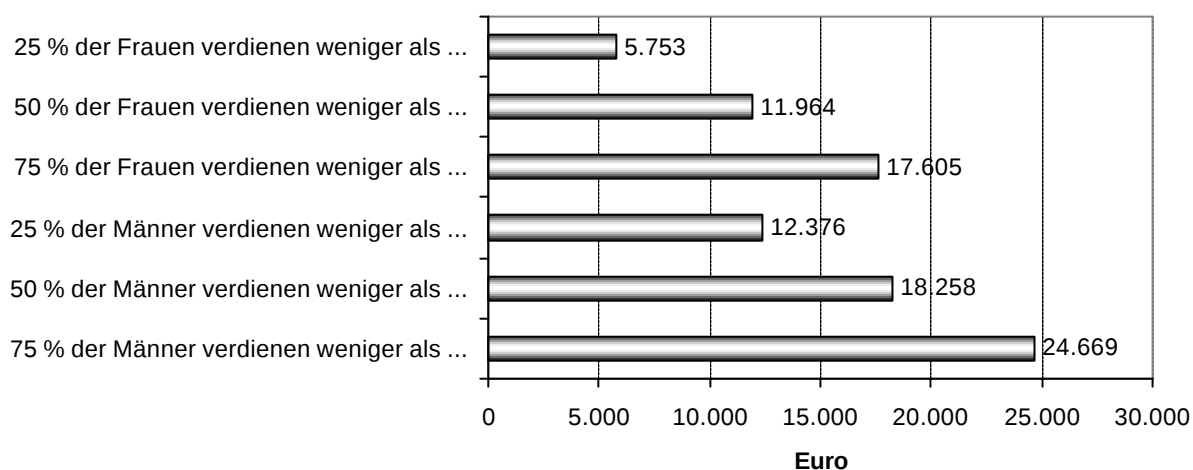


Abb. 2: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 2001, nach Geschlecht und Quartilen



Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen beträgt das Einkommensminus von vollzeitbeschäftigten Frauen gegenüber Männern zwischen 3 und 29 %:

Tab. 6: Einkommensdifferenz der Mediannettoeinkommen zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern

Arbeiter/innen	Differenz in %
Hilfsarbeit	19%
angelernnte Arbeit	28%
Facharbeit	29%
Angestellte	
ungelernte Tätigkeit	18%
gelernte Tätigkeit	21%
mittlere Tätigkeit	11%
höhere Tätigkeit	15%
hochqualifizierte Tätigkeit	27%
Beamte und Vertragsbedienstete	
einfache Tätigkeit	3%
mittlere Tätigkeit	20%
höhere Tätigkeit	9%
Insgesamt	18%

Quelle: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000

Bemerkenswert ist schließlich, wie eingangs erwähnt, dass der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Bruttoinlandsprodukt bis Ende der 70er Jahre anstieg, nach 1981 aber abnahm. 1981 betrug Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Bruttoinlandsprodukt noch 56,7 %, schwankte bis 1995 zwischen 53 und 55 %, erlebte 1999 einen letzten Zuwachs und fiel seither auf nur mehr 51,1 % im Jahr 2003. Die ArbeitnehmerInnen bekommen also einen immer kleiner werdenden Anteil an der gemeinsamen Wertschöpfung, obwohl ihre Zahl heute um etwa 400.000 höher ist als 1981.

Eine genau entgegengesetzte Entwicklung verzeichneten dagegen die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen, deren Anteil am BIP von 30,7 % im Jahr 1981 auf 36,9 % im Jahr 2003 anstieg, obwohl sich die Zahl der Unternehmen und Selbständigen sogar leicht verringerte.²⁵ Nachfolgende Tabelle zeigt: obwohl die Anzahl der ArbeitnehmerInnen von 1981 bis 2003 jährlich um 0,6 % zunahm, nahm der Anteil der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte am BIP jährlich um durchschnittlich 0,25 % ab. Demgegenüber wuchs Einkommensanteil der Selbständigen und Unternehmen am BIP jährlich um 0,28 %, obwohl ihre Zahl um jährlich 0,22 % abnahm. Die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sind von 1981 bis 2003 pro Kopf mit jährlich plus 11,6 % je Selbständigem bzw. Betrieb damit ziemlich genau doppelt so stark gestiegen wie die ArbeitnehmerInnenentgelte mit plus 5,7 % pro Kopf.

Tab. 7: Entwicklung der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte, Selbständigeneinkommen und Bruttobetriebsüberschüsse von 1981 bis 2003

	1981	2003	Veränderung 1981-2003 absolut	Veränderung 1981-2003 in %	durchschnitt. jährliche Veränderung in %.
BIP in Mrd. Euro	79,621	224,270	+144,649	+181,7	+8,26
ArbeitnehmerInnen-Entgelte in Mrd. Euro	45,123	114,801	+69,678	+154,4	+7,02
Anteil ArbeitnehmerInnen-Entgelte am BIP in %	56,67	51,19		-5,48	-0,25
Zahl der ArbeitnehmerInnen	2,788.737 ²⁶	3,154.512 ²⁷	+365.775	+13,12	+0,60
ArbeitnehmerInnen-Entgelte je ArbeitnehmerIn in Euro	16.180	36.393	+20.213	+124,9	+5,67
Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen in Mrd. Euro	24,416	82,634	+58,218	+238,4	+10,84
Anteil der Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen am BIP in %	30,66	36,85		+6,19	+0,28
Zahl der Selbständigen ²⁸	569.612	542.070	-27.542	-4,84	-0,22
Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen je Selbständigem bzw. Unternehmen in Euro	42.864	152.442	+109.578	+255,6	+11,62

Quelle: Wifo und Statistik Austria

Die stabilste Entwicklung zeigte sich noch in den Jahren 1985 bis 1995. Davor und danach veränderte sich der Anteil der Einkommen am BIP deutlich stärker, und zwar jeweils überwiegend zugunsten der Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen und zuungunsten der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte.

²⁵ dies hängt auch mit dem Rückgang von LandwirtInnen zusammen

²⁶ Unselbständig Beschäftigte 1980 lt. Statistik Austria

²⁷ Unselbständig Beschäftigte 2002 lt. Statistik Austria

²⁸ Anzahl der Erwerbspersonen abzüglich unselbständig Beschäftigte und arbeitslos Gemeldete

Abb. 3: Arbeitnehmerentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 1976-2003 in % des BIP

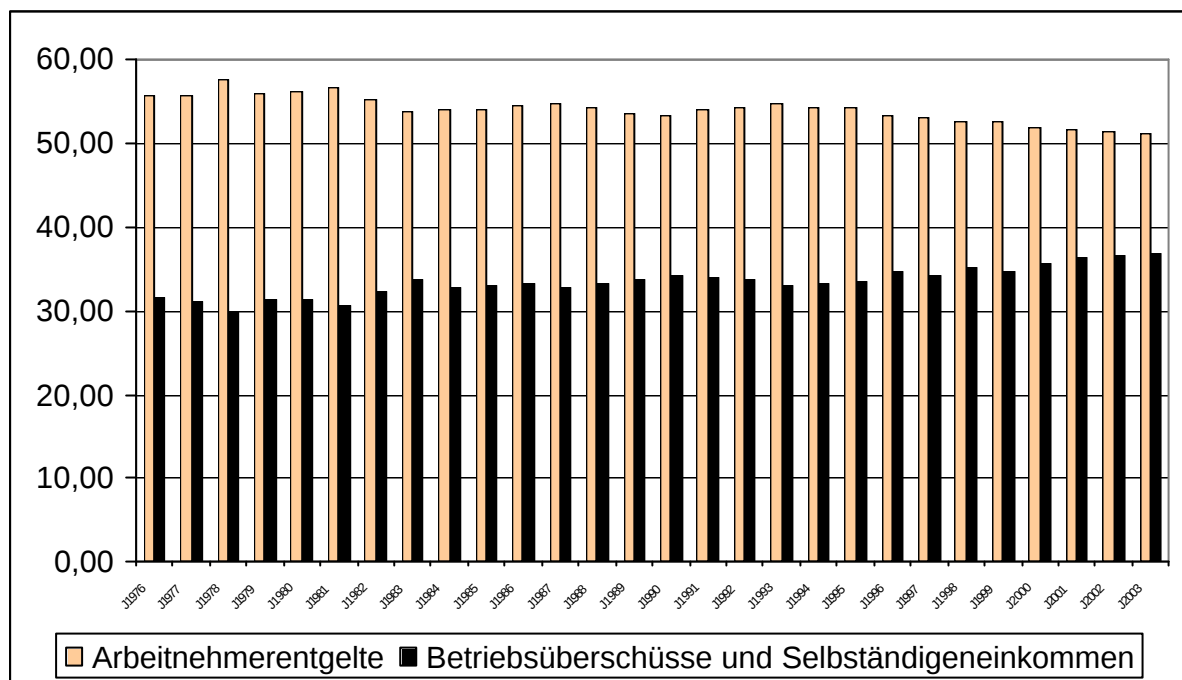
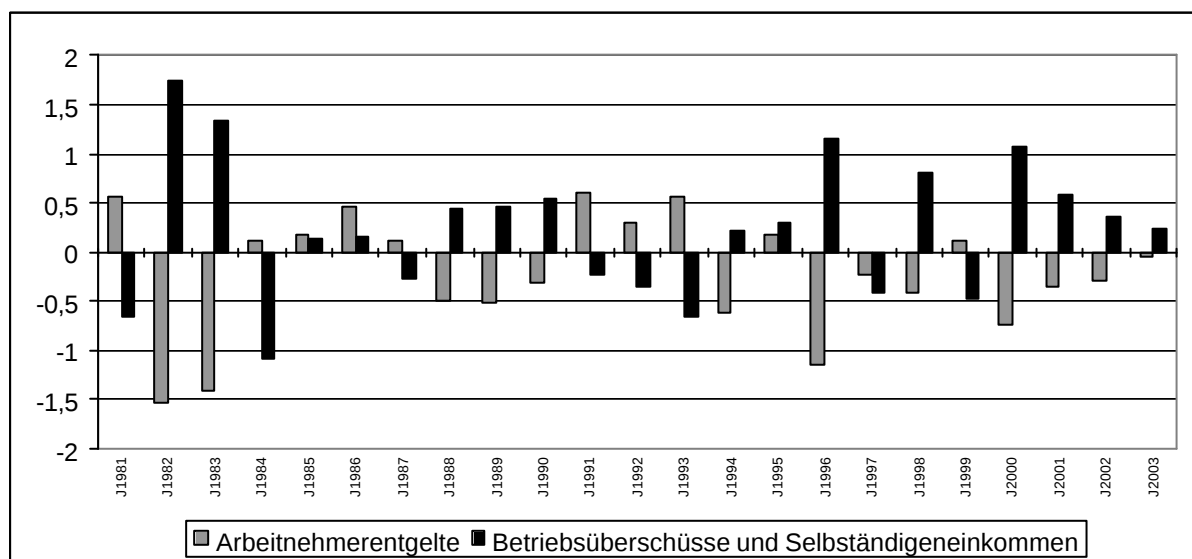


Abb. 4: Jährliche prozentuelle Veränderung des Anteils der Brutto-ArbeitnehmerInnenentgelte bzw. der Selbständigeneinkommen und Brutto-Betriebsüberschüsse am BIP 1981-2003



1.2 Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen

Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sind die Einkommen von Unternehmen und Selbständigen nach Abzug der Arbeitnehmerentgelte, Abschreibungen und Produktionsabgaben (wie Umsatz- und Verbrauchssteuern), also noch vor Gewinnsteuern.

Die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen stiegen insgesamt von 17,1 Mrd. Euro im Jahr 1976 ebenso wie die Arbeitnehmerentgelte kontinuierlich an und erreichten 2003 82,6 Mrd. Euro.²⁹ Sie sind damit allerdings stärker gestiegen als die

²⁹ siehe auch dazu die Tabellen 2 und 7

ArbeitnehmerInnenentgelte: sie haben sich in diesem Zeitraum nominell verfünffacht, während sich die Arbeitnehmerentgelte nominell nur vervierfacht haben.

Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist - wie erwähnt - im Gegensatz zu den ArbeitnehmerInnenentgelten kontinuierlich - mit nur geringen Unterbrechungen - angestiegen, von 29,9 % im Jahr 1978 auf fast 36,9 % im Jahr 2003, das sind 7 %. Und gemessen an der Zahl der Unternehmen und Selbständigen sind die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen von 1981 bis 2003 jährlich nominell um durchschnittlich 11,6 % und damit ziemlich mehr als doppelt so stark gewachsen wie die ArbeitnehmerInnenentgelte mit plus 5,7 %.³⁰

Der Sozialbericht 2001/2002 rechnete damit, dass in den kommenden Jahren „*ein noch stärkerer Zuwachs als bei den Arbeitnehmer/innenentgelten zu erwarten*“ ist. In Aufschwungjahren „*nehmen typischerweise die Selbständigen-Einkommen und Betriebsüberschüsse rascher zu als die Arbeitnehmer/innenentgelte*“, wurde argumentiert.³¹ Ein bemerkenswerte Aussage, die noch dadurch ergänzt werden muss, dass die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse seit 2001 - also auch bei anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum - rascher gewachsen sind als die ArbeitnehmerInnenentgelte. Das heißt: Der Einkommenszuwachs von Unternehmen und Selbständigen entkoppelt sich vom Wirtschaftswachstum.

Wenden wir uns zunächst den **Selbständigen** zu, deren Einkommen im Einkommensbericht 2002 aufgrund der Einkommensteuerstatistik 2000 erfasst sind. Selbständige erzielen ihr Einkommen in der Regel durch Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit im Rahmen eines Gewerbebetriebes und/oder einer Land- bzw. Forstwirtschaft. Ihre Einkommen sind eine Mischung aus Arbeitseinkommen, Einkünften aus Kapitalvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung und somit weit schwerer erfassbar als etwa ArbeitnehmerInnenentgelte.³²

Der Einkommensbericht 2002 stellt fest, dass die Durchschnittseinkommen von Selbständigen vor allem aufgrund der relativ häufig vorkommenden negativen Einkünfte (Verluste) verhältnismäßig niedrig ausfallen. Allerdings: „*Kommen die rein selbständig Tätigen über eine Nullfall-Position hinaus, dann erzielen sie deutlich höhere Einkommen als unselbständig Erwerbstätige*“, stellt der Sozialbericht 2001/2002 fest.³³ Die Einkommensteuerstatistik gibt die Durchschnittseinkünfte im Jahr 2000 mit 37.800 Euro an, wobei - regional - die höchsten im 1. Bezirk in Wien (mit 65.500 Euro), die niedrigsten im Bezirk Hollabrunn (mit 25.600 Euro) verzeichnet wurden. Ausschließlich selbständig Erwerbstätigen erzielten laut Einkommensbericht 2002 im Jahr 2001 durchschnittliche Jahreseinkünfte (netto nach Steuern) von 9.890 Euro. Personen, die parallel Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit oder Pension bezogen, kamen dagegen 2001 durchschnittlich auf 25.840 Euro Jahresnettoeinkommen.

Die Einkommensteuerstatistik 2000 weist für das Jahr 2000 wies 725.270 „Veranlagungsfälle“ aus, wovon 521.663 (72 %) „Steuerfälle“, also Einkommensteuerpflichtige waren, die ein zu versteuerndes Einkommen von 19,2 Mrd. Euro angaben und dafür knapp 6,2 Mrd. Euro Einkommensteuer zu zahlen hatten. 203.607 (28 %) waren „Nullfälle“. Von den Veranlagungsfällen betrafen 198.084 Einkünfte aus Gewerbebetrieben (4,2 Mrd. Euro), 122.987 Einkünfte aus selbständiger Arbeit (3,9 Mrd. Euro), 162.436 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (930 Mio. Euro), 28.131 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (127 Mio. Euro), 13.211 Einkünfte aus Kapitalvermögen (99 Mio. Euro), 34.010 sonstige Einkünfte (472 Mio. Euro) und 382.225 hatten zudem Einkünfte aus unselbständiger Arbeit (10,0 Mrd. Euro). „Verluste“, also mehr Ausgaben als Einkünfte wiesen in diesem Jahr 78.118 Fälle aus, davon waren fast die Hälfte Gewerbebetriebe und fast 40 % Fälle von Vermietung und Verpachtung.

³⁰ vergleiche dazu Tabellen 2 und 7

³¹ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.22

³² Einkommensbericht 2002, S.6 und 15

³³ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.23

Zwei Drittel (67 %) der Einkommensteuerpflichtigen waren Männer, die zusammen 76 % der zu versteuernden Einkommen hatten. Männer versteuerten im Durchschnitt 41.800 Euro Einkommen und zahlten dafür 14.100 Euro Einkommensteuer. Frauen versteuerten dagegen nur 26.600 Euro Einkommen und zahlten dafür 7.300 Euro Einkommensteuer. Im landesweiten Durchschnitt lagen die Einkommen der Männer um über 56 % über jene der Frauen.

49.622 Steuerpflichtige – also jeder zehnte Einkommensteuerpflichtige – hatte im Jahr 2000 ein zu versteuerndes Einkommen von jeweils mehr als 70.000 Euro (ca. 1 Million ATS) und sie alle zusammen von 7,74 Mrd. Euro, was 39 % des gesamten zu versteuernden Einkommens entsprach. Unter diesen 10 % Reichsten waren 85 % (42.213) Männer.³⁴ Die hatten mit durchschnittlich über 40 % aber auch die höchste Steuerbelastungsquote, was durch die Progression des Einkommensteuertarifs bedingt ist. Die Zahl der „Euromillionäre“ unter den Einkommensteuerpflichtigen betrug im Jahr 2000 323 und ihr Durchschnittseinkommen lag über 2,2 Mio. Euro.

Bei den Selbständigeneinkommen lässt sich eine relativ große Disparität feststellen.³⁵ Und diese Unterschiede zwischen kleinen und großen Einkommen sind weit größer als bei den Arbeitnehmerentgelten: ein Vergleich wesentlicher Branchen, auf den sich auch der Einkommensbericht 2002 stützt, zeigt, dass das oberste Einkommensviertel der Selbständigen mehr als 5 mal so viel verdient wie das unterste Einkommensviertel. Bei den unselbständig Erwerbstätigen verdiente das oberste Einkommensviertel 2001 nur zweieinhalb mal so viel wie das unterste Einkommensviertel.

Tab. 8: Schwerpunktmäßige Jahreseinkünfte (ohne Nullfälle) aus selbständiger Arbeit 2000 nach Abschnitten der ÖNACE 1995

Gliederung	Geschlecht	Einkommensteuerpflichtige			1. Quartil	Median	3. Quartil	9. Dezi
		Insgesamt	darunter Nullfälle,%	Steuerfälle absolut	EUR			
Realitätenwesen, Unternehmensdienstleistungen	Zusammen	28.491	21,3	22.427	15.624	29.758	59.462	116.039
	Männer	22.330	18,2	18.255	17.141	33.400	66.084	127.716
	Frauen	6.161	32,3	4.172	11.577	18.624	33.986	60.629
Unterrichtswesen	Zusammen	3.309	40,2	1.980	10.212	15.752	29.532	66.313
	Männer	1.568	32,1	1.065	11.089	19.660	43.358	96.734
	Frauen	1.741	47,4	915	9.514	13.115	20.175	33.053
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Zusammen	17.207	11,4	15.246	32.070	75.837	139.147	221.901
	Männer	10.781	5,8	10.154	52.488	98.308	163.158	247.522
	Frauen	6.426	20,8	5.092	17.666	35.516	78.728	139.200
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Zusammen	8.590	45,7	4.665	10.096	15.414	27.241	52.813
	Männer	5.618	42,5	3.230	10.446	16.152	29.768	62.347
	Frauen	2.972	51,7	1.435	9.612	14.022	23.038	38.311
Sonstige	Zusammen	10.939	29,3	7.735	13.282	24.783	49.783	98.577
	Männer	8.556	26,3	6.305	14.049	26.844	53.439	108.207
	Frauen	2.383	40	1.430	11.104	18.729	34.885	61.320
Summe - Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Zusammen	68.536	24,1	52.053	15.752	33.047	77.477	153.111
	Männer	48.853	20,2	39.009	17.620	39.257	89.552	169.640
	Frauen	19.683	33,7	13.044	12.309	21.180	44.891	94.041
Summe - Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, Land und Forstwirtschaft sowie nichtselbständiger Arbeit (Verdienste und Pensionen)	Zusammen	68.536	24,1	52.053	16.935	35.747	84.904	165.205
	Männer	48.853	20,2	39.009	18.978	42.109	98.306	182.847
	Frauen	19.683	33,7	13.044	13.423	23.656	49.628	101.519

Q: Statistik Austria - 1) Systematik der Wirtschaftstätigkeiten - ÖNACE 1995

³⁴ Einkommensteuerstatistik 2000, S. 13

³⁵ Einkommensteuerstatistik 2000, S. 15

Zu den KleinverdienerInnen bei den Selbständigen gehören das Gaststätten- und Beherbergungswesen mit einem mittleren Jahreseinkommen 1999 von nur 5.653 Euro, die KünstlerInnen mit durchschnittlich 6.328 Euro und die Erwachsenenbildung mit durchschnittlich 8.649 Euro.

Zu den Durchschnittsverdienern bei den Selbständigen gehört die Land- und Forstwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen je Gesamt-Familienarbeitskraft, also einschließlich anderer Einkünfte etwa aus unselbständiger Arbeit sowie Vermietung und Verpachtung, betrug 2002 durchschnittlich 19.668 Euro brutto. Es war damit etwa so hoch wie Jahresbruttoeinkommen eines unselbständig Erwerbstätigen. Die bestverdienenden Landwirte waren im nordöstlichen Flach- und Hügelland, also im wesentlichen in Niederösterreich zu Hause, die 2002 um 23 % über dem Durchschnitt verdienten, die verhältnismäßig ärmsten im Hochalpengebiet, die um 13 % unter dem Durchschnitt verdienten. Die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft schwanken stark, hängen stark von Erfolg oder Misserfolg von Ernten sowie von Preisentwicklungen ab.

Tab. 9: Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft 2002 nach Produktionsgebieten

Gliederung	Produktionsgebiet								
	Nord- östliches Flach- und Hügelland	Süd- östliches Flach- und Hügelland	Alpen- vorland	Kärntner Becken	Wald- und Mühl- viertel	Alpenost- rand	Voralpen- gebiet	Hochalpen- gebiet	Österreich
Anzahl je Betrieb									
Familien-Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft	1,37	1,46	1,46	1,68	1,62	1,6	1,68	1,75	1,56
Euro je Familien-Arbeitskraft									
Landwirtschaftliches Einkommen	19.088	10.997	13.608	13.411	12.231	14.767	14.021	11.602	13.685
EUR-ATS je Gesamt-Familienarbeitskraft									
Gesamteinkommen	24.178	18.192	19.892	19.147	18.612	20.458	19.269	17.097	19.668
Erwerbseinkommen									
1991	16.146	11.890	12.165	10.747	9.567	10.372	9.999	9.752	11.552
1992	15.670	13.385	13.790	11.212	10.316	10.679	11.293	10.024	12.267
1993	14.474	11.703	12.741	10.028	9.830	10.690	10.246	9.953	11.478
1994	18.268	13.095	13.280	11.382	10.199	11.743	12.156	10.426	12.726
1995	20.402	15.353	15.551	13.683	13.258	13.334	14.107	12.057	14.893
1996	20.633	15.322	14.531	13.718	12.900	12.564	14.371	11.771	14.567
1996 1)	20.816	15.847	15.106	13.638	12.538	12.830	14.523	12.367	14.916
1997	20.829	14.715	14.620	13.305	12.338	13.500	13.637	12.357	14.660
1998	19.046	12.688	13.152	13.329	12.922	13.661	15.582	12.644	14.180
1999	19.749	11.701	13.569	12.153	12.948	13.850	13.636	12.694	14.095
2000 2)	19.416	14.608	16.184	13.517	13.854	14.443	15.186	12.579	15.146
2001	22.879	15.325	18.857	14.216	15.133	16.718	17.188	14.085	17.131
2002	21.659	14.871	17.058	15.826	15.199	17.297	16.311	13.751	16.583

Q: LBG-Wirtschaftstreuhand- und Beratungsgesellschaft m.b.H., BMLFUW. - 1) Ab 1996 Gewichtung laut Agrarstrukturerhebung 1995. - 2) Ab 2000 Gewichtung laut Agrarstrukturerhebung 1999

Ebenfalls zu den Durchschnittseinkommen bei den Selbständigen zählen die meisten Gewerbebetriebe. Die Jahreseinkünfte aus Gewerbebetrieben liegen ebenfalls im Bereich der Jahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

Tab. 10: Schwerpunktmäßige Jahreseinkünfte (ohne Nullfälle) aus Gewerbebetrieb 2000 nach Abschnitten der ÖNACE 1995

Gliederung 1)	Geschlecht	Einkommensteuerpflichtige			1. Quartil	Median	3. Quartil	9. Dezil
		insgesamt	darunter Nullfälle, %	Steuerfälle absolut				
Euro								
Land- und Forstwirtschaft	Zusammen	2.872	54,7	1.300	11.085	17.204	30.751	60.387
	Männer	2.348	53,6	1.090	11.271	17.358	30.523	60.387
	Frauen	524	59,9	210	10.129	16.345	31.625	57.365
Sachgütererzeugung	Zusammen	16.443	44,8	9.084	13.014	21.422	38.261	72.673
	Männer	14.256	42,9	8.142	13.314	21.836	39.264	74.046
	Frauen	2.187	56,9	942	10.901	17.472	30.925	60.125
Bauwesen	Zusammen	11.022	35,7	7.084	14.470	23.426	41.172	77.477
	Männer	10.573	35,4	6.831	14.523	23.511	41.113	77.436
	Frauen	449	43,7	253	12.151	20.535	41.699	77.741
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchs-gütern	Zusammen	43.365	44,4	24.105	13.234	22.451	41.715	79.741
	Männer	28.691	40,5	17.081	13.934	23.306	43.254	83.461
	Frauen	14.674	52,1	7.024	11.939	20.227	38.026	71.204
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	Zusammen	24.338	52,6	11.528	10.901	15.040	24.977	44.215
	Männer	13.523	49,7	6.797	11.010	16.850	28.548	50.671
	Frauen	10.815	56,3	4.731	10.558	13.165	20.351	34.036
Verkehr- und Nachrichten-übermittlung	Zusammen	7.925	43	4.516	10.901	16.251	27.637	48.696
	Männer	6.484	42,5	3.728	11.115	16.710	28.429	50.720
	Frauen	1.441	45,3	788	10.295	14.443	23.878	39.381
Kredit- und Versicherungs-wesen	Zusammen	4.206	35,5	2.712	12.527	20.760	39.278	69.392
	Männer	3.050	28,7	2.174	13.714	23.221	43.062	73.569
	Frauen	1.156	53,5	538	9.830	14.475	23.877	43.427
Realitätenwesen, Unternehmensdienst-leistungen	Zusammen	28.078	33,2	18.766	13.354	22.984	44.239	83.084
	Männer	20.941	30,1	14.643	14.382	25.016	47.298	87.642
	Frauen	7.137	42,2	4.123	11.221	17.536	32.485	63.213
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Zusammen	12.752	46,7	6.802	10.284	14.355	22.586	38.359
	Männer	5.743	42,5	3.301	10.831	16.353	27.323	51.382
	Frauen	7.009	50	3.501	9.905	13.072	18.850	28.396
Sonnstige	Zusammen	28.429	40,6	16.887	12.424	21.440	42.454	89.812
	Männer	17.287	38,2	10.688	13.085	23.124	45.458	96.500
	Frauen	11.142	44,4	6.199	11.482	18.983	37.570	80.051
Summe - Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Zusammen	179.430	42,7	102.784	12.210	20.134	37.558	72.673
	Männer	122.896	39,4	74.475	13.081	21.802	40.551	78.094
	Frauen	56.534	49,9	28.309	10.901	16.321	29.674	57.530
Summe - Einkünfte aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft sowie nichtselbständiger Arbeit (Verdienste und Pensionen)	Zusammen	179.430	42,7	102.784	13.037	21.442	40.463	79.254
	Männer	122.896	39,4	74.475	13.807	22.980	43.350	84.616
	Frauen	56.534	49,9	28.309	11.498	17.792	32.877	64.281

Q: STATISTIK AUSTRIA. - 1) Systematik der Wirtschaftstätigkeiten - ÖNACE 1995.

Spitzeneinkommen sind bei den Selbständigen weit häufiger als bei den ArbeitnehmerInnen. Die mit Abstand höchsten Selbständigen-Einkommen werden in der Branche „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ verdient, wie der Einkommensbericht feststellt, also im wesentlichen bei den ÄrztInnen. Mehr als die Hälfte aller rund 13.000 selbständigen ÄrztInnen in Österreich verdiente 2000 jährlich mehr als 75.837 Euro, das oberste Einkommensviertel mehr als 139.147 Euro, die obersten 10 Prozent sogar mehr als 221.901 Euro.

Zu den Spitzenverdienern unseres Landes gehören unter den Selbständigen neben den Ärzten auch die Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Dass in diesem Fall von der geschlechtsneutralen Schreibweise abgegangen wird, hat seinen Grund: bei den Selbständigeneinkommen sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen noch ausgeprägter als bei den ArbeitnehmerInnenentgelten.³⁶ Und insbesondere bei diesen erwähnten Berufsgruppen. Selbständige praktische Ärzte verdienten 1999 in Österreich durchschnittlich um 142 % mehr (also fast eineinhalb mal so viel) als praktische Ärztinnen, selbständige Fachärzte um 103 % mehr (also doppelt so viel) als ihre weiblichen Kolleginnen, Zahnärzte durchschnittlich um 37 % mehr als Zahnärztinnen. 90 % aller selbständigen Rechtsanwälte in Österreich sind Männer und 73 % aller Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater verdienten 1999 durchschnittlich um 114 % mehr als ihre weiblichen Kolleginnen, Rechtsanwälte um durchschnittlich 77 % mehr.³⁷ Mehr dazu im Kapitel über Reichtum (7.2).

Im längerfristigen Vergleich (1991 bis 2000) zeigt sich eine Zunahme der Einkommensteuerpflichtigen um 98.227 (+ 23 %) auf 521.663 und eine Zunahme der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte um 6,01 Mrd. Euro (+ 45 %) auf 19,72 Mrd. Euro.

Neben den Einkommen der Selbständigen, die durch die Einkommensteuerstatistik erfasst werden können, werden die Einkommen der **Betriebe** (die Kapitalgesellschaften sind) durch die Körperschaftssteuerstatistik erfasst. In Österreich wurden zuletzt (1999) 88.911 Körperschaften erfasst, also nicht-natürliche, juristische Personen, deren Einkünfte daher nicht einkommen-, sondern körperschaftssteuerpflichtig waren.³⁸ Es sind dies im wesentlichen Wirtschaftsbetriebe, aber auch Genossenschaften, Vereine und Stiftungen, die Einkünfte haben.

64 % von ihnen (56.980) zahlten in diesem Jahr jedoch nur die Mindestkörperschaftssteuer in Höhe von 5 % des gesetzlichen Grund- oder Stammkapitals, weil sie keine, geringe oder negative Einkünfte hatten, sogenannte „Nullfälle“ waren. Es ist allerdings wichtig festzustellen, dass das Körperschaftsteuergesetz eine Reihe von Ausnahmen und Ermäßigungen von der Steuerpflicht kennt. Mehr dazu im Kapitel 6.1.

Nur 31.931 Wirtschaftsbetriebe (36 %) waren 1999 „Steuerfälle“. Von diesen hatte 12.953 ein zu versteuerndes Einkommen von weniger als 12.000 Euro, was sogar weniger als dem Durchschnittseinkommen eines Arbeiters entsprach. 1999 wies nur jedes vierte körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen in Österreich (20.978 bzw. 24 % der Unternehmen) ein zu versteuerndes Einkommen aus, das über dem Einkommen eines Arbeiters lag.

Zu versteuernde Einkünfte jenseits der „Millionengrenze“ (1 Mio. ATS oder 72.680 Euro) hatten 1998 8.332 Unternehmen in Österreich (bzw. 9 % aller Betriebe), Einkünfte über 10 Mio. ATS bzw. 726.730 Euro hatten 1998 immerhin noch 1.598 Unternehmen (2 %). Diese 8.332 Unternehmen waren es auch, die 1998 97 % aller zu versteuernden Einkünfte hatten (9,56 von insg. 9,90 Mrd. Euro) und die 94 % der gesamten Körperschaftssteuer aufbrachten

³⁶ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.23

³⁷ Einkommensbericht S.41

³⁸ Körperschaftsteuerstatistik 1999, in: Statistische Nachrichten 2/2004

(3,25 von insg. 3,46 Mrd. Euro).³⁹ Die 2005 in Kraft tretende Körperschaftsteuersenkung von rund 1,1 Mrd. Euro wird fast vollständig nur ihnen zugute kommen.

1.3 Vermögenseinkommen

Vermögenseinkommen ist nach der Definition der Statistik Austria „*das Einkommen, das [jemand] dafür erhält, dass er einer anderen institutionellen Einheit finanzielle Mittel oder nichtproduziertes Sachvermögen [i.w. Land] zur Verfügung stellt*“. Im einzelnen sind das Zinsen, Gewinnausschüttungen, Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen und re-investierte Gewinne im Rahmen von Direktinvestitionen. Makroökonomisch gesehen werden auf den Vermögensmärkten keine Einkommen geschaffen, sondern lediglich umverteilt, wenn etwa aus bisherigen Arbeitnehmereinkommen durch „Personalabbau“ höhere Unternehmensgewinne und Dividenden für die Eigentümer werden. Denn jedes Einkommen auf den Finanzmärkten muss erst durch Arbeit und Kapiteleinsatz geschaffen werden. Die Statistik Austria bezifferte die Vermögenseinkommen 1998 auf 59,871 Mrd. Euro, das waren immerhin 31,4 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Tab. 11: Konto der primären Einkommensverteilung 1998 in Mio. Euro

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital- gesell- schaften	Finanzielle Kapital- gesell- schaften	Staat	Private Haushalte u. Priv. Org. o. Erwerbs- zweck	Kein Sektor	übrige Welt
Aufkommenskonto							
Vermögenseinkommen	59.871	7.192	29.816	2.378	20.485		10.342
Zinsen	36.889	2.484	28.562	1.197	4.647		8.330
Anpassungen f. unterstellte Bankgebühren	0		-9.055			9.055	
Ausschüttungen und Entnahmen	19.958	4.295	1.218	1.045	13.401		1.132
Ausschüttungen				639			
Entnahmen				405			
Reinvestierte Gewinne aus der/an die übrige Welt	347	315	32	0	0		879
Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	2.540	99	4	0	2.437		0
Pachteinkommen	136	0	0	136	0		0
Verwendungskonto							
Vermögenseinkommen	61.895	24.014	23.452	7.441	6.988		8.318
Zinsen	37.999	6.092	17.478	7.441	6.988		7.221
Ausschüttungen und Entnahmen	20.340	16.921	3.420	0	0		751
Reinvestierte Gewinne aus der/an die übrige Welt	879	865	15	0	0		347
Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	2.540	0	2.540	0	0		0
Pachteinkommen	136	136	0	0	0		0
Primäreinkommen netto/ Nationaleinkommen netto	161.362	5.559	2.946	16.588	136.273		

Quelle: Statistik Austria - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

³⁹ vgl. Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap.33.10; für die Körperschaftsteuerstatistik 1999 wurde die Skalierung der Einkommensgruppen geändert

Davon entfiel, wie in obenstehender Tabelle zu erkennen, die Hälfte - 29,8 Mrd. Euro – auf finanzielle Kapitalgesellschaften (also im wesentlichen die Finanzwirtschaft), 7,2 Mrd. Euro auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (die Wirtschaft) und 20,5 Mrd. Euro auf die Privaten und Selbständigen. 10,3 Mrd. Euro Vermögenseinkommen flossen 1998 ans Ausland. Zinsen machten mit 36,9 Mrd. Euro fast zwei Drittel der gesamten Vermögenseinkommen aus. Es folgen Gewinnausschüttungen und -entnahmen mit knapp 20 Mrd. Euro sowie Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen mit 2,5 Mrd. Euro. „Bezahlt“ haben die Zinsen (wie dem Verwendungskonto zu entnehmen ist) vor allem die Finanzwirtschaft und zu annähernd gleich großen Teilen auch der Staat, die Privaten und Selbständigen sowie die Wirtschaft. Ausschüttungen und Entnahmen kamen vor allem von der Wirtschaft und Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen natürlich von der Finanzwirtschaft.

Die in der vorangegangenen Übersicht angeführten „Pachteinkommen“ (des Staates) sind nicht zu verwechseln mit den generellen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Besitz, also das Sachvermögen in Form von Grund und Boden, von Wohnungen, Büros und Geschäftsflächen sowie deren Vermietung und Verpachtung und damit das Einkommen daraus haben selbstverständlich auch eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung und Größe, sind allerdings sowohl Vermögenseinkommen wie auch Erwerbseinkommen.

Der Mikrozensus 2002 weist beispielsweise für Österreich 1,268.400 Hauptmietwohnungen und bei diesen einen durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 323 Euro aus.⁴⁰ Der reine Mietertrag kann erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen werden. Daraus ergibt sich für das Jahr 2002 ein Wohnungsaufwand von insgesamt 4,92 Mrd. Euro und ein reiner Mietertrag von knapp 2,5 Mrd. Euro. 725.341 Wohnungen (57 %) waren 2001 im Eigentum von Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sowie gemeinnützigen Bauvereinigungen, bei denen nicht der Erwerbszweck, sondern soziale Aufgaben der Wohnraumbereitstellung im Vordergrund stehen. Sihin blieben etwa 543.000 Wohnungen (43 %) im Eigentum von Privatpersonen und Unternehmen, sodass das jährliche Vermögens- und Erwerbseinkommen aus der Vermietung dieser Wohnungen mit etwa 1,1 Mrd. Euro angenommen werden kann.

2001 waren außerdem 52 % aller Arbeitsstätten auf vermieteten Flächen, also 182.541. Eine Flächen- und Mietenauswertung der Statistik Austria nach der Gebäude- und Wohnungszählung 2001 für die Arbeitsstätten liegt noch nicht vor. Wir ziehen daher als Bezugsgröße den durchschnittliche Mietaufwand pro Arbeitsstätte 1991 (64,- ATS pro m²) heran bzw. die Veränderungen der durchschnittlichen Büro- und Geschäftsmieten seit 1991, wie sie in den Immobilienpreisspiegeln veröffentlicht wurden. Danach kann man für die letzten Jahre den Wert von 1991 heranziehen, weil sich - konjunkturbedingt - das durchschnittliche Mietenniveau auf das Niveau von 1991 (also etwa 4,65 Euro) gesenkt hat. Und wir ziehen auch die durchschnittliche Fläche pro Arbeitsstätte von damals - 247 m² - heran. Daraus errechnen sich jährliche Brutto-Mieterträge aus den 182.541 vermieteten Arbeitsstätten (also Büros und Geschäftslokale) von 2,51 Mrd. Euro, was als eine realistische Größenordnung gegenüber dem von der Arbeiterkammer für 1991 errechneten Wert von 2 Mrd. Euro erscheint. Im Fall der Büros und Geschäftsmieten können etwa zwei Drittel als reiner Mietertrag angesehen werden, sodass das jährliche Vermögens- und Erwerbseinkommen aus der Vermietung von Büros und Geschäftslokalen mit etwa 1,6 Mrd. Euro angenommen werden kann.

Allein die einkommensteuerpflichtigen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, also die Einkommen von Privatpersonen bzw. Selbständigen, wurden - wie aus nachfolgender Tabelle 12 zu errechnen ist - 1999 mit fast 374 Mio. Euro angegeben.

⁴⁰ Mikrozensus 2002, S.314

In der Körperschaftssteuerstatistik 1999 wurden für die Wirtschaftstätigkeiten Kauf, Verkauf, Vermietung, Vermittlung und Verwaltung von Realitäten (ohne Nullfälle) körperschaftssteuerpflichtigen Einkünfte von zusammen fast 475 Mio. Euro ausgewiesen.

Tab. 12: Schwerpunktmäßige Jahreseinkünfte (ohne Nullfälle) aus Vermietung und Verpachtung 1999 nach Abschnitten der ÖNACE 1995

Gliederung 1)	Geschlecht	Einkommensteuerpflichtige			1. Quartil	Median	3. Quartil	9. Dezil
		insgesamt darunter	Nullfälle, %	Steuerfälle absolut	EUR			
Land- und Forstwirtschaft	Zusammen	1.690	53	794	9.179	13.757	26.994	52.512
	Männer	1.052	54,5	479	9.753	14.673	29.233	56.553
	Frauen	638	50,6	315	8.505	13.259	22.265	43.887
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	Zusammen	4.171	72	1.168	8.701	12.481	21.870	42.214
	Männer	1.316	63,6	479	10.090	15.452	26.902	54.667
	Frauen	2.855	75,9	689	8.360	11.194	18.446	30.731
Realitätenwesen, Unternehmensdienstleistungen	Zusammen	21.477	45	11.818	9.776	16.687	31.121	57.810
	Männer	7.280	40,5	4.335	10.816	20.832	38.951	74.778
	Frauen	14.197	47,3	7.483	9.418	15.190	26.929	48.386
Sonstige	Zusammen	14.492	55,3	6.482	8.590	13.990	26.674	49.450
	Männer	6.463	57,1	2.773	8.690	16.009	32.216	61.629
	Frauen	8.029	53,8	3.709	8.548	12.963	23.024	39.857
Summe - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Zusammen	41.830	51,6	20.262	9.251	15.367	29.036	54.237
	Männer	16.111	49,9	8.066	9.818	18.124	35.763	68.056
	Frauen	25.719	52,6	12.196	9.003	14.134	25.184	44.848
Summe - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, Land- und Forst- wirtschaft, sowie nichtselbständiger Arbeit (Verdienste und Pensionen)	Zusammen	41.830	51,6	20.262	11.472	20.270	39.658	70.828
	Männer	16.111	49,9	8.066	11.987	24.095	50.034	87.819
	Frauen	25.719	52,6	12.196	11.274	18.601	33.812	58.537

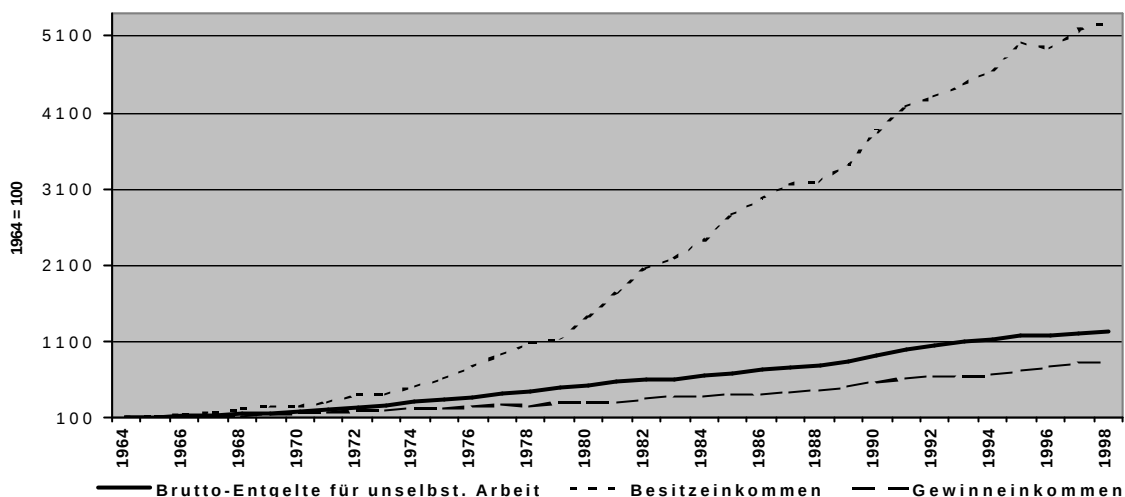
Q: STATISTIK AUSTRIA. - 1) Systematik der Wirtschaftstätigkeiten - ÖNACE 1995.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat errechnet, dass sich der Anteil der Vermögens- oder Besitzeinkommen an den gesamten Nicht-Lohneinkünften (also vor allem den Unternehmenseinkünften) seit 1980 von 18 auf 23 % erhöht hat. Das Wachstum der Besitzeinkommen liegt seit den 80er-Jahren deutlich über dem Wachstum anderer Einkommen. Seit dieser Zeit sind die Renditen stärker gestiegen, Geldanlagen, Wertpapier- und Währungsspekulation wurden durch die weltweite Liberalisierung des Kapitalverkehrs attraktiver als Realinvestitionen, der Kreis der Wertpapier- oder Immobilienbesitzer hat sich vergrößert. Klassische Lohneinkommen würden dadurch für Reichere tendenziell unwichtiger. Allein die Zinseinkünfte (immerhin fast 37 Mrd. Euro 1998), schätzt das WIFO, gehen zu drei Viertel auf das Konto des oberen Einkommensdrittels. Das ärmste Einkommensdrittel hingegen kassiert nur 6,5 % der Zinseinkommen.⁴¹

Nachfolgende Grafik (Abb. 5) zeigt besonders deutlich, dass insbesondere seit der Liberalisierung der Kapitalmärkte Mitte der 70er Jahre die Vermögenseinkommen wesentlich stärker wachsen als andere Einkommen, wie auch das starke Wachstum der Geldvermögen insgesamt - im Kapitel 3 dieses Berichtes dargestellt - belegt.

⁴¹ siehe KURIER, 12.2.2003

Abb. 5: Wachstum der wichtigsten Einkommen 1964-1998



Quelle: Wifo, Statistik Austria

Welche Bedeutung Zinsen für die Vermögenseinkommen haben, zeigt sich beispielsweise auch daran, dass nach Angaben der Oesterreichischen Nationalbank die inländischen Kreditinstitute im Jahr 2002 für täglich fällige Spareinlagen durchschnittlich nur 0,43 % Zinsen p.a. gewährten, für Spareinlagen ab 100.000 Euro dagegen durchschnittlich 3,01 % p.a.. Einfacher gesagt: Wo Geld vorhanden ist, wird es mehr. Dementsprechend hat sich beispielsweise die Zahl der großen Sparguthaben und Geldmögen (über 1 Mio. Schilling bzw. rund 70.000 Euro) von 1993 bis 2003 – also innerhalb von nur 10 Jahren – auf rund eine Viertelmillion verdoppelt.⁴²

Wo dagegen kein oder zu wenig Geld vorhanden ist, wird es sogar weniger. Für klassische Privatkredite verlangten die inländischen Kreditinstitute 2002 durchschnittlich 6,73 % Zinsen p.a.. Die Zinsen für Kommerz- und Wechselkredite waren im Durchschnitt um 1 % niedriger. In Summe erwirtschafteten die inländischen Kreditinstitute dadurch in den Jahren 2002 und 2003 Nettozinserträge von jeweils mehr als 7 Mrd. Euro, das heißt, ihre Zinseinnahmen waren um jährlich 7 Mrd. Euro höher als ihre Zinszahlungen. Österreichs private Haushalte und die Wirtschaft hatten 2002 bei den inländischen Banken Sicht-, Termin- und Spareinlagen von zusammen 175,1 Mrd. Euro und Kredite von insgesamt 196,2 Mrd. Euro.⁴³

Auch wer persönlich keine Schulden zu haben meint, zahlt Zinsen: etwa werden mit den Steuern die Zinsen der öffentlichen Schulden bezahlt, oder über die Preise von Waren und Dienstleistungen Zinsen von Unternehmenskrediten, oder über die Miete Zinsen für das Wohnbaudarlehen oder Investmentkapital, mit dem das Haus errichtet wurde.

Die Erträge aus Finanzeinkommen sind in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich schneller gewachsen als die verfügbaren Einkommen, stellte die Nationalbank in ihrem jüngsten Finanzmarktstabilitätsbericht 7 fest. Lediglich im Jahr 2002 ist jedoch der Anteil der Vermögenseinkommen am verfügbaren Einkommen deutlich gesunken. Die hohen Finanzinvestitionen in niedrig verzinstes Geldvermögen und die schwächeren Unternehmenserträge reduzierten den Anteil der Vermögenserträge am gesamten verfügbaren Einkommen auf 16,1 %, aber immerhin noch immer 21,6 Mrd. Euro.⁴⁴

⁴² OeNB – Statistische Monatshefte

⁴³ OeNB – Statistisches Monatsheft 2/2004

⁴⁴ OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht 7, Juni 2004, S. 51

1.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen

Die letzte wichtige Einkommenskategorie, die hier dargestellt wird, sind die „Einkünfte aus umverteiltem Einkommen“. Es sind dies, wie aus Tabelle 15 auf der nächsten Seite zu erkennen ist, einerseits Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, und andererseits Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Diese Leistungen reichen von Familienleistungen, Wohnbeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen, Krankengeldern, Unfallrenten bis hin zu den Pensionen. Auch private Versicherungsleistungen fallen unter die Kategorie umverteiltes Einkommen. Im Jahr 2001 betrugen die Sozialleistungen in Österreich 60,4 Mrd. Euro oder 28,5 % gemessen am BIP („Sozialquote“). Das heißt: die „Sozialquote“ ist in Österreich bis 1994 gestiegen, seit 1997 ist sie aber rückläufig. Das Argument vom „überbordenden Sozialstaat“, bei dem gespart werden müsste, wird dadurch deutlich relativiert.

Tab. 13:

Entwicklung der Sozialausgaben und der Sozialquote*) 1990 - 2001

Tabelle 2.1

Jahr	Sozialausgaben in Mrd. Euro	Veränderung (in %) der Sozialausgaben gegenüber dem Vorjahr	Sozialquote (Sozialausgaben in % des BIP)	BIP in Mrd. Euro
1990	36,12	–	27,0	133,60
1991	39,09	8,2	27,3	143,23
1992	42,26	8,1	27,8	151,83
1993	45,73	8,2	29,1	156,94
1994	49,54	8,3	29,9	165,41
1995	51,32	3,6	29,8	172,29
1996	53,00	3,3	29,8	178,05
1997	52,39	-1,1	28,7	182,49
1998	54,01	3,1	28,3	190,63
1999	56,93	5,4	28,9	197,15
2000	58,59	2,9	28,3	207,04
2001	60,39	3,1	28,5	211,86

Quelle: BMSG, ESSOSS-Sozialdatenbank,

Statistik Austria

*) Aufgrund von Änderungen bei der Berechnung der Sozialausgaben und der Revision der BIP-Werte weichen die Werte von den in der Vergangenheit publizierten ab.

Im internationalen Vergleich lag die Sozialquote Österreichs 1999 (mit 28,9 %) noch deutlich über dem EU-Durchschnitt (von 27,6 %). Höhere Sozialquoten unter den EU15 hatten 1999 Schweden (32,9 %), Frankreich (30,3 %), Deutschland (29,6 %) und Dänemark (29,4 %), die niedrigsten Spanien (20,0 %) und Irland (14,7 %).

Sozialrisiken	1990	1995	1999	2000	Veränderung von 1990 - 2000
Alter	13.118	18.322	21.245	22.216	69%
Hinterbliebene	3.968	5.148	5.580	5.706	44%
Krankheit	8.880	12.443	14.669	15.025	69%
Familie	3.570	5.522	5.665	6.143	72%
Invalidität	2.398	3.648	4.476	4.750	98%
Arbeitslosigkeit	1.558	2.705	2.857	2.719	74%
Wohnen und Soziale Ausgrenzung	599	712	1.039	1.228	105%
Insgesamt3)	34.092	48.499	55.531	57.785	69%

Q.: ESSOSS-Sozialdatenbank, Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen/Statistik Austria 1) Schätzung BMSG; 2) U.a. Geldleistungen der Sozialhilfe, Wohnbeihilfe, Gebührenbefreiungen; 3) Die Gesamtsumme der Sozialausgaben in der funktionellen Gliederung ist geringer als die der Gesamtsozialausgaben, da bestimmte Aufwendungen (z.B. Verwaltungskosten) bei der funktionellen Gliederung nicht aufscheinen. Rundungsdifferenzen sind ebenfalls möglich.

Tab. 14: Sozialausgaben nach Funktionen (Sozialrisiken)

Tab.15: Konto der sekundären Einkommensverteilung 1998

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital- gesell- schaften	Finanzielle Kapital- gesell- schaften	Staat	Private Haushalte u. Priv. Org. o. Erwerbs- zweck	Kein Sektor	übrige Welt
Primäreinkommen netto/ Nationaleinkommen netto	161.362	5.559	2.946	16.588	136.273		
Aufkommenskonto							
Einkommens- und Vermögenssteuern	25.950	0	0	25.950	0		0
Einkommenssteuern	25.138	0	0	25.138	0		0
sonstige direkte Steuern und Abgaben	813	0	0	813	0		0
Sozialbeiträge	36.381	2.191	1.220	32.762	208		255
tatsächliche Sozialbeiträge	29.437	0	550	28.887	0		255
tatsächliche Sozialbeiträge der ArbeitgeberInnen	14.126	0	280	13.846	0		149
tatsächliche Sozialbeiträge der ArbeitnehmerInnen	12.147	0	270	11.877	0		106
tats. Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen	3.164	0	0	3.164	0		0
unterstellte Sozialbeiträge	6.944	2.191	670	3.874	208		0
monetäre Sozialleistungen	38.490	0	0	0	38.490		164
sonstige laufende Transfers	40.760	1.740	5.247	25.892	7.882		2.508
Nettoprämien für Schadensversicherungen	5.144	0	5.144	0	0		0
Schadensversicherung	5.144	1.268	53	0	3.823		0
laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	23.129	0	0	23.129			
laufende Transfers i. R. d. internat. Zusammenarbeit	340	0	0	340	0		724
übrige laufende Transfers	7.003	472	50	2.423	4.059		1.784
Verwendungskonto							
Einkommens- und Vermögenssteuern	25.950	3.438	987	24	21.495		0
Einkommensteuern	25.138	7	987	24	20.689		0
sonstige direkte Steuern und Abgaben	813	0	0	0	806		0
Sozialbeiträge	36.411	0	0	0	36.411		225
tatsächliche Sozialbeiträge	29.467	0	0	0	29.467		225
tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber	14.124	0	0	0	14.124		151
tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	12.178	0	0	0	12.178		75
tats. Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen	3.164	0	0	0	3.163		0
unterstellte Sozialbeiträge	6.944	0	0	0	6.944		0
monetäre Sozialleistungen	38.490	2.191	818	35.272	208		164
sonstige laufende Transfers	41.936	1.850	5.262	28.303	6.522		1.332
Nettoprämien für Schadensversicherungen	5.144	1.268	53	0	3.832		0
Schadensversicherung	5.144	0	5.144	0	0		0
laufende Transfers innerhalb des Staatssektors	23.129	0	0	23.129	0		0
laufende Transfers i. R. d. internat. Zusammenarbeit	724	0	0	724	0		340
übrige laufende Transfers	7.796	583	65	4.450	2.699		992
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept), netto	160.257	2.004	2.347	37.593	118.217		

Q.: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Der Großteil der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen sind (siehe vorangegangene Tab. 14) Pensionen (mit einem Anteil von rd. 38 %), gefolgt von Geldleistungen im Krankheitsfall (26 %). Diese Einkünfte aus umverteiltem Einkommen sind von 1990 bis 2000 nominell um 69 % und damit sogar stärker gestiegen als die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (+ 61 %) bzw. die Arbeitnehmerentgelte (+ 51 %). Dies hat aber auch mit der Zunahme der Zahl der PensionistInnen und Arbeitslosen zu tun, die stärker war als die Zunahme der Beschäftigten, Selbständigen und Betriebe. Denn stark war in dieser Zeit das Ausgabenwachstum für Pensionen, Krankheitsfälle, Invalidität, Arbeitslosigkeit, aber auch Familienleistungen.

Auch bei diesen Einkünften bekommen die Frauen weniger. Die niedrigeren Erwerbseinkommen der Frauen finden ihre Fortsetzung in niedrigeren Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialleistungen. Die mittleren Arbeitslosen- und Notstandshilfebezüge liegen bei den Frauen um ein Viertel unter denen der Männer. Frauen sind daher vom Armut und Armutsgefährdung stärker betroffen als Männer: 13 % der Frauen, aber nur 9 % der Männer waren laut Sozialbericht 2001/2002 im Jahr 1999 armutsgefährdet oder arm.⁴⁵ Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im Erwerbsleben verstärken sich in der Pension noch um ein weiteres Stück: laut Einkommensbericht 2002 lag die Bruttojahrespension von Männern 2001 bei 18.650 Euro und damit um 82 % über jener von Frauen mit 10.220 Euro. Bei den Nettojahrespensionen (Männer 15.830 Euro, Frauen 9.800 Euro) beträgt das Plus der Männer gegenüber den Frauen immerhin auch noch 62 %.⁴⁶

Eine durchschnittliche Monatspension (Annahme 12 Pensionen und 2 Sonderzahlungen) betrug in Österreich 2001 969 Euro brutto bzw. 881 Euro netto. Die Pensionen wurden in Österreich seit dem Jahr 2000 unter dem jeweiligen Ausmaß der Inflationsrate erhöht, sodass es bis Ende 2003 zu einem durchschnittlichen realen Einkommensverlust der PensionistInnen von 4 % gekommen ist, der durch diverse Erhöhungen von Gesundheitskosten noch verstärkt wird.

Unter dem Motto „Lohnnebenkostensenkung“, „Entlastung der Wirtschaft“, „Steuersenkung“, „Krankenkassenreform“ und „Pensionsreform“ laufen zur Zeit in Österreich Bemühungen und Maßnahmen der Bundesregierung, die auf eine Senkung der Steuern und Abgaben und somit auch auf eine daraus folgende Senkung der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen hinauslaufen. In mehreren Schritten wurden seit 2000 die Beiträge der ArbeitgeberInnen zur Arbeitslosen-, Unfall- und Insolvenzversicherung („Lohnnebenkosten“) gesenkt, es wurden im Jahr 2001 das Arbeitslosengeld, die Bezugsdauer für Krankengeld und die Invaliditätspensionen 2001 gekürzt, es wurden 2001 die Unfallrenten besteuert, Ambulanzgebühren eingeführt und Selbstbehalte beim Arztbesuch diskutiert, es wurden – wie erwähnt – seit 2000 die Pensionen nur mehr unter der Inflationsrate angepasst, es trat 2004 eine Pensionsreform in Kraft, welche die Pensionen – nach Angaben der Regierung – um bis zu 10 Prozent kürzen soll. Im Regierungsprogramm vom März 2003 ist auch die Abschaffung der Notstandshilfe bzw. die Überantwortung dieser Aufgabe an die Bundesländer vorgesehen. Im Gegenzug wurde das Karenzgeld in ein Kinderbetreuungsgeld umgewandelt, die Bezugsdauer um ein halbes Jahr und auch der Bezieherkreis erweitert.

Dies alles ist insofern problematisch und führt zu Einkommensminderungen, als gerade in Haushalten mit niedrigem oder ohne Erwerbseinkommen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen einen Großteil des Einkommens ausmachen: Bei Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard (ohne Pensionistenhaushalte) machen Sozialleistungen – je nach Zahl der Kinder – zwischen 31 und 57 % des Haushaltseinkommens aus. Selbst ein niedriger Lebensstandard kann oft nur durch Sozialleistungen absichert werden. Im allgemeinen können Haushalte nur dann einen besseren Lebensstandard erreichen, wenn sie aufgrund von Erwerbstätigkeit ein Markteinkommen erzielen, stellte der Sozialbericht

⁴⁵ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.167 f

⁴⁶ Einkommensbericht 2002, S.6

2001/2002 unmissverständlich fest. Selbst ein mittlerer Lebensstandard ist heute in der Regel nur mehr durch zwei Einkommen erreichbar. Chancen auf solche Einkommen bieten allerdings nur rund 20 % aller Arbeitsplätze.⁴⁷ Die derzeit hohe und steigende Arbeitslosigkeit wirkt dem natürlich entgegen. Die bereits angesprochene Zunahme von Erwerbsverhältnissen mit geringeren Einkommen führt sogar immer häufiger dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit und sogar trotz Mehrfachverdienst Haushalte in Österreich nur einen niedrigen oder sehr niedrigen Lebensstandard haben („working poor“).⁴⁸ Und ein Warnsignal muss auch sein, dass mit Ende Juni 2003 bis zu 205.000 Menschen über 15 Jahren (oder 3,1 % der Bevölkerung über 15 Jahren) nicht vom Schutz einer sozialen Krankenversicherung erfasst waren, die zugleich eine einkommensschwache Bevölkerungsgruppe sind und noch dazu einen relativ schlechten Gesundheitszustand aufweist.⁴⁹

Sozialleistungen hatten zumindest in den 90er Jahren „armutslindernde“ Wirkung und diese Wirkung verstärkte sich zwischen 1994 und 1999 sogar. Als arm galten laut Sozialbericht 2001/2002 Personen in Österreich, wenn folgende Einkommen („Armutsgefährdungsschwellen“) nicht erreicht wurden:⁵⁰

Haushaltszusammensetzung	Jahreswerte, €	Monatswerte, €
Einpersonenhaushalt	9.370	780
Ein Erwachsener + 1 Kind	12.180	1.020
Zwei Erwachsene	14.050	1.170
Zwei Erwachsene + 1 Kind	16.860	1.410
Zwei Erwachsene + 2 Kinder	19.680	1.640
Zwei Erwachsene + 3 Kinder	22.490	1.870

Q.: Bericht über die soziale Lage 2001-2002 (BMSG)

Tab. 16: Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltszusammensetzung

Mehr zum Thema Armut im Abschnitt 7.1.

⁴⁷ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.38 und 40

⁴⁸ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.28 f.

⁴⁹ Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich, S.14

⁵⁰ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.189

2. Die Verwendung der Einkommen

Wie und wofür werden die Einkommen der Bevölkerung verwendet? Das Einkommensverwendungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt vordergründig, dass in Österreich etwa 90 % des verfügbaren Einkommens für „Konsum“ aufwendet werden und etwa 10 % für „Sparen“. „Konsumieren“ und „sparen“ taten in den letzten Jahren vor allem die „privaten Haushalte“ und die Kapitalgesellschaften. Der „Staat“ war am „Konsum“, dem Ausgeben von Geld für den „Kollektivverbrauch“, zu etwa einem Viertel beteiligt.

Tab. 17: Einkommensverwendungskonto der VGR 1998

Einkommensverwendungskonto 1998 in Mio. €							
Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital- gesell- schaften	Finanzielle Kapital- gesell- schaften	Staat	Private Haushalte u. Priv. Org. o. Erwerbs- zweck	Kein Sektor	übrig e Welt
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept), netto	160.157	2.004	2.347	37.593	118.217		
Konsum (Ausgabenkonzept)	145.731	0	0	37.248	108.483		0
Konsumausgaben f. d. Individualverbrauch	130.872	0	0	22.389	108.483		
Konsumausgaben f. d. Kollektivverbrauch	14.859	0	0	14.859	0		
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	258	0	258	0	0		0
Sparen, netto	14.425	2.004	2.089	345	9.992		
Saldo d. laufenden Außentransaktionen							4.425

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Tab. 18: Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Berechnung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in Mrd EUR							
Primäreinkommen, netto	122,39	127,34	130,21	136,27	140,73	146,53	149,95	153,57
+ Monetäre Sozialleistungen, erhalten	36,78	37,68	37,83	38,49	40,07	41,57	43,33	44,68
+ Sonstige laufende Transfers, erhalten	7,14	7,5	7,36	7,88	8,12	8,58	9,75	10,68
- Einkommen- und Vermögenssteuern, gezahlt	17,72	19,36	20,58	21,5	22,42	22,84	24,97	25,15
- Sozialbeiträge, gezahlt	33,32	34,49	35,23	36,41	37,71	38,73	39,77	40,41
- Sonstige laufende Transfers, gezahlt	5,87	6,02	6,33	6,52	6,99	7,43	7,41	8,69
= Verfügbares Einkommen, netto	109,41	112,66	113,26	118,22	121,81	127,67	130,88	134,68
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	0,13	0,34	0,17	0,26	0,31	0,46	0,53	0,36
- Konsumausgaben	96,75	101,78	105,04	108,48	112,04	117,42	121,6	123,93
= Sparen, netto	12,79	11,21	8,39	9,99	10,08	10,71	9,81	11,1
Sparquote¹⁾	11,70%	9,90%	7,40%	8,40%	8,30%	8,40%	7,50%	8,20%

Q.: Statistik Austria, Februar 2004

Unter „Konsum“ versteht die Wirtschaftswissenschaft Ausgaben vom verfügbaren Einkommen für dauerhafte und (vor allem) für nicht dauerhafte Güter und Dienstleistungen.⁵¹ Im Fall der Wirtschaft sind das die Investitionen und Betriebsausgaben. Der Konsum bzw. die Konsumnachfrage werden bestimmt durch Einkommen, Preise, Vermögen und Zinsniveau. Der Konsum eines Haushalts wird zudem bestimmt durch Haushaltgröße und Alter der Haushaltsangehörigen. Mit steigendem Einkommen steigt bei Haushalten die Konsumnachfrage, nicht jedoch die Konsumquote, also der Anteil des Konsums am Einkommen. Mit anderen Worten: die Reichen sparen einen höheren Anteil

⁵¹ vgl. dazu Gabler-Volkswirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997

ihres Einkommens als die Ärmere(n). Oder: Mit steigender Lohnquote steigen die Konsumausgaben (Kaufkrafteffekt), mit steigenden Gewinneinkommen dagegen steigt das Sparen.

Unter „Sparen“ wird entweder das (freiwillige) Sparen als Vermögensanlage oder das Zwecksparen (Ansparen) für dauerhafte Konsumgüter verstanden. Die Höhe des Sparens hängt vor allem vom Zins und wiederum vom Einkommen ab.

Zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Steuer- und Sozialpolitik, dem verfügbaren Einkommen, dem Konsum und dem Sparen besteht ein enger Zusammenhang, wie auch die nachfolgende Übersicht für Österreich für die Jahre 1992 bis 2002 zeigt. Bemerkenswert waren die sehr starken Schwankungen beim Sparen, das in diesen Jahren meist erst im Jahr nach konjunkturellen Schwächen verstärkt wurde, wenn real wieder mehr Einkommen verfügbar, aber noch nicht das Vertrauen und die Bereitschaft für Anschaffungen da war. Diesen Zusammenhang bestätigt auch die regelmäßige Erhebung des KonsumentInnenverhaltens durch Fessel-GfK.⁵²

Tab. 19: Jährliche Veränderung von BIP, verfügbarem Einkommen, Konsum und Sparen in %

Jahr	BIP nominell	Verfügbares Einkommen nominell	Verfügbares Einkommen real	Konsum	Sparen
1992	6	5,9	2,1	7,3	-3,2
1993	3,4	3,1	-0,2	5,3	-14,1
1994	5,4	5,6	2,6	5,4	7,7
1995	4,2	3,5	1,4	4,4	-5
1996	3,3	3,9	2,1	4,5	-1,7
1997	2,5	1,9	0,5	2,2	-0,8
1998	4,5	4,2	3,7	3,4	13,2
1999	3,4	2,8	2	3,6	-5,3
2000	4,9	5,1	2,9	4	16,6
2001	2,8	2,2	-0,1	2,9	-4,5
2002	2,7	3,2	2,5	1,8	17,7

Q.: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

2.1 Konsum

Für 2004 prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO ein leichtes Ansteigen der gesamten Konsumausgaben auf 153,1 Mrd. Euro, wovon auf den Staat knapp 36,9 Mrd. Euro, der Großteil aber mit 116,2 Mrd. Euro – mehr als drei Viertel – auf die „privaten Haushalte“ entfallen werden. Davon würden 16 Mrd. Euro (14 %) für „dauerhafte Konsumgüter“, aber 100,2 Mrd. Euro (86 %) für nicht dauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen aufgewendet werden.

Als wichtigste Konsumausgaben der privaten Haushalte weist Statistik Austria die Ausgaben für Wohnen und Energie, Verkehr und Nahrungsmittel aus.⁵³ Diese Ausgaben machen zusammen 44 % der Konsumausgaben aus. Ein längerfristiger Vergleich (1990 bis 2002) zeigt folgende Veränderungen der Konsumausgaben im Inland in den einzelnen Bereichen: Überdurchschnittlich gestiegen sind demnach in dieser Zeit die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung, Bildungswesen, Gesundheitspflege, Wohnung, Wasser und Energie sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Unterdurchschnittlich dagegen vor allem die Ausgaben für Bekleidung, Schuhe, Nahrungsmittel sowie Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte. Die Konsumausgaben der ÖsterreicherInnen im Ausland sind deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben der ausländischen TouristInnen in Österreich (siehe Tab. 20).

⁵² veröffentlicht in: Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 3/2004, Kap. 6.1.1

⁵³ Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 11.01

Tab. 20: Höhe und Veränderung des Konsums in Österreich 1990-2002

Konsumgüter	Höhe der Ausgaben in Mrd. € 2002	Zunahme der Ausgaben 1990-2002 in %
Wohnung, Wasser, Energie	23,89	87,8
Verkehr	16,23	62
Nahrungsmittel	15,11	30,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen 1)	14,69	60
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	14,64	76,2
Einrichtung, Haushaltsgeräte	10,65	52,6
Bekleidung, Schuhe	7,96	16,9
Nachrichtenübermittlung	4,18	186,3
Gesundheitspflege	4,1	99
Alkohol, Tabakwaren	3,62	54
Bildungswesen	0,87	102,3
Andere Waren und Dienstleistungen	8,89	72
Summe Inlandskonsum	124,84	61,5
davon Ausländerkonsum im Inland	13,82	29,5
Inländerkonsum im Ausland	8,95	73,1

Q.: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - 1) dies ist zu einem großen Teil „Ausländerkonsum im Inland“, also Ausgaben der TouristInnen

Die höchsten monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt wies die Konsumerhebung 1999/2000 in Vorarlberg (2.618 Euro) nach, gefolgt von Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark. Wien lag mit 2.457 Euro nur knapp über, Niederösterreich (2.413 Euro) knapp unter dem österreichischen Durchschnitt von 2.437 Euro. Deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt lagen die Verbrauchsausgaben in Burgenland und Kärnten. Tirol bildete mit 2.161 Euro das Schlusslicht.⁵⁴

Der Anteil für Wohnen und Energie an den Haushaltsausgaben war in Tirol und Salzburg (mit jeweils etwa 26 %) am höchsten, in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg (mit jeweils etwa 22 % am geringsten). Für den Verkehr mussten prozentuell am meisten von den Haushaltsausgaben die Vorarlberger aufwenden (17,4 %), am wenigsten die WienerInnen und SalzburgerInnen (rd. 14 bzw. 13 %). Für Erholung, Freizeit, Hobbies und Sport gaben die WienerInnen fast 15 % ihrer Haushaltsausgaben aus, die BurgenländerInnen nur 10,4 %. Auch bei den Ausgaben in Cafes und Restaurants waren die WienerInnen führend. Die höchsten Ausgaben für Nahrungsmittel hatten dagegen die SalzburgerInnen, die geringsten (auch in absoluten Zahlen) die WienerInnen.

2.2 Sparen

„Gespart“ wurde in den vergangenen Jahren überwiegend von „privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ (das sind im wesentlichen Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen) sowie von Kapitalgesellschaften (also Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen). Die Privaten „sparten“ 1998 10 Mrd. Euro, Kapitalgesellschaften 4,1 Mrd. Euro.

Allerdings nahm die „Sparquote“, also der Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen vor allem der Privaten in den letzten Jahren deutlich ab: 1996 fiel die Sparquote unter 10 % und liegt seither bei Werten um nur mehr 8 %. Die Sparquote der Privaten ist damit in Österreich unter den Durchschnitt des Euro-Raumes gefallen, ist aber höher als etwa in Japan oder den USA (siehe Abb. 6).

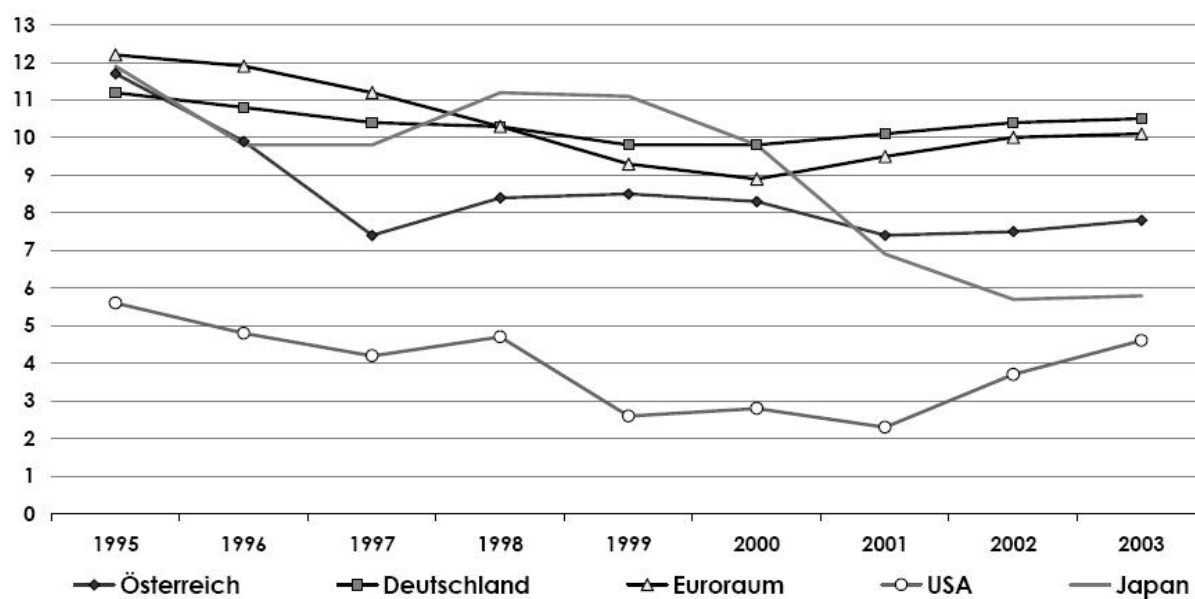
⁵⁴ Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 11.04

Tab. 21: Konto der Reinvermögensänderung aus Sparen u. Vermögenstransfers 1998 in Mio. €

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital-gesell- schaften	Finanzielle Kapital-gesell- schaften	Staat	Private Haushalte u. Priv. Org. o. Erwerbs- zweck	übrige Welt
Sparen, netto	14.425	2.004	2.089	345	9.992	
	Aufkommenskonto					
Vermögenstransfers	7.197	2.748	245	2.078	2.126	707
Vermögenswirksame Steuern	105	0	0	105	0	0
Investitionszuschüsse	4.442	2.341	241	85	1.755	37
sonstige Vermögenstransfers	2.651	407	5	1.889	351	670
	Verwendungskonto					
Vermögenstransfers	7.494	82	409	6.643	360	410
Vermögenswirksame Steuern	105	0	0	0	105	0
Investitionszuschüsse	4.377	0	0	4.377	0	101
sonstige Vermögenstransfers	3.012	82	409	2.265	255	309
Reinvermögen durch Sparen und Vermögenstransfers	14.129	4.670	1.925	-4.220	11.757	

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

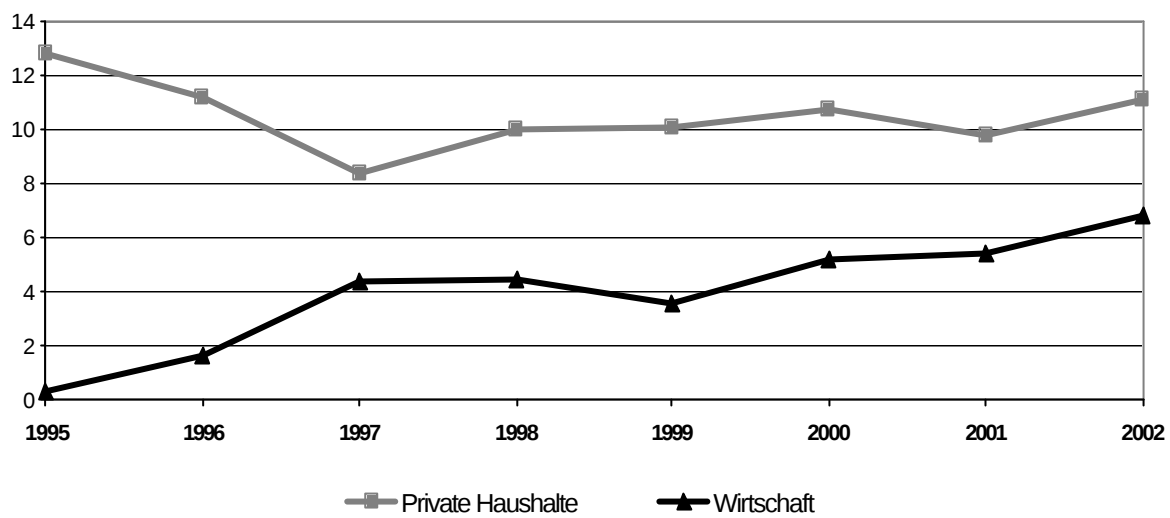
Abb. 6: Sparquoten der privaten Haushalte in % des verfügbaren Einkommens



Q: OECD, Economic Outlook Spring 2003; WIFO Prognose September 2003; aus: Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen Österreichs im Jahr 2003

Bemerkenswert ist schließlich folgende Entwicklung: Während die Sparbereitschaft und -fähigkeit der privaten Haushalte in den letzten Jahren stagniert, steigen Sparbereitschaft und -fähigkeit der Kapitalgesellschaften kontinuierlich an.

Abb. 7: Entwicklung des Sparens in Mrd. Euro



Q.: Österreichische Nationalbank

3. Die Geldvermögen der ÖsterreicherInnen

Sparen ist ein wesentlicher Beitrag zur Vermögensbildung, entweder durch die direkte Finanzanlage oder durch das Ansparen für dauerhafte Güter.

Betrachten wir zunächst die bestehenden Geld- bzw. Finanzvermögen in Österreich. Geldvermögen umfassen alle Forderungen aus finanziellen Aktiva der inländischen volkswirtschaftlichen Sektoren gegenüber in- und ausländischen Schuldern.

Mit Jahresende 2003 wies die Oesterreichische Nationalbank **Geldvermögen** in Österreich von insgesamt 1.322,9 Mrd. Euro aus.⁵⁵ Rein rechnerisch wären das pro Kopf der Bevölkerung 164.274 Euro Geldvermögen gewesen (oder fast 2,3 Mio. Schilling nach alter Rechnung, womit jede/r ÖsterreicherIn MillionärIn sein müsste). Tatsächlich aber gehörten 944,0 Mrd. Euro (also 71 %) der Geldvermögen „Kapitalgesellschaften“ (also Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen), nur 303,7 Mrd. (23 %) gehörten „privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ (also Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen) sowie 75,1 Mrd. Euro (6 %) dem „Staat“ (womit alle Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und Kammern gemeint sind). Geldvermögen im Wert von 391,1 Mrd. Euro in Österreich waren in ausländischem Eigentum.

377,9 Mrd. Euro der gesamten Geldvermögen entfielen auf gewährte Kredite, 370,7 Mrd. auf Bargeld und Einlagen, 243,7 Mrd. auf Wertpapiere (damit sind vor allem Geld- und Kapitalmarktpapiere sowie Finanzderivate gemeint), 242,6 Mrd. auf Anteilsrechte (also Aktien und Investmentzertifikate), 66,9 Mrd. auf „versicherungstechnische Rückstellungen“ (also Ansprüche Privater aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen), 17,6 Mrd. auf sonstige Forderungen (etwa aus Handelskrediten) und 3,5 Mrd. auf Währungsgold und Sonderziehungsrechte.

Tab. 22: Entwicklung des Geldvermögens in Österreich 1996 -2003

	1996		2003		Veränderung	
	absolut		p.a.		in %	p.a.
Geldvermögen (Inland) gesamt in Mrd. Euro	825,94	1.322,92	+496,98	+71,00	+60,2	+8,6
davon						
Wertpapiere	135,73	243,73	+108,00	+15,43	+79,6	+11,4
Anteilsrechte	81,31	242,58	+161,27	+23,04	+198,3	+28,3
versicherungstechnische Rückstellungen	39,40	66,94	+27,54	+3,93	+69,9	+10,0
gewährte Kredite	261,91	377,91	+116,00	+16,57	+44,3	+6,3
Sonstige Forderungen	12,66	17,56	+4,90	+0,70	+38,7	+5,5
Bargeld und Einlagen	289,06	370,67	+81,61	+11,66	+28,2	+4,0
Währungsgold u.a.	3,25	3,51	+0,26	+0,04	+1,1	+0,2
Wirtschaft	62,00	125,91	+63,91	+9,13	+103,1	+14,7
Anteil in %	7,5	9,5			+2,0	+0,3
Finanzwirtschaft	493,36	818,13	+324,77	+46,40	+65,8	+9,4
Anteil in %	59,7	61,8			+2,1	+0,3
Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck	224,82	303,73	+78,91	+11,27	+35,0	+5,0
Anteil in %	27,2	23,0			-4,2	-0,6
Staat	45,76	75,14	+29,38	+4,30	+64,2	+9,2
Anteil in %	5,5	5,6			+0,1	+0,0

Quellen: Statistik Austria, OeNB

Die Entwicklung der Geldvermögen im Verlauf der letzten Jahre zeigt folgendes Bild: Die Geldvermögen im Inland sind von 1996 bis 2003 um 497 Mrd. Euro oder 60 % gewachsen. Das entspricht einer jährlichen Wachstum der Geldvermögen in Österreich von

⁵⁵ Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 4/2004, Kap. 6.9

durchschnittlich 71 Mrd. Euro oder 8,6 %! Damit wachsen die Geldvermögen in absoluten Beträgen gemessen zehnmal so stark wie das Bruttoinlandsprodukt.

Überdurchschnittlich stark gestiegen sind in dieser Zeit die Geldvermögen der Wirtschaft (+14,7 % p.a.), deutlich unter dem Durchschnitt dagegen die Geldvermögen der Privaten (+5,0 % p.a.). Überdurchschnittlich ist auch der Bestand an Anteilsrechten (+28,3 % p.a.) und Wertpapieren (+11,4 % p.a.) gestiegen. In absoluten Beträgen gemessen wuchs am stärksten das Geldvermögen der Finanzwirtschaft (plus 46,4 Mrd. Euro p.a.) sowie der Bestand an Anteilsrechten (plus 23,0 Mrd. Euro p.a.).

Bemerkenswert ist weiters, dass der Anteil von Wirtschaft und Finanzwirtschaft am gesamten Geldvermögen in den letzten Jahren zunahm (plus 4,1 %), während der Anteil der Privaten im selben Maß zurückging (minus 4,2 %). Stark zugenommen haben in den letzten Jahren auch Geldvermögen in Österreich, die in ausländischem Besitz sind: es wuchs allein von 1999 bis 2003 um 127,1 Mrd. Euro oder 48,2 %. Das entspricht einer jährlichen Zunahme um 12,1 %.

3.1 Geldvermögen der Privaten

Ende 2003 betrug das **Geldvermögen der Privaten** (also Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen) 303,7 Mrd. Euro, hat also gegenüber 2002 nochmals um 16,5 Mrd. Euro (oder 5,7 %) zugenommen. Bargeld und Einlagen (vor allem Spareinlagen) bei Banken machten mit 168,5 Mrd. Euro (55 %) den größten Anteil aus. 66,9 Mrd. Euro (22 %) waren in Versicherungssparprodukten investiert und zusammen 65,9 Mrd. Euro (21 %) in Aktien, Wertpapieren und Investmentzertifikaten.

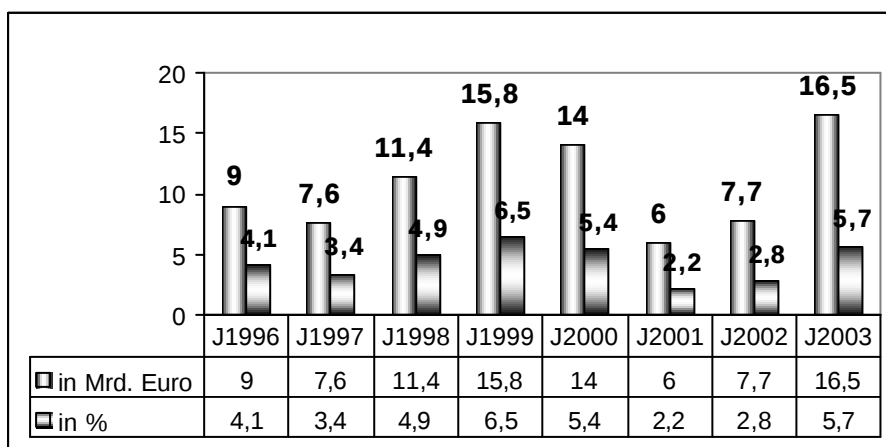
Tab. 23: Geldvermögen Privater in Österreich 1996 - 2003 in Mrd. Euro:

Private	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Geldvermögen gesamt	224,82	232,45	243,83	259,61	273,57	279,55	287,27	303,73
Bargeld und Einlagen	138,74	140,51	144,16	149,20	151,34	155,35	160,50	168,55
Wertpapiere	30,15	26,77	22,65	19,21	21,05	20,75	22,13	23,25
Anteilsrechte	16,50	22,15	29,66	37,86	43,47	42,28	38,41	42,71
Versicherungstechn. Rückstellungen	39,40	42,99	47,28	53,19	57,38	60,89	64,01	66,94

Quelle: OeNB

Von 1996 bis 2003 sind die Geldvermögen Privater in Österreich um insgesamt 78,9 Mrd. Euro (von 224,8 auf 303,73 Mrd. Euro) oder 35 % gestiegen. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von 11,3 Mrd. Euro oder 5,0 %.

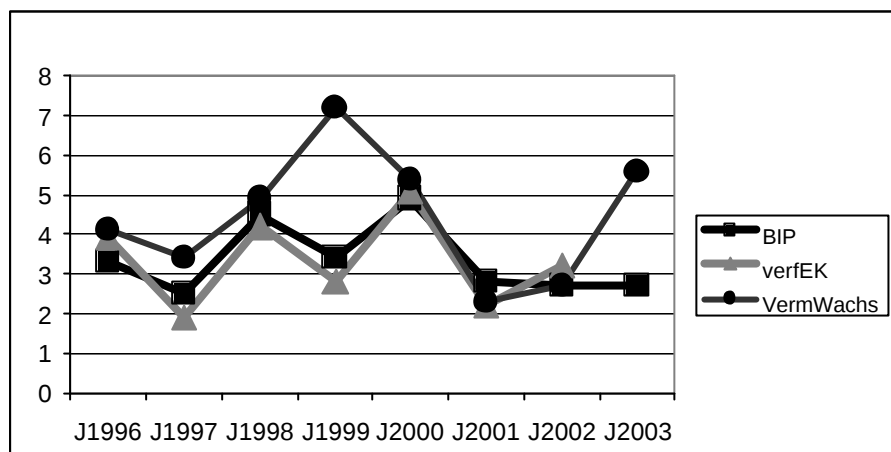
Abb. 8: Jährlicher Geldvermögenszuwachs Privater 1996 - 2003 in Mrd. Euro und %



Es bestand während der letzten Jahren ein hoher Zusammenhang zwischen dem (nominellen) Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, dem Wachstum des verfügbaren Einkommens und dem Wachstum des Geldvermögens Privater. Lediglich 1999 und 2003 kam

es zu einer deutlichen Entkopplung des Geldvermögenszuwachses vom Zuwachs des BIP und des verfügbaren Einkommens, 1999 größtenteils noch bedingt durch das Hoch an den Börsen und starke Aktienkäufe, 2003 dagegen durch ein Wachstum vor allem bei Bargeld und wenig riskanten Spareinlagen, was von Wirtschaftsforschern als „Angstsparen“ interpretiert wird.

Abb. 9: Jährliches Wachstum von BIP, verfügbarem Einkommen und Geldvermögen Privater 1996 - 2003 in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB

Im längerfristigen Vergleich zeigt sich in der Struktur der privaten Geldvermögen folgendes: Am schwächsten wuchsen Bargeld und Spareinlagen. Deutlich und überdurchschnittlich zugenommen haben dagegen zumindest in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einerseits Anteilsrechte und Investmentzertifikate sowie andererseits Anlagen in Lebens- und Pensionsversicherungen. Dies hat sich in den letzten Jahren infolge der Wirtschaftskrise und der Unsicherheit auf den Finanzmärkten geändert: Im Jahr 2000 entfielen noch 53,5 % der privaten Geldvermögensbildung auf Kapitalmarktpapiere, Aktien und Investmentzertifikate, 2003 nur mehr 16,2 %. Die Finanzinvestitionen der Privaten erfolgten 2003 größtenteils in Bargeld und Einlagen.⁵⁶

Nach der Einführung des Euro als **Bargeld** per 1.1.2002 konnte eine kurzfristig steigende Bargeldhaltung festgestellt werden, die sich durch eine Ausweitung der Sichteinlagen noch verstärkte. 2003 überwog dann wieder der Aufbau der Spareinlagen.

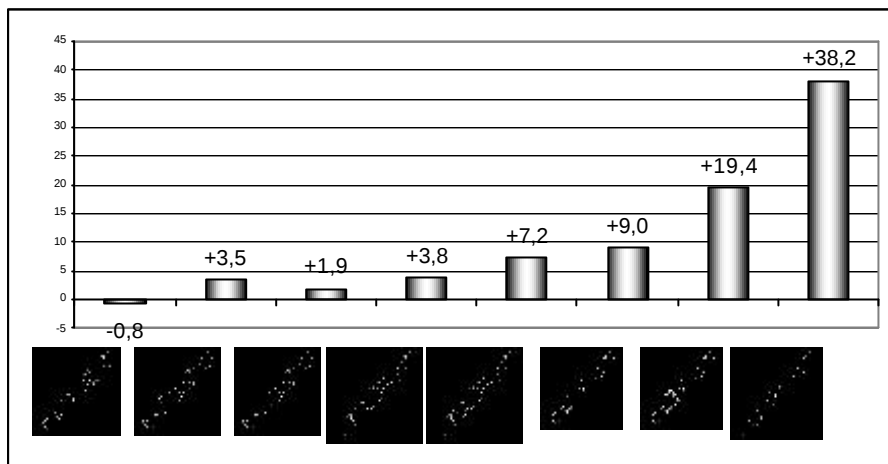
Die **Spareinlagen** der Privaten in Österreich stiegen in den letzten Jahren nur mäßig: von 112,2 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf 120,5 Mrd. Euro 2003. Das entspricht einem durchschnittlichen Wachstum von 2,1 Mrd. Euro oder 1,85 % pro Jahr.

Bemerkenswert ist, dass kurzfristige gebundene Einlagen (bis zu 1 Jahr) in den letzten Jahren zunahmen, während Einlagen mit einer Bindungsfrist von länger als einem Jahr abnahmen, was auch die Bauspareinlagen betraf, die 2002 und 2003 geringer waren als 2001. Auch die Zahl der Spareinlagen bei inländischen Kreditinstituten war 2003 rückläufig. Sie war mit 23,7 Mio. Stück um über 45.000 Stück geringer als 2002, wobei der Rückgang mit über 166.000 Stück nur kleine Sparguthaben (bis zu 10.000 Euro) betraf, während die Zahl größerer Sparguthaben zugenommen hat. Und es ist vor allem die Zahl jener Sparkonten gestiegen, die hohe und sehr hohe Spareinlagen (ab 500.000 Euro) hatten, wie aus Abb. 10 zu erkennen ist.

Die Banken tragen - wie bereits im Kapitel 1.3 erläutert - durch ihre Zinspolitik zur Attraktivität hoher Spareinlagen und somit zur Einkommens- und Vermögensentwicklung bei.

⁵⁶ OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht 7, Juni 2004, S. 51

Abb. 10: Wachstum von Sparkonten 2002 - 2003 in %



Quelle: OeNB, Stat. Monatsheft 3/2004, Kap. 2.0.2.0

Bei den Geldvermögen der Privaten sind, wie wir festgestellt haben, in den letzten Jahren eher Zuwächse bei kurzfristig gebundenen Finanzanlagen der Banken zu beobachten und tendenziell eine Abkehr von längerfristigen sowie riskanten Veranlagungen wie Wertpapiere oder Anteilsrechte aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten.

Eine Ausnahme bilden **Anlagen in Lebens- und Pensionsversicherungen**. Sie nahmen von 53,2 Mrd. Euro 1999 auf 66,9 Mrd. Euro 2003 zu. Das entspricht einer Zunahme von durchschnittlich 3,4 Mrd. Euro oder 6,5 % pro Jahr. Allerdings hat sich das Wachstum dieser Veranlagung in dieser Zeit – vor allem 2003 – verlangsamt, was mit dem Rückgang verfügbaren Einkommens durch das schwache Wirtschaftswachstum zusammenhängt. Das darunter mit Abstand wichtigste Anlageprodukt sind Lebensversicherungen (2002 41,4 Mrd. Euro), gefolgt von Schadens- und Unfallversicherungen (2002 9,7 Mrd. Euro). Rund 3 % aller Geldvermögen Privater – 9,1 Mrd. Euro – betrafen 2003 Forderungen gegenüber Pensionskassen. Das waren um knapp 2 Mrd. Euro mehr als 1999, ein Zuwachs der hauptsächlich durch das Wachstum inländischer Investmentzertifikate bedingt war.⁵⁷ Auf das staatlich geförderte Pensionsansparprodukt „Zukunftsvorsorge“ entfielen im ersten Jahr 2003 Einzahlungen von nur etwa 120 bis 140 Mio. Euro.⁵⁸

Zwar lag der Veranlagungserfolg der Pensionskassen von 1990 bis 2003 noch bei durchschnittlich 6,9 % p.a., doch 2001 (-1,6 %) und 2002 (-6,3 %) waren aufgrund der Entwicklungen auf den internationalen Kapitalmärkten merkbare Verluste im Vermögen der Versicherten zu registrieren. Und die Nationalbank stellt erstmals in den Raum, dass die wachsende Zahl der Anwartschaftsberechtigten (derzeit 342.000 Personen in Österreich) *„auf deutlich größere makroökonomische Auswirkungen potenzieller Leistungskürzungen der Pensionskassen in der Zukunft schließen“* lässt. *„Damit können sich in Zukunft die Bewertungsveränderungen auf den Kapitalmärkten stärker auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durchschlagen“*.⁵⁹ Mit anderen Worten: die Börsen werden die Höhe (oder Kürzung) der Privatpension bestimmen.

Der Besitz von **Wertpapieren** (Geld- und Kapitalmarktpapiere) bzw. die Anlage von Geld in Wertpapieren Privater weist dagegen kein kontinuierliches Wachstum auf. Einem Rückgang bis 1999 folgte bis 2003 eine leichte Zunahme auf 23,2 Mrd. Euro. Wertpapiere nehmen beim Geldvermögen Privater auch nur eine untergeordnete Rolle ein: nur 7,6 % des Geldvermögens der Privaten ist in Wertpapieren angelegt. Und auch lediglich 9,5 % aller in Österreich von Inländern gehaltenen Wertpapiervermögen gehörten 2003 Privaten, 83,9 %

⁵⁷ Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 3/2004, Kap. 2.2

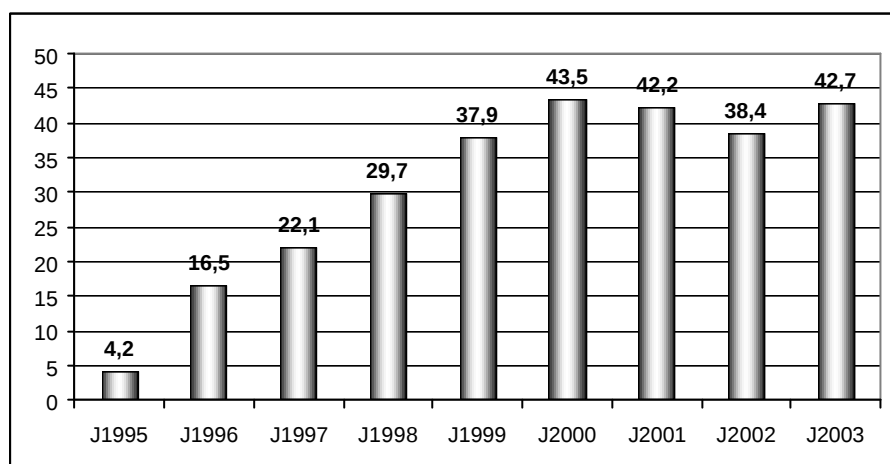
⁵⁸ Wiener Börse, APA415, 14.5.2004

⁵⁹ OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht 7, Juni 2004, S. 52

dagegen Kapitalgesellschaften und 6,6 % dem Staat. Zudem ist anzunehmen, dass in diesem Fall weniger die privaten Haushalte als vielmehr die privaten Stiftungen Besitzer von Geld- und Kapitalmarktpapieren sind.

Auch **Anteilsrechte** (Aktien und Investmentzertifikate) bilden einen Teil des Geldvermögens Privater. Ihr Anteil an privaten Geldvermögen war bzw. ist ebenfalls sehr stark bestimmt durch den Börsenboom der späten 90er-Jahre und ebenso durch die darauf folgende Krise. Bis 2000 verzehnfachten sich der Wert der Anteilsrechte Privater (von 4,2 Mrd. Euro 1995 auf 43,5 Mrd. 2000), stagniert seither aber und betrug 2003 42,7 Mrd. Euro. Insgesamt lag ihr Anteil am privaten Geldvermögen im Jahr 2003 bei 14,1 %. Innerhalb der „Anteilsrechte“ nehmen börsennotierte Aktien (mit 10,7 Mrd. Euro im Jahr 2003) den weit geringeren Anteil ein als Investmentzertifikate (29,7 Mrd. Euro im Jahr 2003). Börsennotierte Aktien machten 2003 also nur 3,5 % der privaten Geldvermögen aus. Dem Argument, die Veranlagung in Investmentfonds wäre eine Förderung der heimischen Wirtschaft, widerspricht allerdings, dass 73 % des Fondskapitals inländischer Fonds - von mittlerweile zusammen 102,5 Mrd. Euro - im Ausland veranlagt werden.⁶⁰

Abb. 11: Anteilsrechte Privater 1995 - 2003 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB

3.2 Geldvermögen der Kapitalgesellschaften

In diesem Fall ist eine Trennung in finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften notwendig. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sind jene Kapital- und Personengesellschaften und selbständig Erwerbstätigen, die in ihrer Haupttätigkeit Waren und nichtfinanzielle Dienstleistungen produzieren, also vereinfacht gesagt „die Wirtschaft“. Finanzielle Kapitalgesellschaften dagegen sind die Banken, Investmentfonds, finanzielle Holding- und Mantelgesellschaften, Verwalter von Pensionskassen und Investmentfonds sowie Versicherungsunternehmen und Pensionskassen, also einfach gesagt „die Finanzwirtschaft“.⁶¹

3.2.1 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Wirtschaft)

Ende 2003 betrug das **Geldvermögen der Wirtschaft** 125,9 Mrd. Euro. Anteilsrechte nahmen mit 59,1 Mrd. Euro (oder knapp 47 %) den größten Anteil ein. 32,9 Mrd. Euro (26 %) waren Bargeld und Einlagen bei Banken, 11,6 Mrd. Euro (9 %) Wertpapiere.

⁶⁰ Finanznachrichten 12/2004, S.16

⁶¹ vgl. dazu die Definitionen in den Erläuterungen der Statistischen Monatshefte der OeNB

Tab. 24: Geldvermögen der Wirtschaft in Österreich 1996 - 2003 in Mrd. Euro:

Wirtschaft	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Geldvermögen in Mrd. € gesamt	62,00	70,92	74,32	89,11	101,22	108,14	112,00	125,91
Bargeld und Einlagen	22,73	23,64	26,10	25,56	26,90	27,79	28,83	32,72
Wertpapiere	10,97	11,38	9,78	9,39	9,95	9,92	10,68	11,60
Kredite	3,24	4,17	4,80	9,18	12,55	14,59	15,10	14,98
Anteilsrechte	16,47	23,11	26,96	37,44	44,19	48,59	50,13	59,06

Quelle: OeNB

Von 1996 bis 2003 wuchsen die Geldvermögen der Wirtschaft um 60,9 Mrd. Euro (von 62,0 auf 125,9 Mrd. Euro) oder 103 %, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 8,7 Mrd. Euro oder 14,7 % entsprach! Die Geldvermögen der Wirtschaft wuchsen damit prozentuell dreimal so stark als die Geldvermögen der Privaten.

Abb. 12: Jährlicher Geldvermögenszuwachs der Wirtschaft 1996 - 2003 in Mrd. Euro und %

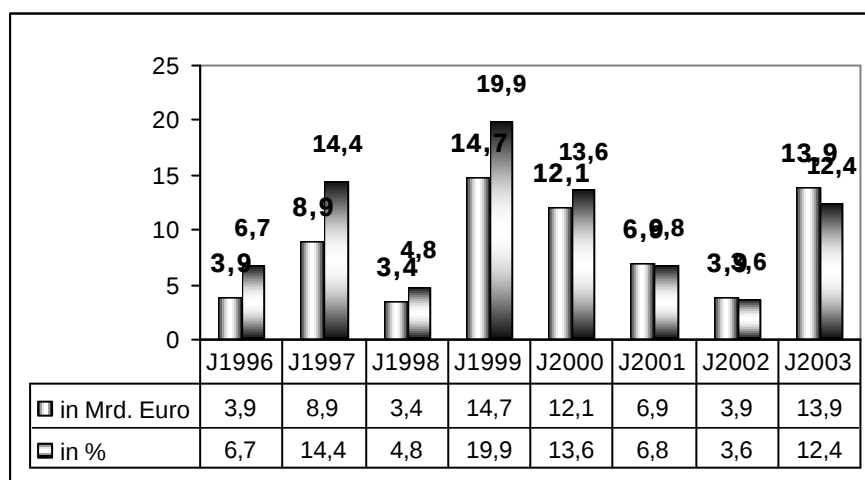
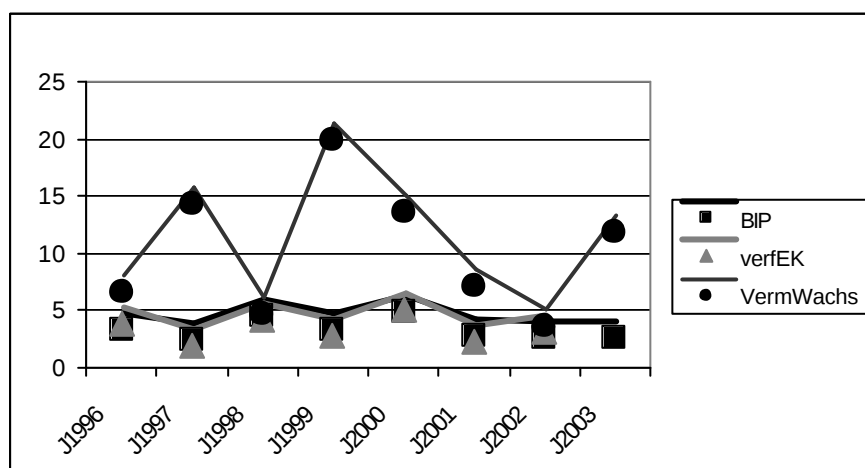


Abb. 13: Jährliches Wachstum von BIP, verfügbarem Einkommen und Geldvermögen der Wirtschaft 1996 - 2003 in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB

Bemerkenswert ist aber vor allem, dass das Geldvermögenswachstum der Wirtschaft offenbar völlig losgelöst vom Wachstum der Bruttoinlandsproduktes und der verfügbaren Einkommen stattfand. Die Wachstumsraten des Geldvermögens der Wirtschaft lagen ausnahmslos und zum Teil um ein Vielfaches über den Wachstumsraten von BIP und verfügbaren Einkommen. Und dies, obwohl seit dem Jahr 2001 in Österreich eine Krise des Wirtschaftswachstums besteht. Das starke Vermögenswachstum der Wirtschaft korreliert allerdings mit dem stärkeren Wachstum der Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen und ihrem wachsenden Anteil am BIP.

Das Wachstum der Geldvermögen der Wirtschaft während der letzten Jahre war zum überwiegenden Teil bestimmt und bedingt durch den Erwerb und Besitz von Anteilsrechten, wobei – im Gegensatz zu den Privaten – Aktien und andere Anteilsrechte den überwiegenden Anteil am Geldvermögenswachstum der Wirtschaft (insbesondere im Jahr 2003) ausmachten.

3.2.2 Finanzielle Kapitalgesellschaften (Finanzwirtschaft)

Ende 2003 betrug das **Geldvermögen der Finanzwirtschaft** in Österreich 818,1 Mrd. Euro. 328,7 Mrd. Euro (oder 40 %) waren gewährte Kredite, 192,8 Mrd. Euro (oder 24 %) waren Wertpapiere, 158,3 Mrd. Euro (oder 19 %) waren Bargeld und Einlagen, 129,7 Mrd. Euro (16 %) Anteilsrechte und 3,5 Mrd. Euro (0,5 %) Währungsgold.

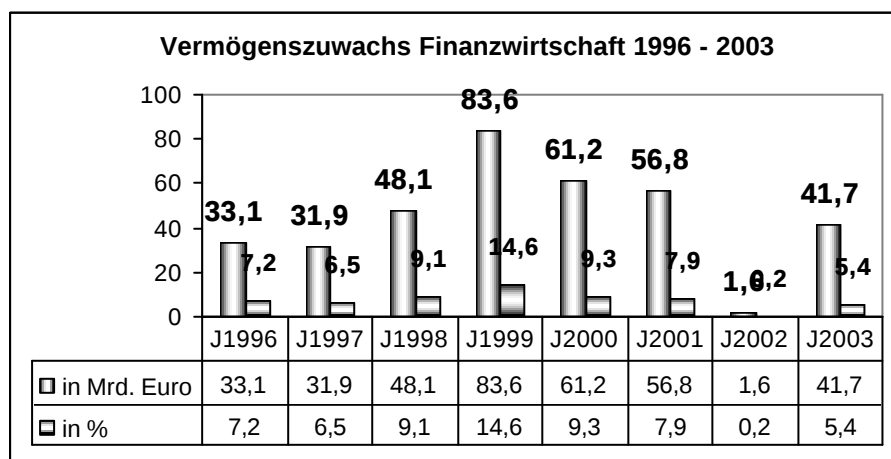
Tab. 25: Geldvermögen der Finanzwirtschaft in Österreich 1996 – 2003 in Mrd. Euro:

Finanzwirtschaft	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Geldvermögen gesamt	493,36	525,21	573,26	656,82	718,04	774,81	776,40	818,13
Bargeld und Einlagen	118,94	116,29	130,31	148,06	151,33	174,81	149,97	158,27
Wertpapiere	91,63	108,01	119,13	141,14	153,08	162,89	179,85	192,80
Kredite	232,03	243,60	250,70	269,56	294,44	314,33	320,10	328,72
Anteilsrechte	41,68	50,53	65,49	89,07	110,53	113,72	117,88	129,74
Währungsgold	3,25	2,25	2,38	3,94	3,70	3,78	3,51	3,51

Quelle: OeNB

Von 1996 bis 2003 nahmen die Geldvermögen der Finanzwirtschaft in Österreich um 324,8 Mrd. Euro (von 493,4 auf 818,1 Mrd. Euro) oder 66 % zu. Das entsprach einem jährlichen Wachstum von 46,4 Mrd. Euro oder 9,4 %. Damit war das Geldvermögenswachstum der Finanzwirtschaft in absoluten Zahlen mehr als doppelt so hoch als das Wachstum der Geldvermögen von Wirtschaft und Privaten zusammen, prozentuell doppelt so als das Geldvermögenswachstum der Privaten und um ein Drittel geringer als das der Wirtschaft.

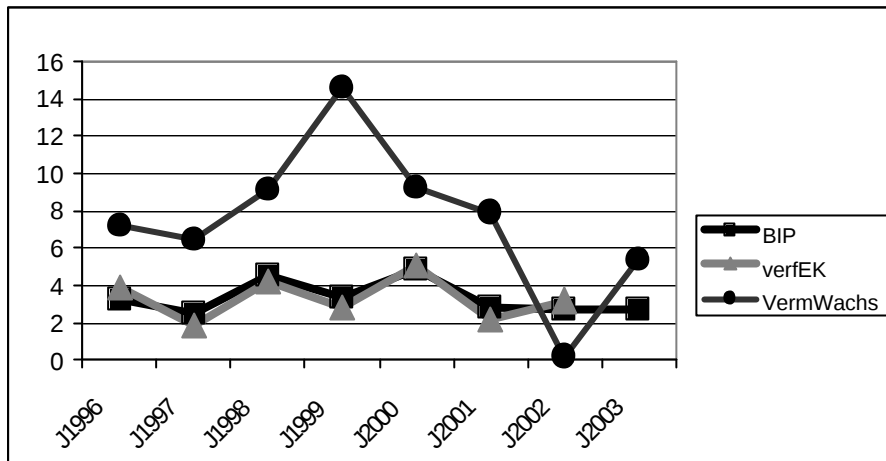
Abb. 14: Jährlicher Geldvermögenszuwachs der Finanzwirtschaft 1996 – 2003 in Mrd. Euro und in %



Das Wachstum der Geldvermögen der Finanzwirtschaft erfolgte in diesen Jahren im wesentlichen parallel zum Wachstum von Bruttoinlandsprodukt und verfügbarem Einkommen, jedoch mit wesentlich höheren Raten, wie Abb. 15 auf der nächsten Seite zeigt.

Das Wachstum der Geldvermögen der Finanzwirtschaft war in den letzten Jahren am stärksten durch die Verdoppelung des Wertpapierbestandes sowie die Verdreifachung der Anteilsrechte gekennzeichnet. Aber auch die Ausweitung der gewährten Kredite bestimmt nach wie vor die Geldvermögensposition der Finanzwirtschaft.

Abb. 15: Jährliches Wachstum von BIP, verfügbarem Einkommen und Geldvermögen der Finanzwirtschaft 1996-2003 in %



3.3 Geldvermögen des Staates

„Der Staat“, also die Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen, Kammern und Verbände, wiesen 2003 75,1 Mrd. Euro Geldvermögen aus. Das waren lediglich 5,6 % aller Geldvermögen in Österreich. Davon entfielen 34,1 Mrd. auf gewährte Kredite, 16,1 Mrd. auf Wertpapiere, 11,1 Mrd. auf Bargeld und Einlagen sowie 11,1 Mrd. auf Anteilsrechte.

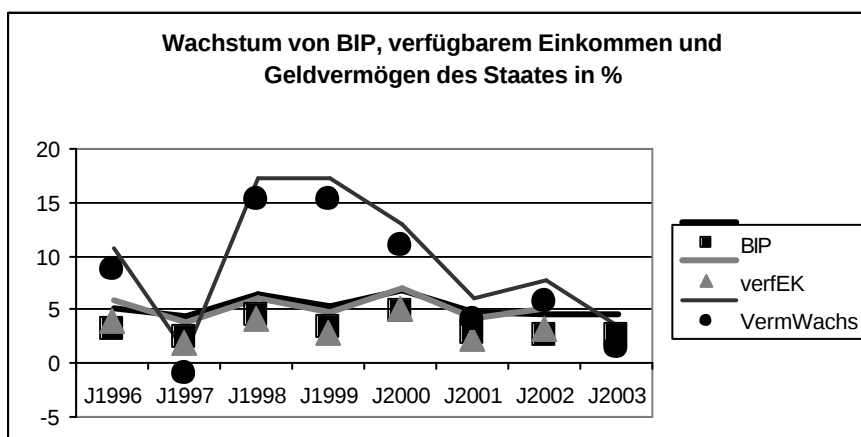
Tab. 26: Geldvermögen des Staates 1996 - 2003 in Mrd. Euro:

Staat	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Geldvermögen gesamt	45,76	45,36	52,33	60,34	67,05	69,86	74,02	75,14
Bargeld und Einlagen	8,65	7,85	8,55	7,94	9,87	12,37	11,66	11,12
Wertpapiere	2,98	3,53	7,07	9,40	11,69	12,23	17,21	16,08
Kredite	26,64	25,39	27,64	32,94	35,08	34,77	33,85	34,29
Anteilsrechte	6,66	8,09	8,42	10,05	9,96	10,03	10,29	11,07

Quelle: OeNB

Die Geldvermögen des Staates sind von 1996 bis 2003 um 29,4 Mrd. Euro (von 46,8 auf 75,1 Mrd. Euro) oder 64 % gestiegen. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von 4,2 Mrd. Euro oder 9,1 %. Damit war es nominell nur halb so stark wie das Wachstum bei den Privaten oder bei der Wirtschaft, prozentuell aber stärker als bei den Privaten, jedoch schwächer als bei der Wirtschaft. Strukturell erfolgte das Wachstum der Geldvermögen des Staates vor allem bei Wertpapieren und Anteilsrechten, die zusammen bereits 36 % der Geldvermögen des Staates ausmachen.

Abb. 16: Jährliches Wachstum von BIP, verfügbarem Einkommen und Geldvermögen des Staates 1996-2003 in %



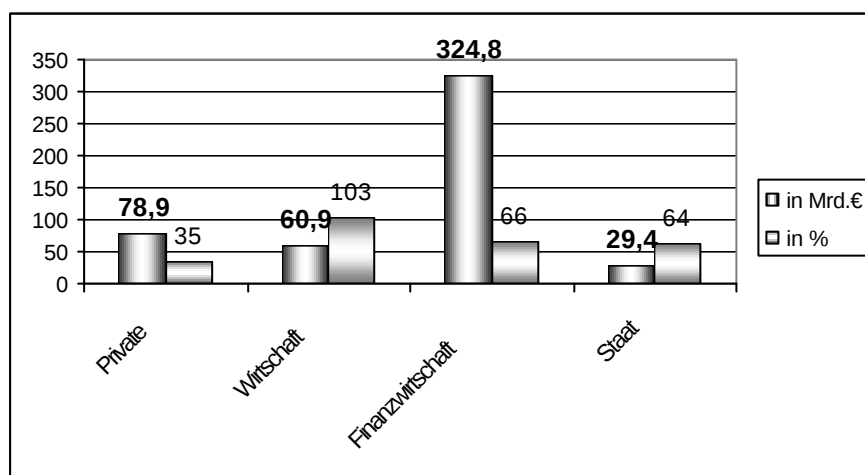
Quelle: Statistik Austria, OeNB

Auch die Geldvermögensbildung des Staates erfolgte in den letzten Jahren weitgehend losgelöst von der allgemeinen Entwicklung von Wirtschaft und verfügbarem Einkommen, wobei vor allem in den Jahren 1998 bis 2000 die öffentlichen Geldvermögen außerordentlich wuchsen.

3.4 Zusammenfassung

Eine zusammenfassende Übersicht zeigt, dass in Jahren 1996 bis 2003 die Geldvermögen der Finanzwirtschaft in absoluten Zahlen mit Abstand am stärksten gestiegen ist. Dieser Zuwachs hat die Größenordnung von nahezu 1 ½ Bruttoinlandsprodukten. In der Reihung nach Absolutbeträgen folgen die Privaten, die Wirtschaft und schließlich der Staat. Prozentuell jedoch war das Geldvermögenswachstum der Wirtschaft mit Abstand am stärksten: die Geldvermögen der Wirtschaft verdoppelten sich in diesen Jahren. Das Geldvermögenswachstum von Finanzwirtschaft und Staat war etwa gleich stark. Am langsamsten sind in diesen Jahren die Geldvermögen der Privaten gewachsen.

Abb. 17: Wachstum der Geldvermögen 1996 - 2003 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB

Im Zusammenhang mit der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre steht außerdem, dass sich die finanziellen Transaktionen, die der Geldvermögensbildung bzw. Finanzierung dienen, in den letzten Jahren deutlich verringert haben, wobei vom Rückgang (von 106,2 Mrd. Euro 1999 auf netto 38,7 Mrd. Euro 2002) ausnahmslos alle Sektoren betroffen waren, am stärksten davon die Finanzwirtschaft, die Rückgänge bei Bargeld und Einlagen zu verzeichnen hatte.

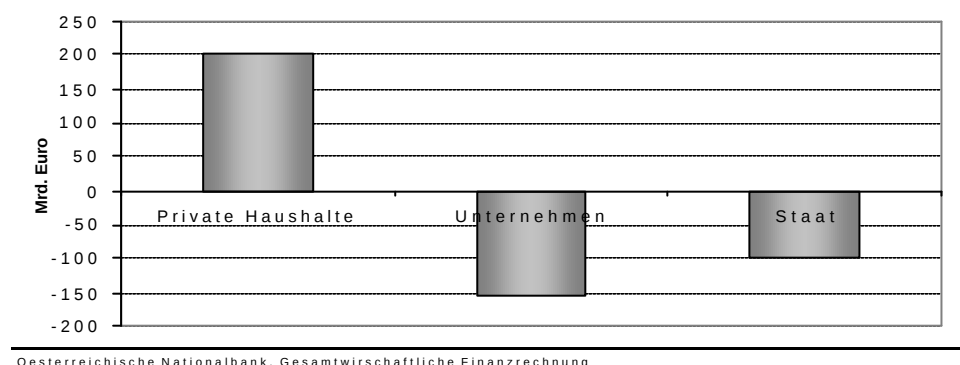
Bemerkenswert ist in den letzten Jahren weiters ein enorm starkes Wachstum ausländischen Eigentums an inländischen Wertpapieren: Diese Geldvermögen nahmen von 1998 bis 2003 von 90,5 auf 204,5 Mrd. Euro, also um 114 Mrd. Euro oder mehr als das Doppelte zu. Der Auslandsbesitz an inländischen Wert- und Geldmarktpapieren ist damit beinahe doppelt so hoch wie der Inlandsbesitz an ausländischen Wertpapieren (129,5 Mrd. Euro). Der bedeutendste Emittent inländischer Wertpapiere ist die Republik Österreich, die 2003 Schuldverschreibungen und Anleihen im Wert von 102,4 Mrd. Euro in ausländische Hand gegeben hatte. Mit erheblichen Abstand folgten 2003 die Banken (78,4 Mrd. Euro).

4. Die Schulden der ÖsterreicherInnen

In einer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung sind den Geldvermögen (auf der Aktivseite) die Verpflichtungen (etwa aushaftende Kredite, Einlagen bei Banken usw.) (auf der Passivseite) gegenüber zu stellen. Für 2003 ergab diese Rechnung neben Geldvermögen von 1.322,9 Mrd. Euro „Verpflichtungen“ von 1.367,7 Mrd. Euro und somit ein negativer Saldo aller Aktiva und Passiva von 44,8 Mrd. Euro.

Es zeigt sich in den einzelnen Sparten allerdings ein sehr unterschiedliches Bild. Für die Privaten bestand in letzten Jahren eine positive „Bilanz“: das heißt, die Bargeldbestände, Einlagen, Geldanlagen in Versicherungen, Anteilsrechte und Wertpapiere in Höhe von 303,7 Mrd. Euro waren 2003 um 212,1 Mrd. Euro höher als die Verpflichtungen, die vor allem Kredite (91,4 Mrd. Euro) waren. Auch die Finanzwirtschaft hatte eine leicht positive Bilanz von 4,9 Mrd. Euro. Ihren Geldvermögen vor allem in Form von gewährten Krediten, Wertpapieren, Anteilsrechten und schließlich Bargeld und Einlagen standen Verpflichtungen vor allem in Form von Einlagen, Wertpapieren und Anteilsrechten Dritter sowie versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber. Der Staat hatte dagegen (mit minus 98,2 Mrd. Euro im Jahr 2003) ein deutliches Minus, das sich durch seine Anleihen und aushaftenden Kredite ergab. Noch deutlicher im Minus stand die Wirtschaft (mit minus 163,6 Mrd. Euro im Jahr 2003) vor allem durch ihre hohe Verschuldung.

Abb. 24: Finanzielle Vermögensbilanz Österreichs in Mrd. Euro

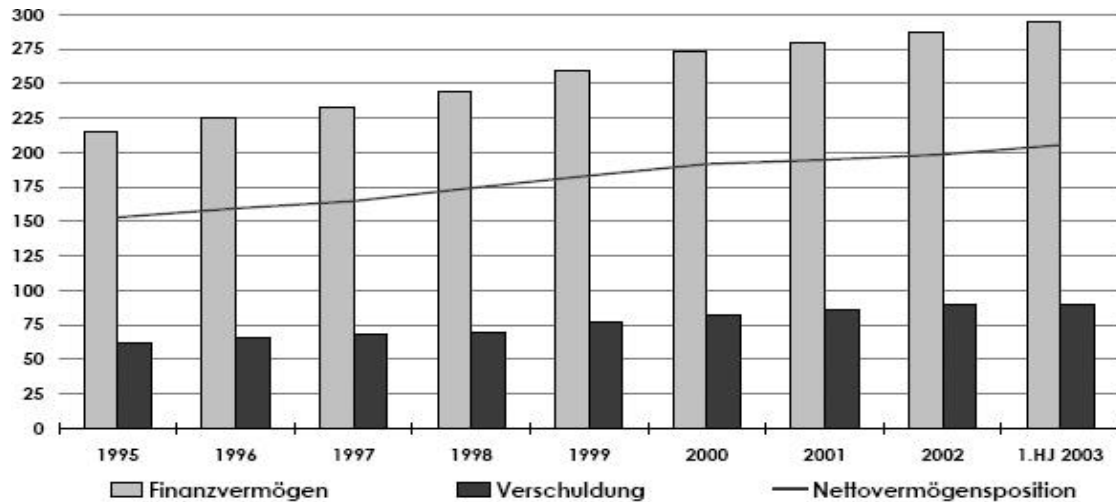


4.1 Schulden der Privaten

Bei den Privaten stehen den Geldvermögen auf der Aktivseite praktisch ausschließlich Kredite auf der Passivseite gegenüber. 2003 standen auf der Geldvermögensseite 303,7 Mrd. Euro, auf der „Finanzierungsseite“ dagegen 91,6 Mrd. Euro. Dies waren überwiegend langfristige Kredite (83 Mrd. Euro; davon 60,5 Mrd. Euro Wohnbaukredite und 20,7 Mrd. Euro Konsumkredite), und nur zu einem geringen Teil kurzfristige Kredite. Im mittelfristigen Vergleich hat sich die Nettovermögensbilanz der Privaten verbessert.

Kredite stehen bei der Geldvermögensbilanz zwar eindeutig auf der Seite der Passiva, tragen aber gerade bei den privaten Haushalten – durch ihre überwiegende Verwendung für den Wohnbau – auch zur Sachvermögensbildung bei. Mehr dazu im Kapitel 5.

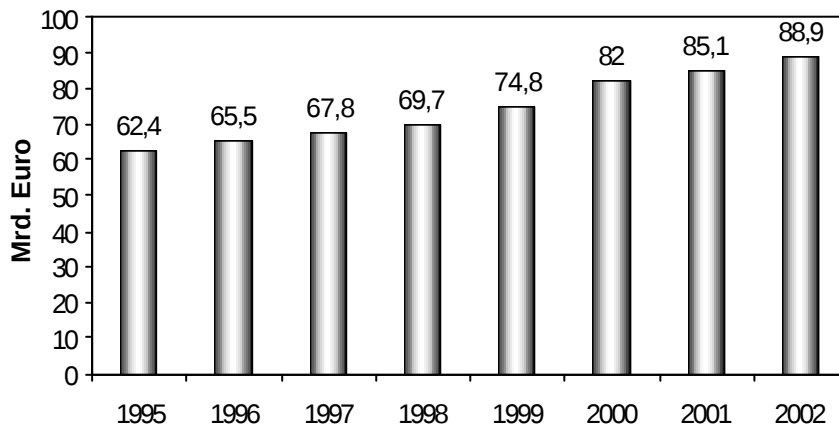
Abb. 19: Finanzvermögen und Verschuldung der Privaten 1996 - 2003 in Mrd. Euro



Q.: Oesterreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Finanzrechnung; aus: Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen Österreichs im Jahr 2003

Die Verschuldung der Privaten steigt allerdings an. Von 1995 bis 2003 stieg die Verschuldung insgesamt um 29,3 Mrd. Euro oder 47 %. Im Durchschnitt dieser neun Jahre stieg die Verschuldung damit pro Jahr um 3,7 Mrd. Euro oder 5,9 %. Auch gemessen am BIP ist die Verschuldung der Privaten, die Schuldenquote, von 36,2 % im Jahr 1995 deutlich auf 40,9 % im Jahr 2003 angestiegen. „Die Verschuldung der privaten Haushalte erreichte 2002 einen Höchstwert“, stellt auch der Finanzmarktstabilitätsbericht 6 der Oesterreichischen Nationalbank fest. Und: „Die deutliche Zunahme bei den Privatkonkursen in den letzten Jahren kann als Hinweis dafür gesehen werden, dass sich das Ausfallrisiko im Haushaltssektor verschlechtert hat.“⁶²

Abb. 20: Schulden Privater 1995 - 2002 in Mrd. Euro



Q.: Oesterreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Finanzrechnung

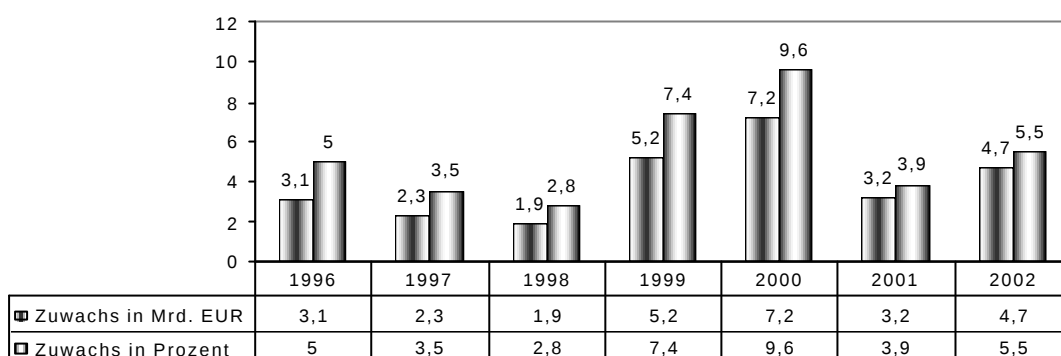
Im internationalen Vergleich der Haushaltsverschuldung zeigt sich, dass Österreich nach wie vor zu den Ländern mit der geringsten privaten Verschuldungsquote gehört. Innerhalb ausgewählter EU-Länder waren die österreichischen Haushalte 2001 mit 40,2 % gemessen am BIP nach Finnland (34 %) und Italien (30,7 %) am geringsten verschuldet. In Deutschland (73,3 %), Portugal (82,2 %) und den Niederlanden (95,5 %) war die private Schuldenquote nicht nur wesentlich höher, sondern am höchsten.⁶³

⁶² Finanzmarktstabilitätsbericht 6, S.56

⁶³ Finanzmarktstabilitätsbericht 6, S.56

Auch zwischen Schuldenwachstum und Wirtschaftswachstum gibt es einen Zusammenhang: Das Schuldenwachstum der Privaten war in den letzten Jahren dann am höchsten, wenn auch das stärkste Wirtschaftswachstum (1999 und 2000) zu verzeichnen war. Dies waren Zeiten, wo die Bereitschaft auch zu längerfristigen Anschaffungen am höchsten war. 2003 waren die Kreditaufnahmen sogar rückläufig (minus 1,2 Mrd. Euro), nicht allerdings die bestehenden Schulden. Diese erhöhten sich um 2,8 %, was allerdings ein vergleichsweise niedriger Zuwachs im Vergleich zu anderen Jahren war. Neue Kreditaufnahmen betrafen in erster Linie den Wohnbau.

Abb. 21: Schuldenzuwachs Privater 1996 - 2002 in Mrd. Euro und %



Q.: Oesterreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Finanzrechnung

Die Konsumentenkreditevidenz (KKE; früher Kleinkreditkataster) des Kreditschutzverbandes (KSV), wies Ende 2001 2,6 Mio. Personen mit 3,5 Mio. Krediten aus. Die Zahl der „Zahlungsanstände“ war damals mit rund 624.000 gegenüber 2000 nahezu unverändert.⁶⁴ In der Großkreditstatistik, die von Oesterreichischen Nationalbank geführt wird und in der nur - im Jahr 2003 369.000 - Kredite ab einer Höhe von 350.000 Euro erfasst sind, waren 2003 „Einzelunternehmer und Private“ mit 21.450 Krediten nur sehr gering vertreten. Ende 2003 waren nach Angaben des Inkassoverbandes 900.000 ÖsterreicherInnen erheblich verschuldet oder zahlungsunfähig.⁶⁵ 37 % der ÖsterreicherInnen fühlten sich bei einer repräsentativen Umfrage 2003 zudem durch die Schulden auch „seelisch stark belastet“.⁶⁶

2002 wurden die österreichischen Inkassobüros mit der Einbringung überfälliger privater und betrieblicher Forderungen in Höhe von 1,27 Mrd. Euro beauftragt, ein Jahr zuvor waren es noch 1,04 Mrd. Euro. Insgesamt werde es 2003 1,6 Millionen Pfändungen geben, erklärte der Inkassoverband Ende 2003. Seit Einführung des Privatkonkurses Anfang 1995 haben (bis Mitte 2003) 143.400 Personen die österreichweiten Schuldnerberatungen kontaktiert.⁶⁷ Die Durchschnittverschuldung des Klientels stieg in diesem Zeitraum von 62.971 Euro (1995) auf 65.797 Euro (2003). 32 % der Schuldner im Jahr 2003 waren arbeitslos, 49 % waren erwerbstätig. Bis Mitte 2003 wurden 22.854 Schuldenregulierungsverfahren durchgeführt. Jeder dritte der rd. 11.400 außergerichtlichen Ausgleichsversuche wurde von den Gläubigern angenommen. In etwa 20 % der Fälle musste ein Konkursantrag mangels Masse angewiesen werden. 68 % aller Schuldenregulierungsverfahren mündeten in einen Zahlungsplan, etwa 25 % in ein Abschöpfungsverfahren. Arbeitslose, Personen in kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen bzw. mit geringem Einkommen (v.a. Alleinerzieherinnen bzw. Karenzgeldbezieherinnen) haben de facto nicht die Möglichkeit eines Schuldenregulierungsverfahrens. Die häufigsten Gläubiger waren 2003 Kreditinstitute gefolgt von den Versandhäusern und Dienstleistungsbetrieben. Die häufigsten Ursachen für Überschuldung waren ungeschickter

⁶⁴ APA249, 27.2.2002

⁶⁵ Inkassoverband, 26.11.2003

⁶⁶ IFES; 31.7.2003

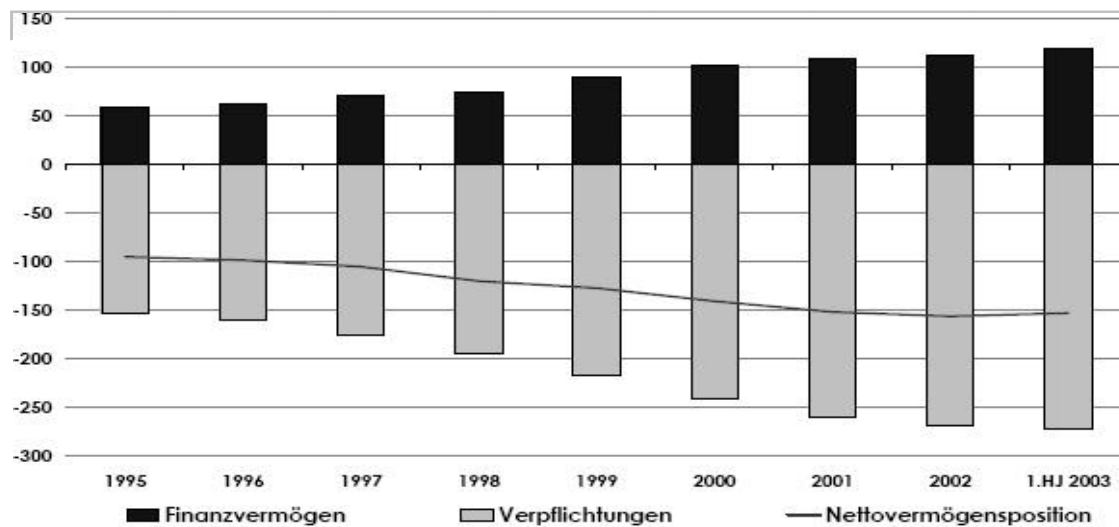
⁶⁷ www.schuldnerberatung.at

Umgang mit Geld, ehemalige Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit, Scheidung/Trennung, Wohnraumschaffung, Bürgschaft/Haftungen sowie Unfall/Krankheit/Tod.

4.2 Schulden der Wirtschaft

Den Geld-Aktiva, die bei der Wirtschaft zum Großteil Anteilrechte sowie Bargeld und Einlagen sind und 2003 125,9 Mrd. Euro betrugen, standen im gleichen Jahr auf der „Finanzierungsseite“ 289,5 Mrd. Euro gegenüber. Dies waren zum Großteil (183,3 Mrd. Euro oder 63 %) kurz- und langfristige Kredite, 77,4 Mrd. Euro waren Aktien und Anteilsrechte (inkl. Eigenkapital) und 20,6 Mrd. langfristige Wertpapiere (Schuldverschreibungen für Kapitalaufnahmen). Die Nettogeldvermögensbilanz der Wirtschaft betrug damit 2003 minus 163,6 Mrd. Euro und sie hat sich im mittelfristigen Vergleich verschlechtert.

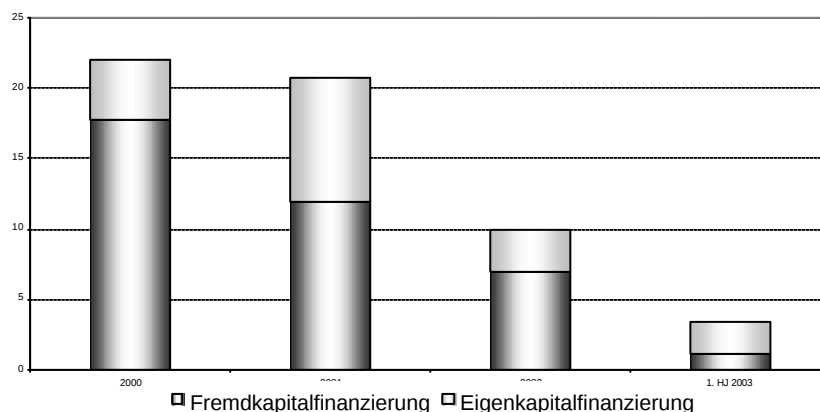
Abb. 22: Finanzvermögen und Verpflichtungen der Wirtschaft 1995 - 2003 in Mrd. Euro



Q.: Oesterreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Finanzrechnung; aus: Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen Österreichs im Jahr 2003

Auch die Verschuldung der Wirtschaft steigt. Die Kredite der Wirtschaft stiegen von 146,6 Mrd. Euro 1999 auf 183,3 Mrd. Euro 2003, also um 36,7 Mrd. Euro oder 25 % innerhalb von vier Jahren, womit die Schulden der Wirtschaft prozentuell gleich schnell wuchsen wie die Schulden der Privaten. Gemessen am BIP ist die Verschuldung der Wirtschaft (Schuldenquote) sogar doppelt so hoch wie jene der Privaten und von 74,4 % im Jahr 1999 noch deutlicher als jene der Privaten auf 81,7 % im Jahr 2003 angestiegen.

Abb.23: Eigenkapital- und Fremdfinanzierung von Unternehmen - Transaktionen 2000 - 2003 in Mrd. Euro



Quelle: OeNB

Die Konjunkturschwäche der letzten Jahre führte auch – vor allem ab 2002 – zu einem deutlichen Rückgang der Unternehmensinvestitionen und damit der Unternehmensfinanzierungen bzw. der Neuaufnahmen von Krediten wie auch zu einer deutlichen Zurückhaltung von Eigenkapitaleinsatz. Für 2003 meldet die Nationalbank wieder ein Ansteigen des externen Finanzierungsvolumens der Wirtschaft.⁶⁸

Im längerfristigen Vergleich der Arten der Unternehmensfinanzierungen zeigt sich ein Rückgang des Anteils der Kreditfinanzierung von 75 % (1995) auf 65 % (2003). Bei Fremdfinanzierungen gewannen in den letzten Jahren vor allem Schuldverschreibungen größere Bedeutung als inländische Bankkredite. Im Gegenzug stieg der Anteil der Eigenkapitalfinanzierung an Unternehmensfinanzierungen deutlich von 17 % (1995) auf 26 % (2003), was seine Ursache auch im deutlich steigenden Geldvermögen der Wirtschaft hat.

4.3 Schulden der Finanzwirtschaft

Die Finanzwirtschaft hat kaum Schulden im klassischen Sinn. Mit 27,7 Mrd. Euro machten Kredite im Jahr 2003 gerade einmal 3,4 % aller Verpflichtungen des Sektors aus. 50 % ihrer Verpflichtungen von insgesamt 818,1 Mrd. Euro im Jahr 2003 waren fremde Bargeldbestände, täglich fällige Konten (Gehalts- und Pensionskonten, Sichteinlagen) sowie Termin- und Spareinlagen von KundInnen in Höhe von 407,0 Mrd. Euro. Mit 149,8 Mrd. Euro nahmen Wertpapiere einen fast ebenso hohen Anteil aus wie Anteilsrechte mit 153,1 Mrd. Euro. Schließlich bestanden noch Verbindlichkeiten in Höhe von 66,9 Mrd. Euro an versicherungsrechtlichen Rückstellungen.⁶⁹

Der Finanzwirtschaft ist es gelungen, trotz angespannter Wirtschaftslage ihre Geldvermögensbilanz konstant positiv zu gestalten. In den Jahren 2001 bis 2003 waren die Geldvermögen der Finanzwirtschaft um jeweils 4,6 bis 4,9 Mrd. Euro höher als die Verpflichtungen.

Die Finanzwirtschaft übt einen wesentlichen Einfluss auf die Geldvermögensbildung in Österreich aus in Form der Zinsen. Und damit vor allem auch auf die ihre eigene Geldvermögensbildung. Es wurde bereits erwähnt, dass Österreichs Banken für täglich fällige Sparguthaben 2002 im Schnitt nur 0,43 Prozent Zinsen gezahlt. Für Privatkredite verlangten sie dagegen im gleichen Jahr durchschnittlich 6,75 % Zinsen. Überziehungen von Gehalts- und Pensionskonten waren mit 10,67 % noch teurer. Das hatte zur Folge, dass der Nettozinsertrag der inländischen Kreditinstitute – also der Saldo aus Zinsaufwendungen (etwa für Spareinlagen) und Zinserträgen (etwa aus Krediten) -2003 plus 7,0 Mrd. Euro betrug. Bezahlten Zinsen von 13,7 Mrd. Euro standen eingenommene Zinsen in Höhe von 20,7 Mrd. Euro gegenüber. Obwohl das Zinsniveau in den letzten Jahren tendenziell rückläufig war, war der Nettozinsertrag der inländischen Kreditinstitute 2003 sogar um 770 Mio. Euro höher als 1999.

4.4 Schulden des „Staates“

„Der Staat“ ist traditionell in einer Nettoschuldnerposition; das heißt, seine Finanzvermögen sind geringer als seine Finanzverpflichtungen. Die Oesterreichische Nationalbank weist für den „Staat“ (also alle Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger, Kammern und Verbände) im Jahr 2003 neben 75,1 Mrd. Euro Geldvermögen (vor allem gewährte Kredite, Wertpapiere und Anteilsrechte) 173,3 Mrd. Euro Verpflichtungen aus, die zum überwiegenden Teil Schuldverschreibungen (83 % oder 143,9 Mrd. Euro) sowie aushaftende Kredite (16,2 % oder 28,1 Mrd. Euro) waren. Auch der Staatsschuldenbericht 2003 wies im Juli 2004 auf ein Ansteigen der öffentlichen Verschuldung von 133 Mrd. Euro 1999 auf 149 Mrd. Euro im Jahr 2004 hin, wobei das

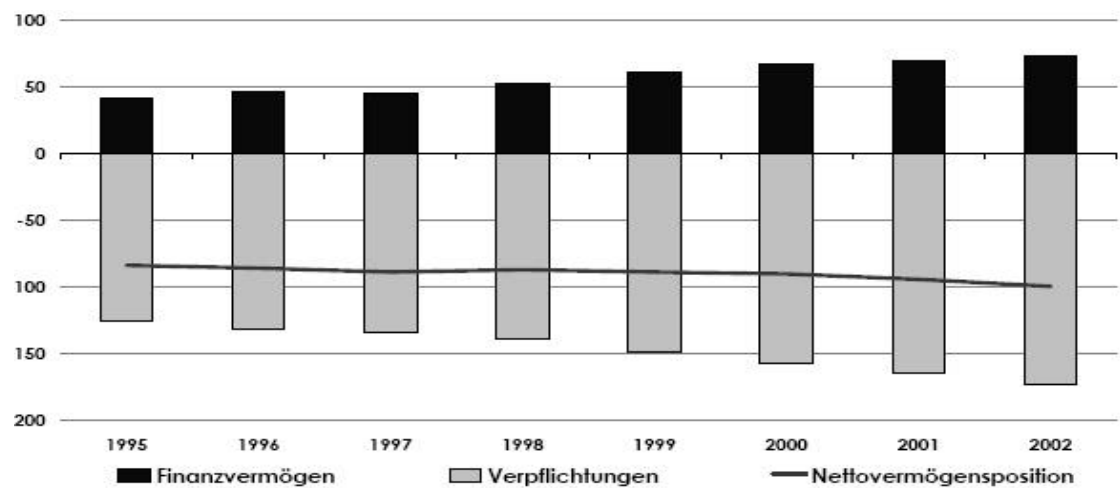
⁶⁸ OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht Nr. 7, Juni 2004

⁶⁹ Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 4/2004, Kap. 6.9

Wachstum in diesen Jahren ausschließlich durch den Bund verursacht wurde, denn der Schuldenstand der Länder und Gemeinden ist rückläufig.⁷⁰

Im längerfristigen Vergleich (1995 bis 2003) hat sich die Nettogeldvermögensbilanz des „Staates“ verschlechtert, vor allem weil die Schulden des Bundes kontinuierlich – bis heute – gestiegen sind.

Abb. 24: Finanzvermögen und Verpflichtungen des Staates (Bestände zu Marktwerten) 1995 - 2002 in Mrd. Euro



Q.: Oesterreichische Nationalbank, Gesamtwirtschaftliche Finanzrechnung

⁷⁰ Bericht über die öffentlichen Finanzen 2003, auf: www.staatsschuldenausschuss.at

5. Die Sachvermögen in Österreich

Die Volkswirtschaftslehre unterscheidet Vermögen in Geld- und Sachvermögen. In diesem Abschnitt sollen daher die verschiedenen Formen von Sachvermögen wie Erwerbsvermögen (etwa gewerbliche Anlagen, land- und forstwirtschaftliche Flächen, Mietshäuser), das primär oder ausschließlich dem Erwerb dient, Gebrauchvermögen (also langlebige Konsumgüter wie Wohnungen, Kraftfahrzeuge usw.) und Verbrauchvermögen (wie Hausrat, Möbel, Bekleidung usw.), aber auch Spekulationsvermögen (wie unbebaute Grundstücke) näher dargestellt werden.

Sachvermögen wird in der Regel durch Konsum und Investitionen gebildet und vermehrt (im Fall von Spekulationsvermögen mitunter auch durch Nichtstun), erworben auch durch Schenkung oder Erbschaft, verloren durch Wertverminderung und Abschreibungen.

Tab. 27: Sachvermögensbildungskonto 1998 in Mio. Euro

Transaktionen, sonstige Ströme, Salden	Volks- wirtschaft	Nicht- finanzielle Kapital- gesell- schaften	Finanzielle Kapital- gesell- schaften	Staat	Private Haushalte u. Priv. Org. o. Erwerbs- zweck	Kein Sektor	übrige Welt
Reinvermögen durch Sparen und Vermögenstransfers	14.129	4.670	1.925	-4.220	118.217		
Abschreibungen	27.182	17.269	730	3.019	258		
Bruttoinvestitionen	46.032	39.124	1.318	3.528	108.483	-154	
Bruttoanlageinvestitionen	44.972	29.397	1.315	3.522	108.483		
Vorratsveränderung	784	718	0	0	220	-154	
Nettozugang an Wertsachen	276	9	3	6	258		
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	11	-23	0	34	0		-11
Finanzierungssaldo	-4.733	-8.162	1.338	-4.764	6.705	150	4.733

Quelle: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

5.1 Erwerbsvermögen

In der Darstellung von Sachvermögen als Erwerbsvermögen konzentrieren wir uns auf Betriebsvermögen der Wirtschaft sowie das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen.

5.1.1 Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die Wirtschaft 1998 brutto 39,1 Mrd. Euro.⁷¹ Davon waren 29,4 Mrd. Anlageinvestitionen, also Aufwendungen für neuwertige dauerhafte Güter abzüglich Erlöse von verkauften Anlagen. Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte). 9,7 Mrd. Euro der Bruttoinvestitionen entfielen auf Vorratsänderungen und den Nettozugang an Wertsachen. An Abschreibungen – also Sachvermögensverminderungen durch Alterung und Verschleiß – wurden 1998 17,2 Mrd. Euro registriert.

Nachdem eine Auswertung aller Bilanzen der in Österreich tätigen Wirtschaftsunternehmen, aus denen die Sachanlagen und Umlaufvermögen ersichtlich wären, nicht möglich ist, weil diese nicht zur Verfügung stehen, behelft sich bereits eine Studie der Arbeiterkammer aus 1997⁷² mit anderen Berechnungen des Betriebsvermögens

⁷¹ vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

⁷² AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997

in inländischem Privatbesitz in Österreich, auf die auch wir methodisch zurückgreifen, sie in einigen Fällen auch ergänzen. Das Betriebsvermögen wurde damals auf 784 Mrd. ATS (ca. 57 Mrd. Euro) – Finanzvermögen nicht, Schulden aber schon eingerechnet – geschätzt. Etwa die Hälfte entfiel auf unbewegliche Wirtschaftsgüter, also Geschäftsgrundstücke und -gebäude, die damals auf einen Gesamtwert von 385 Mrd. öS (ca. 28 Mrd. Euro) geschätzt wurden.

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Österreich 2,047 Mio. Gebäude, von denen 176.797 Gebäude gewerblichen Zwecken dienten, land- und forstwirtschaftliche Gebäude also nicht gerechnet. Dies waren 71.811 Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, 35.837 Hotels und Gasthäuser, 32.235 Bürogebäude sowie 3.849 Gebäude des Verkehrs- und Nachrichtenwesens. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Die Arbeitsstättenzählung 2001 weist 213.983 Unternehmen mit 351.041 Arbeitsstätten aus. Rund 43 % befanden sich in der Nutzung des Eigentümers, 52 % befanden auf gemieteten oder geleasten Flächen bzw. Räumlichkeiten und stellten für deren Eigentümer sowohl Vermögens- wie auch Erwerbseinkommen dar.

Da eine Flächen- und Mietenauswertung der Statistik Austria nach der Gebäude- und Wohnungszählung 2001 für die Arbeitsstätten noch nicht vorliegt, ziehen wir als Grundlage der Bewertung dieser Arbeitsstätten den Ertragswert von Büroflächen und Geschäftslokalen heran. Wir ziehen als Messgröße - wie schon bei der Berechnung der Vermögenseinkommen in Kapitel 1.3 - den durchschnittliche Mietaufwand pro Arbeitsstätte 1991 (64,- ATS/m² = 4,65 Euro/m²) heran bzw. die Veränderungen der durchschnittlichen Büro- und Geschäftsmieten seit 1991, wie sie in den Immobilienpreisspiegeln veröffentlicht wurden. Danach kann man für die letzten Jahre in etwa den Wert von 1991 heranziehen, weil sich - konjunkturbedingt - das durchschnittliche Mietenniveau auf das Niveau von 1991 (also etwa 4,65 Euro) gesenkt hat. Und wir ziehen wiederum die durchschnittliche Fläche pro Arbeitsstätte von 1991 - 247 m² - heran. Daraus ergäben sich jährliche Brutto-Mieterträge aus allen 351.000 Arbeitsstätten von 4,8 Mrd. Euro. Abzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten ergäbe sich ein Netto-Mietertrag von 3,2 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung eines Vervielfältigers von 14 zur Kapitalisierung des erzielbaren Ertrages über die Restnutzungsdauer, ergibt sich somit ein Gebäudewert der 351.041 Arbeitsstätten in Österreich im Jahr 2001 von 44,7 Mrd. Euro.⁷³

Der Mikrozensus 2002 weist für Österreich auch 167.850 Wohnungen aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienten. Als Grundlage ihrer Bewertung ziehen wir den durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 323 Euro heran.⁷⁴ Der reine Mietertrag kann erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen werden. Daraus ergäbe sich für das Jahr 2002 ein reiner Mietertrag von 322 Mio. Euro und unter Berücksichtigung eines Vervielfältigers von 14 zur Kapitalisierung des erzielbaren Ertrages über die Restnutzungsdauer ein Gebäudewert dieser 167.850 Wohnungen im Jahr 2002 von 4,5 Mrd. Euro.⁷⁵

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs -

⁷³ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ 1997 vorgegangen

⁷⁴ Mikrozensus 2002, S.314

⁷⁵ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar und werden daher in diesem Bericht ebenso dargestellt, wie dies schon die Arbeiterkammer in ihrer Studie 1997 getan hat. In Österreich waren Ende 2003 1,37 Mio. Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).⁷⁶ Die Land- und Forstwirtschaft war Fahrzeughalter von 541.267 Fahrzeugen (davon 304.686 Zugmaschinen, 121.902 Pkw/Kombi, 71.031 Anhänger u.a.m.), die Wirtschaft (Betriebe und Selbständige) war Fahrzeughalter von 831.468 Fahrzeugen (davon 400.236 Pkw/Kombi, 230.460 Lkw, 125.280 Anhänger u.a.m.).

Legt man einen durchschnittlichen Neuwert von 20.000 Euro für einen Pkw, 50.000 für eine landwirtschaftliche Zugmaschine, 10.000 für einen landwirtschaftlichen Anhänger, 70.000 für einen Lkw und 25.000 für einen Lkw-Anhänger oder -Auflieger und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz (Zugmaschinen, Anhänger und Pkw/Kombi) einen Wert von zusammen etwa 4,6 Mrd. Euro, die Kfz der Wirtschaft (Pkw/Kombi, Lkw und Anhänger/Auflieger) von zusammen knapp 6,9 Mrd. Euro, die Kraftfahrzeuge von Wirtschaft und Landwirtschaft zusammen also einen Wert von etwa 11,5 Mrd. Euro.⁷⁷

5.1.2 Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ein Studie der Arbeiterkammer aus 1997 bewertete das land- und forstwirtschaftliche Vermögen in Österreich damals auf 523 Mrd. ATS (ca. 38 Mrd. Euro). Das Vermögen bestand zu etwa der Hälfte aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, zu etwa einem Viertel aus Maschinen, Vieh und Geld, der Rest aus Boden, Pflanzenbeständen, Vorräten sowie Nebenbetrieben (wie Gästebeherbergung). Damit entsprach das land- und forstwirtschaftliche Vermögen damals dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes, der eine wichtige Grundlage der Besteuerung dieses Vermögens ist.⁷⁸

Dieser Vermögensschätzung lagen die Einheitswertstatistik 1988 zugrunde, die seit 1989 allerdings nicht mehr erstellt wird. Weiters eine Untersuchung der Buchführungsergebnisse der Land- und Forstwirtschaft aus 1993. Und schließlich die Grunderwerbstatistik, die zuletzt 1995 erschien und einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis für veräußerte land- und forstwirtschaftliche Grundstücke von 21,- ATS (1,53 Euro) im Jahr 1993 ergab.

Wir ziehen zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln eine im Februar 2004 veröffentlichte Studie des Marktforschungsinstituts Kreutzer, Fischer und Partner⁷⁹ heran, die den Quadratmeter-Preis für land- und forstwirtschaftliche Flächen mit 2,20 Euro angab, was plausibel erscheint. Das waren um 0,67 Euro/m² (oder 44 %) mehr als 1993, was einer jährlichen durchschnittlichen Wertsteigerung von 4,4 % entsprechen würde.

Ausgehend von einer land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche von 75.186,15 km² im Jahr 1999 und einem für dieses Jahr angenommenen Durchschnittspreis von 1,93 Euro/m² Fläche ergab sich daraus ein Gesamtwert aller land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Österreich im Jahr 1999 von insgesamt etwa 145,1 Mrd. Euro.

In der Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 wurden die Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit durchschnittlich 11,06 ATS (80 Cent) je Quadratmeter landwirtschaftlicher Gesamtnutzfläche bewertet. Wir legen auch hier die Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen zugrunde, woraus sich für 1999 ein Gebäudewert von 1,01 Euro/m² land- und forstwirtschaftlicher Gesamtnutzfläche ergibt. Daraus errechnet sich eine Wert der land- und

⁷⁶ Statistik Austria, Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2003, S.219

⁷⁷ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

⁷⁸ Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer, AK Wien, Februar 1997, S.14

⁷⁹ APA0452, 24.2.2004

forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Österreich im Jahr 1999 von etwa 76 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Diese wurden 1993 mit 6,83 ATS (50 Cent) je Quadratmeter Gesamtfläche bewertet. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung in den folgenden Jahren 1994 bis 1999 von insgesamt 9,9 %⁸⁰ ergibt sich daraus ein Wert je Quadratmeter von 55 Cent. Daraus errechnet sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Österreich im Jahr 1999 in Höhe von etwa 41,3 Mrd. Euro.

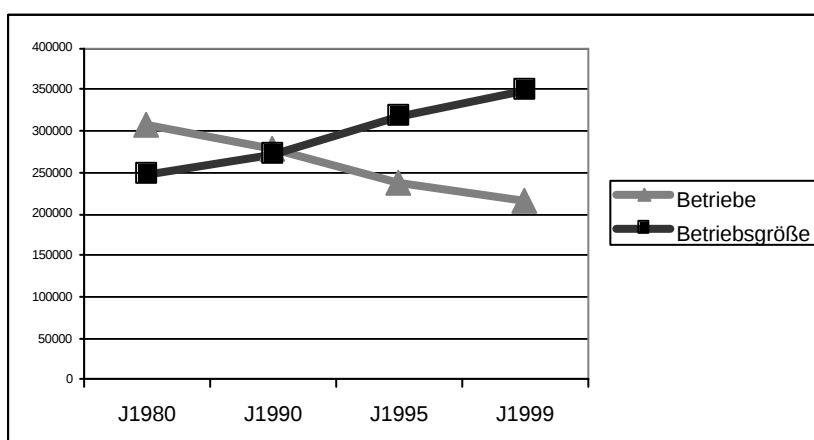
Das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Österreich im Jahr 1999 bewerten wir daher mit 262,4 Mrd. Euro. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Zur Veranschaulichung noch ein paar Zahlen: Fast 90 % der Gesamtfläche Österreichs (83.870,95 km²) – exakt 75.186,15 km² – wurden 1999 von 215.224 land- und forstwirtschaftliche Betrieben bewirtschaftet. 80.046 Betriebe (37 %) waren Haupterwerbsbetriebe mit einer Nutzfläche von 29.279,2 km², 127.441 (59 %) waren Nebenerwerbsbetriebe mit einer Nutzfläche von 17.577,3 km², 7.737 Betriebe (4 %) waren juristische Personen mit einer genutzten Flächen von 28.329,7 km². In allen Betrieben zusammen waren 575.091 Menschen beschäftigt, davon 529.900 familieneigene und 45.191 familienfremde Personen. 32.566 km² (43 %) der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Flächen waren Wald, 13.953 km² (18 %) Ackerland, 8.893 km² (12 %) Wiesen, 8.334 km² (11 %) Almen und 7.917 km² (10 %) unproduktive Flächen, fast die Hälfte davon in Tirol.

Die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes betrug 1999 34,9 Hektar (349.000 m²). Ein Vollerwerbsbetrieb war durchschnittlich 366.000 m² groß, ein Nebenerwerbsbetrieb nur 138.000 m², Betriebe juristischer Personen dagegen durchschnittlich 3,662 km².

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist rückläufig. Sie sank von 308.246 im Jahr 1980 kontinuierlich auf 215.224 im Jahr 1999 (minus 30 %). Im Gegenzug erhöhte sich die durchschnittliche Betriebsgröße in diesem Zeitraum von 24,8 Hektar auf 34,9 Hektar (oder 41 %), wobei das Wachstum alle Betriebsarten gleichermaßen betraf. Auch die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen geht zurück: 1999 waren um 17.800 Menschen weniger beschäftigt als noch 1995 (minus 3 %).

Abb. 25: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Betriebsgrößen 1980 - 1999



Quelle: Statistik Austria

⁸⁰ Nationaler Verbraucherpreisindex; in: Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 3/2004, Kap. 6.2.1

Auf den landwirtschaftlichen Flächen lebten Ende 2002 2,1 Mio. Rinder, 3,3 Mio. Schweine, etwa 300.000 Schafe, knapp 60.000 Ziegen, etwa 12 Mio. Hühner und ein halbe Mio. Truthühner. Im gleichen Jahr wurden über 700.000 Rinder, 5,3 Mio. Schweine, 80.000 Schafe und 5.000 Ziegen geschlachtet und zu Fleisch verwertet. Der „Fleischanfall“ hat 2002 mit etwa 820 Mio. Tonnen einen Höhepunkt erreicht, obwohl der Viehbestand in Österreich seit den 80er-Jahren rückläufig ist. Ferner wurden 3,3 Mrd. Liter Milch erzeugt, 1,6 Mio. Tonnen Brotgetreide, 1,7 Mio. Tonnen Mais, 3 Mio. Tonnen Zuckerrüben, 5,5 Mio. Tonnen Wiesenheu, 550.000 Tonnen Gemüse, 500.000 Tonnen Äpfel, 2,6 Mio. Hektoliter Wein. Der Holzeinschlag betrug 2002 14,8 Mio. Festmeter, wobei 13 % von den Bundesforsten, 87 % von privaten Waldbesitzern kamen. In den etwa 12.000 Jagdgebieten wurden 2002 knapp 1 Mio. Wildtiere erlegt, vor allem Rehe, Hasen und Fasane. Schließlich wurden 2002 auch 3,1 Mio. Touristen-Nächtigkeiten auf Bauernhöfen gezählt.

Die Wertschöpfung der heimischen Land- und Forstwirtschaft betrug 2002 4,69 Mrd. Euro, was 2,14 % des BIP betrug. Die Wertschöpfung war damit um 550 Mio. Euro (oder 13,3 %) höher als 10 Jahre davor. Die Wertschöpfung je Betrieb betrug 1999 durchschnittlich 20.430 Euro.

Von den etwa 220.000 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs wiesen im Jahr 2000 aber nur etwa 28.000 (13 %) einen Gewinn aus und zahlten dafür 127,4 Mio. Euro Einkommensteuer, was durchschnittlich 4.500 Euro pro steuerzahlendem Betrieb und Jahr, oder etwa 600 Euro pro einkommensteuerepflichtigem land- und forstwirtschaftlichem Betrieb in Österreich insgesamt entsprach. Nur 15.018 (etwa 7 %) aller land- und forstwirtschaftliche Betriebe deklarierten 2000 einen Umsatz (von zusammen 1,77 Mrd. Euro) und zahlten dafür insgesamt etwa 40 Mio. Euro Umsatzsteuer.⁸¹ Mehr als ein Viertel aller steuerbaren Umsätze wurden dabei in Niederösterreich gemacht.

Das Gesamteinkommen in der heimischen land- und Forstwirtschaft je Gesamtfamilien-Arbeitskraft wurde von Statistik Austria im Jahr 2002 mit durchschnittlich 19.668 Euro pro Jahr angegeben, wovon 16.583 Euro (oder 84 %) Erwerbseinkommen waren.

Eine nicht unwesentliche Einkommensquelle der Landwirtschaft sei auch die Umwidmungspolitik der öffentlichen Hand. Jährlich würden in Österreich etwa 100 km² - etwa 1,3 Promille - landwirtschaftlicher Flächen in Bauland umgewidmet. Dies beschere vor allem der heimischen Landwirtschaft (und der Kirche) ein jährliches "Körpergeld" von 3,3 Mrd. Euro, wie eine im Februar 2004 veröffentlichte Studie des Marktforschungsinstituts Kreutzer, Fischer und Partner ergab.⁸² Mehr dazu im Kapitel 5.3.

5.2 Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Als Gebrauchsvermögen definieren wir langlebige Güter, die wohl geeignet wären, Einkünfte zu erzielen, aber in diesem Fall dem Eigenbedarf dienen. Als Verbrauchsvermögen werden in der Volkswirtschaftslehre Güter definiert, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge. Wohnen und Verkehr sind ja zugleich auch die größten Posten bei den Konsumausgaben der Bevölkerung.

Der Mikrozensus 2002 zählte in Österreich 1,884.600 Wohnungen, die durch deren Eigentümer oder Verwandte als Hauptwohnsitze selbst benützt wurden, sowie weitere 220.000 Wohnungen Nebenwohnsitze. Insgesamt waren damit etwa 2,1 Mio. Wohnungen in Österreich als Gebrauchsvermögen in Verwendung.⁸³ Von den knapp 1,9 Mio. selbst benutzten Hauptwohnsitzen waren 1,159.500 Einfamilienhäuser, 365.500 Eigentumswohnungen und 359.600 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern.

⁸¹ Umsatzsteuerstatistik 2000, S.26

⁸² APA0452, 24.2.2004

⁸³ Statistik Austria, Gebäude- und Wohnungszählung 2001

Die Arbeiterkammer schätzte 1997 den Wert der damals selbstbenutzten 1,1 Mio. Eigenheime und 310.000 Eigentumswohnungen in Österreich auf 2.194 Mrd. ATS (ca. 159,4 Mrd. Euro) und konnte sich bei ihren Schätzungen auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings- je nach Region und Lage - enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus den Größen sowie aus den Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis guten Wohnwert in den Bundesländern errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der Eigentumswohnungen für 2002 bei einer durchschnittliche Größe von 82 m² einen gewichteten Durchschnitt von 1.405 Euro/m². Für Einfamilienhäuser mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich für 2002 bei einer durchschnittlichen Größe von 119 m² ein gewichteter Durchschnittspreis von 1.492 Euro/m². Daraus ergab sich 2002 ein Gesamtwert der selbstbenutzten Eigentumswohnungen in Österreich von 42,1 Mrd. Euro und der selbstbenutzten Einfamilienhäuser von 205,9 Mrd. Euro, zusammen demnach 248 Mrd. Euro.

Tab. 28: durchschnittliche Wohnungspreise in Österreich 2002 in Euro

Bundesland	Eigentums- wohnungen mittlerer bis guter Wohnwert in Euro/m ²	Zahl der Eigentumsw. gesamt 2002	Einfamilien-häuser mittlerer bis guter Wohnwert in Euro/m ²	Zahl der Einfamilienh. gesamt 2002
Burgenland	731-1442	4.200	872-1481	78.500
Kärnten	731,5-1364,5	14.200	967-1630	90.900
Niederösterreich	650-1567,5	47.800	605-2300	332.500
Oberösterreich	658-1374,6	41.700	883,3-2077,5	204.100
Salzburg	1183,3-1772,7	33.800	1533,3-2341,7	63.100
Steiermark	690,3-1368,4	66.400	850-1644	208.700
Tirol	1010-2325,0	43.900	1122-2600	80.400
Vorarlberg	1378,6-1575	16.000	1846,7-2070	51.900
Wien	976-2790	97.500	1138-2952,5	49.400
Österreich	1405	365.500	1.492	1.159.500

Quelle: Immobilienpreisspiegel 2003

Den hypothetischen Ertragswert der 359.600 selbstbenutzten Wohnungen in Mehrwohnungshäusern errechnen wir aus dem durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand für Mietwohnungen im Jahr 2002, der vom Mikrozensus mit 322 Euro pro Wohnung errechnet wurde. Abzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten ergäbe sich ein Netto-Ertragswert von 694,7 Mio. Euro p.a. bzw. kapitalisiert auf 14 Jahre ein Wert dieser Wohnungen von etwa 9,7 Mrd. Euro.

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen in Österreich auch die 6,073 Mio. Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2003 registriert waren. Von diesen waren aber - wie erwähnt - 1,37 Mio. (oder 22,6 %) dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 79.209 (oder 1,3%) Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden.⁸⁴ 4,620.829 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen, davon waren 3,506.411 Pkw/Kombi (fast 76 %), 358.283 Anhänger, 263.195 Motorfahräder, 171.287 Motorräder, 108.547 Leichtmotorräder, 102.324 Zugmaschinen, 65.320 Lkw u.a.m.

Legt man wiederum einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Österreich 2003 von 13,86 Mrd. Euro, wovon knapp 12 Mrd. Euro (86,5 % Anteil am Pkw-Bestand) dem Gebrauchsvermögen der privaten Haushalten zuzurechnen waren und knapp 1,9 Mrd. (12,9 % Anteil am Pkw-Bestand) dem

⁸⁴ Statistik Austria, Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2003

Betriebsvermögen von Wirtschaft und Landwirtschaft. Der Wert der einspurigen Kraftfahrzeuge im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen ist mit etwa 1,3 Mrd. Euro anzusetzen.

Für die Bildung von Verbrauchsvermögen in Form von Bekleidung und Schuhen wendete die Bevölkerung Österreichs 2002 7,96 Mrd. Euro auf, für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte 10,65 Mrd. Euro. Das waren im Jahr 2002 zusammen 18,6 Mrd. Euro oder knapp 15 % der gesamten Konsumausgaben im Inland.

5.3 Spekulationsvermögen

Als Spekulationsvermögen definiert die Volkswirtschaftslehre in erster Linie unbebaute Grundstücke. Als Spekulationsvermögen werden aber auch bestehende Wohnungen und Geschäftslokale benutzt. In Erwartung einer Wertsteigerung der Immobilie – häufig durch externe Maßnahmen der Öffentlichkeit (Widmung in Bauland, wirtschaftliche, bauliche Tätigkeiten in der Umgebung) – werden keine längerfristigen Nutzungsverträge abgeschlossen bzw. auf einen Wertzuwachs mit darauffolgender ertragreicher Verwertung (durch Veräußerung oder Vermietung) spekuliert.

Spekulation ist in Österreich gesetzlich erlaubt. Das Einkommensteuergesetz definiert Spekulationsgeschäfte mit Grundstücken als Veräußerungsgeschäfte, wo zwischen Anschaffung und Veräußerung weniger als 10 Jahre liegen. Bei Wertpapieren liegt dieser Zeitraum bei weniger als einem Jahr. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Veräußerungserlös wäre einkommensteuerpflichtig (mehr dazu im Kapitel 6).⁸⁵ Auch das Immobilien-Investmentfondsgesetz sieht in den „Veranlagungsvorschriften“ (§ 21) ausdrücklich auch unbebaute Grundstücke als Vermögenswert vor, der in einen Fonds eingebracht werden kann und definiert „Aufwertungsgewinne“ explizit als Teil der Gewinne von Immobilienfonds (§ 14).⁸⁶

Die Studie der Arbeiterkammer aus 1997 schätzte die unbebauten Grundstücke – unter Annahme von Baulandreserven für mindestens 15 Jahre – in Österreich auf 271 Mio. m² bzw. 158 Mrd. ATS (ca. 11,5 Mrd. Euro). Die Grundverkehrsstatistik des Jahres 1994 ergab, dass in diesem Jahr 37.222 unbebaute Grundstücke ihren Eigentümer wechselten, das waren 21 % aller Grundstückstransfers (einschließlich Eigentumswohnungen) in diesem Jahr. 1995 erschien letztmals eine Grunderwerbsstatistik.

Gehen wir heute davon aus, dass sich der durchschnittliche Flächenverbrauch für Einfamilienhäuser (800 m²) sowie für Mietwohnhäuser (3.000 m² bzw. 330 m² je Mietwohnung) seit der AK-Studie nicht wesentlich verändert hat, so würde sich daraus im Jahr 2002 (knapp 9.000 fertiggestellte Einfamilienhäuser und knapp 33.000 Wohnungen in rund 9.000 Mehrwohnungshäusern) ein Flächenverbrauch im Jahr 2002 von 18,05 Mio. m² ergeben bzw. Baulandreserven von 270,1 Mio. m².

Ausgehend von den im Immobilienpreisspiegel 2003 veröffentlichten Preisen für Baugrundstücke für Einfamilienhäuser mit einer Größe von 600 bis 800 m² in normaler bis guter Lage in den Bundesländern (die Durchschnittswerte bewegen sich zwischen 58 Euro/m² in Kärnten und 372 Euro/m² in Wien) ergibt sich für 2002 ein (gewichtet aufgrund des Einfamilienhausneubaus in den einzelnen Bundesländern in den letzten 10 Jahren) durchschnittlicher Preis von 131 Euro/m² bzw. ein Gesamtwert der Baulandreserven von 35,4 Mrd. Euro. Legt man zum Vergleich einen von der TU-Wien erstellten Preisindex zugrunde, so betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis 2003 113 Euro/m², woraus sich ein Gesamtwert von 30,5 Mrd. Euro ergäbe und die vorangegangene Bewertung plausibel ist.⁸⁷

⁸⁵ siehe Einkommensteuergesetz § 30

⁸⁶ Immobilien-Investmentfondsgesetz BGBl. 80/2003, §§ 21 und 14

⁸⁷ In der zweiten Hälfte 2003 betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Bauland 113 Euro, berichtete das Wirtschaftsmagazin "Gewinn" am 1.7.2003 unter Berufung auf einen von der TU-Wien erstellten Preisindex.

Wie im Kapitel 5.1.2 über die Sachvermögen der Land- und Forstwirtschaft bereits erwähnt, beschere die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in Bauland der heimischen Landwirtschaft und der Kirche ein "Körbergeld" – also ein Vermögenseinkommen – von 3,3 Mrd. Euro pro Jahr, wie eine im Februar 2004 veröffentlichte Studie des Marktforschungsinstituts Kreutzer, Fischer und Partner feststellt.⁸⁸ Da sich die meisten Liegenschaften seit mehr als 10 Jahren im Besitz der Verkäufer befänden, würden die Spekulationsgewinne von den Begünstigten fast steuerfrei kassiert, heißt es in dem Papier.

In den letzten Jahren wurden laut Grundstücksdatenbank des Amtes für Eich- und Vermessungswesen jährlich etwa 100 Mio. m² landwirtschaftliche Fläche in Bauland umgewidmet, die Hälfte für Straßen und öffentliche Flächen. Der Quadratmeter-Preis für landwirtschaftliche Flächen liege bei 2,20 Euro, der für Bauland bei 35 Euro. Alleine durch diesen Verwaltungsakt werde eine Wertsteigerung von durchschnittlich 1.500 Prozent ausgelöst, so die Marktforscher. In Einzelfällen betrage die Wertsteigerung aber bis zu 10.000 Prozent, wenn der Grundstückspreis durch die Bauklassen-Widmung noch weiter gesteigert werde.

Durch die Umwidmungen verteuere sich vor allem der Wohnbau um einen Milliardenbetrag, während der Bund gleichzeitig Jahr für Jahr 1,8 Mrd. Euro Wohnbauförderung zahle, um die Wohnungskosten niedrig zu halten, wird argumentiert. Durch die Umwidmungen begünstige die öffentliche Hand nicht nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, sondern verordne sich damit auch gleichzeitig ein Investitionsprogramm, meinen die Studienautoren. Denn die Aufschließungskosten des Baulandes (Straßen, Kanal usw.) könnten gewöhnlich nur zu 20 bis 30 % an die neuen Besitzer weiterverrechnet werden. Die Studie schlägt daher ein Abschöpfen eines Teils der Umwidmungsgewinne und dessen Verlagerung in die Wohnbauförderung vor. In einer österreichweiten Befragung hätten sich 70 % der BürgermeisterInnen für neue Besteuerungsmodelle ausgesprochen, die der realen Wertsteigerung durch die Umwidmungen besser gerecht würden, so die Studie.

Spekulation mit bestehenden Gebäuden äußert sich darin, meist ältere Gebäude „bestandsfrei“ zu bekommen, also Wohnungen und Geschäftslokale nicht wiederzuvermieten, um an ihrer Stelle nach Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen zu besseren Bedingungen zu vermieten oder zu veräußern. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Österreich über 326.000 Wohnungen ohne Wohnsitzangabe, was – so die Statistik Austria – nicht unbedingt gleichzusetzen wäre mit leerstehenden Wohnungen, da sich in dieser Zahl auch Ferienwohnungen befänden. Überdurchschnittlich viele Wohnungen ohne Wohnsitzangabe gab es 2001 in Kärnten und Burgenland, die vergleichsweise wenigsten in Salzburg und Oberösterreich. Es ist auffallend, dass von den 80.250 Wohnungen ohne Wohnsitzangabe in Wien überdurchschnittlich viele in den „besseren“ Wohngegenden Wiens befanden, vor allem im 1., 4., 13., 14. und 16. bis 19. Bezirk.

Tab. 28: Wohnungen ohne Wohnsitzangabe 2001

Bundesland	Wohnungen ohne Wohnsitzangabe	in % aller Wohnungen
Burgenland	13.105	10,4
Kärnten	28.156	10,8
Niederösterreich	61.672	8,4
Oberösterreich	41.030	6,8
Salzburg	17.283	7,2
Steiermark	45.624	8,6
Tirol	27.026	8,9
Vorarlberg	12.168	8,2
Wien	80.250	8,8
Österreich	326.314	8,4

Quelle: Statistik Austria, Gebäude- und Wohnungszählung 2001

⁸⁸ APA0452, 24.2.2004

5.4 Sachvermögen des Staates

Als „Staat“ werden wiederum – analog zur Definition bei den Geldvermögen – alle Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen, Kammern und Verbände definiert.

In der fiskalischen „Vermögensgebarung“ werden alle wesentlichen, in einem Budgetjahr erfolgten Transaktionen zum Auf- bzw. Abbau von Geld- und Sachvermögen dieser Einrichtungen erfasst und von der Statistik Austria dokumentiert. Die Vermögensgebarung ist dabei wesentlich durch die Aktivitäten des Bundes geprägt.

In der Vermögensgebarung dominieren die Transaktionen, die Geldvermögen betreffen. Die „Ausgaben der Vermögensgebarung“ dieser Einrichtungen betrugen 2001 demnach insgesamt 61,58 Mrd. Euro⁸⁹. Davon dienten 37,7 Mrd. Euro der Schuldentilgung (davon 35,1 Mrd. durch den Bund), 7,6 Mrd. Euro waren Kapitaltransfers an andere (davon 4,3 Mrd. durch den Bund), 5,4 Mrd. Euro wurden Rücklagen zugeführt, 2,6 Mrd. Euro in Wertpapiere investiert (davon 2 Mrd. durch den Bund). Lediglich 3,0 Mrd. Euro wurden für Investitionsgüter – also Direktinvestitionen der Gebietskörperschaften – aufgewendet (davon 517 Mio. durch den Bund, aber 1,58 Mrd. Euro durch die Gemeinden und 623 Mio. Euro durch die Länder).

Diesen Ausgaben standen „Einnahmen der Vermögensgebarung“ in Höhe von 53,61 Mrd. Euro gegenüber. Dies waren etwa 39,1 Mrd. Euro Schuldaufnahmen (davon 37,5 Mrd. durch den Bund), 3,2 Mrd. Rücklagenentnahmen und 2,0 Mrd. Euro Wertpapierverkäufe (davon 992 Mio. durch den Bund). Nur 1,35 Mrd. Euro waren Einnahmen aus Verkäufen von Sachvermögen (davon 877 Mio. – oder 65 % – durch den Bund), wovon der Großteil – 1,25 Mrd. Euro – Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen (davon 849 Mio. durch den Bund) waren. 251 Mio. Euro (19 %) der Einnahmen aus Sachvermögensverkäufen entfielen auf die Bundesländer, 194 Mio. Euro (14 %) auf die Gemeinden, der kleine Rest (21 Mio. Euro) auf Kammern und Sozialversicherungen. Die Vermögenseinkommen des Staates wurden für 2001 mit 5,03 Mrd. Euro angegeben, wovon 3,4 Mrd. auf den Bund entfielen.⁹⁰

Öffentliche Investitionen einerseits und der Erwerb und die Veräußerung von öffentlichem Sachvermögen andererseits verändern also die Sachvermögensposition der Öffentlichkeit. In einem mittelfristigen Vergleich ist auffallend, dass die Ausgaben für Investitionsgüter zurückgehen, während die Einnahmen aus Privatisierungen zunehmen.

Die Entwicklung der öffentlichen Investitionen aller Gebietskörperschaften zur Sachvermögensbildung zeigt in den letzten Jahren eine rückläufige Entwicklung. Die Sparpolitik hat bei allen Gebietskörperschaften die disponiblen Ausgaben wie etwa öffentliche Investitionen betroffen. Die Direktbruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften (ohne ausgegliederte Institutionen) sind von 4,0 und 4,5 Mrd. Euro in den Jahren 1992 bis 1999 auf 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2000 zurückgegangen. Der Absturz ist insbesondere durch eine Rücknahme der Direktinvestitionen durch den Bund und bei den Gemeinden begründet.⁹¹

Vor allem die Direktinvestitionen des Bundes gingen seit 1997 (vor allem durch Ausgliederungen wie der ASFINAG, der SCHIG und der BIG), in den letzten Jahren aber zunehmend durch öffentliche Sparmaßnahmen auf ein Drittel des Wertes von 1999 zurück. Verstärkt wurden in den letzten Jahren dagegen wieder die Straßenbauinvestitionen, was durch die Einführung einer Autobahnbemannung möglich wurde. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist ein ständiger Rückgang der Investitionen des Bundes (selbst unter Einschluss ausgegliederter Institutionen) in den letzten Jahren zu verzeichnen. Dieser Wert liegt nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der EU (2,5 % gemessen am BIP). Und er ist

⁸⁹ Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 32.01

⁹⁰ Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 32.01

⁹¹ Statistisches Jahrbuch Österreichischer Städte, S.24

nur mehr ein Bruchteil jener Spitzenwerte, die in den 70er Jahren mit mehr als 5 % (1975: 5,4 %) gemessen am BIP erreicht wurden.

Tab. 29: Investitionen des Bundes (inkl. ausgegliederte Gesellschaften) 1999 bis 2004 in Mio. Euro

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Direktinvestitionen des Bundes	1,590	1,470	1,220	940	740	580
Schiene	1,046	1,099	1,050	1,217	1,200	1,200
Straße	356	425	545	694	951	1,081
Wasser	20	18	20	20	55	38
GESAMT	3,012	3,012	2,835	2,871	2,946	2,999
In % des BIP	1,53	1,46	1,33	1,31	1,31	1,29

Auch bei den öffentlichen Investitionen der Länder und Gemeinden ist ab 1997 ein Rückgang der Direktinvestitionen und ein Anstieg der Investitionen ausgegliederter Bereiche festzustellen. Es wurden vor allem Krankenanstalten, auf kommunaler Ebene zusätzlich auch Gebührenhaushalte ausgegliedert, vor allem um deren Schulden aus der offiziellen Haushaltsrechnung zu bekommen und den Vorgaben der Haushaltskonsolidierungs- und -stabilitätspolitik zu entsprechen. 2001 betrugen die Bruttoanlageinvestitionen der Länder und Gemeinden zusammen 2,204 Mrd. Euro bzw. 1,03 % gemessen am BIP und waren damit beinahe so hoch wie die Investitionen des Bundes.⁹²

Die öffentliche Finanz- und Investitionspolitik beeinflusst damit ganz wesentlich die Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen. Sie wirkt auf nahezu alle Politikbereiche, im besonderen Maße aber auch auf die Konjunktur und Beschäftigung, damit auf die Masseneinkommen und die Einkommen der Unternehmen und damit wiederum auf Konsum, Investitionen, Sparen und Vermögensbildung.

Die Beiträge zum öffentlichen Vermögensaufbau sind in den letzten Jahren also gesunken. Zudem wurden durch Veräußerungen von öffentlichem Eigentum öffentliche Sachvermögenswerte verringert. Der Bund hat von 1987 bis 2002 öffentliche Unternehmen und Beteiligungen im Gesamtwert von 9,53 Mrd. Euro veräußert und privatisiert.⁹³ Die größten Brocken darunter betrafen Beteiligungen des Bundes an Banken (wie der P.S.K., der CA und der Bank Austria mit zusammen 3,33 Mrd. Euro), an der ehemals verstaatlichten Industrie (2,92 Mrd. Euro) sowie an der Telekom Austria (1 Mrd. Euro). Im Frühjahr 2004 wurde die Privatisierung der etwa 60.000 Bundeswohnungen beschlossen, die von mehreren Wohnbaugesellschaften verwaltet wurden, die im Eigentum der Republik standen. Im Regierungsprogramm der derzeitigen Bundesregierung wird ferner die „vollständige Privatisierung“ von voestalpine, VA-Tech, Postbus AG, Bergbauholding und Telekom Austria angestrebt. Für die Post wird „ein erster Privatisierungsschritt vorgenommen“. Und schließlich soll es zur Auflösung der ÖIAG kommen.⁹⁴

In den jeweiligen Bundesvoranschlägen des Bundes werden zwar die Zahlungsströme an bzw. von ausgegliederten Institutionen, die Geldvermögen, der Kraftfahrzeugbestand, die Kapitalbeteiligungen des Bundes sowie seine Vermögenstransaktionen erfasst.⁹⁵ Eine Gesamtbewertung des Bundesvermögens analog einer bilanzmäßigen Bewertung des Sachvermögens (in Form von Anlage- und Umlaufvermögen) erfolgt allerdings nicht. Dies gilt auch für die Budgets der Länder und Gemeinden.

Nachdem die Geldvermögensbewertung durch die Notenbank erfolgt und an anderer Stelle bereits dargestellt wurde, versuchen wir hier dennoch eine Bewertung der Sachvermögen des „Staates“ durch Heranziehen von Bilanzen von Unternehmen der Gemeinwirtschaft bzw. über das in der Aktivseite ausgewiesene Anlage- und Umlaufvermögen, konkret die Sachanlagen (wie Grundstücke, Bauten, Maschinen, Ausstattung) sowie die Vorräte bzw. Forderungen. Zumindest für die Bundesebene ist dadurch die weitest gehende Annäherung

⁹² Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 32.01

⁹³ eigene Berechnung

⁹⁴ Regierungsprogramm der Öst. Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, S.38 und 39

⁹⁵ Bundesvoranschlag 2004, Arbeitsbehelf Band 2

möglich, da in diesem Fall die meisten Anlagen (Gebäude, Grundstücke, Wälder, Seen, Unternehmen, Industrien) ausgegliedert sind. Eine Auswertung der – weitgehend – verfügbaren Geschäftsberichte der Jahre 2002 bzw. 2003 ergibt – unter Berücksichtigung der jeweiligen prozentuellen Beteiligung des Bundes – ein Sachvermögen des Bundes von rund 32,7 Mrd. Euro. Die größten Sachvermögen bestanden bei den ÖBB (12 Mrd. Euro), das mit knapp 5.600 km Bahnnetz, etwa 1.500 Triebfahrzeugen und fast 22.000 Wagnen über das größte Sachvermögen eines Einzelunternehmens in Österreich verfügt. Es folgt der ÖIAG und ihre Beteiligungen an Industrieunternehmen (mit zusammen 11,1 Mrd. Euro), die Bundesimmobiliengesellschaft BIG (mit 4,1 Mrd. Euro) sowie der Verbund (mit 2,2 Mrd. Euro). Dazu kommen die Bundesstraßen, deren Anlagevermögen vom zuständigen Ministerium für das Jahr 2000 mit knapp 38,5 Mrd. Euro angegeben wird.⁹⁶ Nicht in dieser Übersicht enthalten sind die – mittlerweile privatisierten – Bundeswohnungen. Insgesamt kann das Sachvermögen des Bundes daher mit zumindest 71,2 Mrd. Euro angenommen werden.

Für die Länder und Gemeinden ist eine ähnliche Berechnung ihres Sachvermögen wesentlich schwieriger, weil in der Regel nur ihre Energieversorger bzw. die Dienstleister (Gebührenhaushalte) größerer Städte ausgegliederte, bilanzierende Unternehmen sind. Der Grund- und Gebäudebesitz der Länder und Gemeinden wird dadurch kaum erfasst. In den Ländern und Gemeinden gab und gibt es beispielsweise (im Schuljahr 2001/02) 5.166 Pflichtschulen, die im Eigentum der Schulerhalter (Länder und Gemeinden) standen. Müsste man diese Schulen neu errichten, so wäre dafür ein Aufwand von etwa 18,8 Mrd. Euro erforderlich. Von den 6.377 Krippen, Kindertagesheimen und Horten in Österreich stehen etwa zwei Drittel (rund 4.000) in öffentlichem, meist Landes- oder Gemeindeeigentum. Müsste man diese Kindergärten neu errichten, so wäre dafür ein Aufwand von etwa 4,4 Mrd. Euro erforderlich. Allein in den Städten gibt es ferner 66 öffentliche Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten (mit zusammen schätzungsweise 20.000 Betten). Ziehen wir zur Bewertung als Vergleich das Sachanlage- und Umlaufvermögen des Wiener Krankenanstaltenverbundes (mit knapp 15.000 Betten) heran, so müsste dieses Sachvermögen der Länder und Gemeinden mit etwa 1,3 Mrd. Euro angenommen werden. Das Straßennetz der Länder und Gemeinden hatte 1998 eine Länge von zusammen rund 94.500 Kilometern (71.000 Kilometer Gemeindestraßen und knapp 23.500 Kilometer Landesstraßen), deren Anlagevermögen vom zuständigen Bundesministerium für das Jahr 2000 mit 53,5 Mrd. Euro angegeben wird.⁹⁷ Das öffentliche Abwasserentsorgungsnetz (die Straßenkanäle) allein der Gemeinden mit über 5.000 EinwohnerInnen ist insgesamt über 17.500 km lang, wobei die Mehrzahl der Gemeinden die exakte Länge überhaupt nur näherungsweise, geschweige den Anlagewert angeben kann.⁹⁸

Die relevanten bilanzierenden Unternehmen der Länder und Gemeinden weisen in ihren Geschäftsberichten der Jahre 2002 bzw. 2003 – unter Berücksichtigung der jeweiligen prozentuellen Beteiligung der Länder und Gemeinden – ein Sachvermögen der Länder und Gemeinden von mehr als 18,7 Mrd. Euro aus. Die größten ausgewiesenen Sachvermögen bestanden hier bei den Wiener Stadtwerken (7,9 Mrd. Euro) mit ihrem öffentlichen Verkehrsnetz und den Energieversorgungseinrichtungen, sowie bei den großen Landesenergiegesellschaften (jeweils Sachvermögen von etwa 1 bis 1,5 Mrd. Euro) und den Stadtwerken der Landeshauptstädte. Auch in dieser Übersicht sind die Wohnungen der Länder und Gemeinden ausgenommen. Insgesamt kann das Sachvermögen der Länder und Gemeinden also mit zumindest 96,7 Mrd. Euro angenommen werden.

Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Österreich 725.341 Wohnungen, die im Eigentum von Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sowie gemeinnützigen Bauvereinigungen standen. Bei diesen stand nicht der Erwerbszweck im Vordergrund, sondern soziale Aufgaben der Wohnraumbereitstellung, weshalb wir sie an

⁹⁶ Verkehr in Zahlen – Österreich, Ausgabe 2002, S. 198

⁹⁷ Verkehr in Zahlen – Österreich, Ausgabe 2002, S. 198

⁹⁸ vgl. Statistik Austria, Stat. Jahrbuch 2004, Kap. 14.06 und 14.07

dieser Stelle bei der Sachvermögensbewertung anführen. Der Mikrozensus 2002 wies für Hauptmietwohnungen einen durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand (Miete, Umsatzsteuer und Betriebskosten) von 323 Euro aus.⁹⁹ Der reine Mietertrag kann erfahrungsgemäß mit etwa der Hälfte angenommen werden. Daraus ergibt sich für das Jahr 2002 ein Wohnungsaufwand für diese Wohnungen von insgesamt 2,8 Mrd. Euro und ein reiner Mietertrag von knapp 1,4 Mrd. Euro. Kapitalisiert auf 14 Jahre kann der Wert dieser Wohnungen mit zumindest 19,7 Mrd. Euro angegeben werden.

Zu Vergleichszwecken ziehen wir das Unternehmen „Wiener Wohnen“ heran, in dem die Wiener Gemeindebauten (mit ihren Grundstücken, etwa 220.000 Gemeindewohnungen, Geschäftslokalen und Garagenplätzen) unternehmerisch verwaltet werden. Im Geschäftsbericht 2003 von „Wiener Wohnen“ wurden die Sachanlagen an Gebäuden und Grundstücken mit mehr als 9,1 Mrd. Euro bewertet.

Im Eigentum von Exekutive und sonstigen Behörden (außer Bahn, Post, Telekom) standen ferner im Jahr 2003 39.992 Kraftfahrzeuge, wovon 17.608 Pkw (44 %) waren, 7.456 Lkw (19 %), 6.936 Anhänger (17 %), 3.516 Zugmaschinen (9 %), 1.124 Mofas und Motorräder (3 %), der Rest andere Fahrzeuge. Diese Fahrzeuge stellen einen Vermögenswert von etwa 300 Mio. Euro dar.

5.5 Zusammenfassung

In einer zusammenfassenden Übersicht kann daher das Sachvermögen von Wirtschaft und Landwirtschaft (in Form von Arbeitstätten, Wohnungen, Kraftfahrzeugen), der privaten Haushalte (in Form von Wohnungen und Kraftfahrzeugen) sowie der Gebietskörperschaften (und ihrer ausgegliederten Institutionen) mit zusammen mindestens 782 Mrd. Euro angenommen werden.

Tab. 30: Sachvermögen in Österreich in Mrd. Euro

	Wert in Mrd. Euro
Wirtschaft, Landwirtschaft	323,1
Arbeitsstätten (2001)	44,7
Wohnungen im Eigentum von Unternehmen (2002)	4,5
Kraftfahrzeuge der Wirtschaft (2003)	6,9
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen (1999)	262,4
Kraftfahrzeuge der Landwirtschaft (2003)	4,6
Baulandreserven (2002)	(35,4)
Private Haushalte	271,0
Durch Eigentümer selbstbenutzte Wohnungen (2002)	257,7
Privat-Kraftfahrzeuge (2003)	13,3
„Staat“	187,9
Bund	71,2
Länder und Gemeinden	96,7
Wohnungen von Gebietskörperschaften, Bauvereinigungen usw. (2001)	19,7
Kraftfahrzeuge	0,3
GESAMT	782,0

⁹⁹ Mikrozensus 2002, S.314

6. Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Wir haben in den vorangegangenen Abschnitten nachgewiesen, in welchem hohem Ausmaß die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der österreichischen Bevölkerung bewirken und verstärken und somit das Entstehen von Armut und Reichtum fördern.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum.

6.1 Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten **Einkommensteuerpflicht** unterliegen in Österreich natürliche Personen mit inländischem Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich und österreichische Staatsbürger ohne inländischen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich, wenn ein Dienstverhältnis mit einer österreichischen Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht. Ferner natürliche Personen ohne inländischen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hinsichtlich ihrer inländischen Einkünfte. Es wird nach dem Prinzip der Individualbesteuerung vorgegangen.

Steuergegenstand ist das Einkommen. Es ist dies der Gesamtbetrag der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte nach Ausgleich mit Verlusten, die sich aus den einzelnen Einkunftsarten ergeben, abzüglich Sonderausgaben und bestimmter anderer einkommensmindernder Abzüge.

Steuermindernd wirken *Sonderausgaben* (für Renten und dauernde Lasten, für freiwillige Personenversicherungen, Aufwendungen für die steuerbegünstigte Wohnraumschaffung, die Anschaffung von Genussscheinen und jungen Aktien, Steuerberatungskosten, Kirchenbeiträge und begünstigte Spenden), ferner *Außergewöhnliche Belastungen* (z.B. Krankheitskosten, die Beseitigung von Katastrophenschäden, Begräbniskosten, auswärtige Berufsausbildung von Kindern usw.), *Werbungskosten* (die zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit erforderlich sind) oder auch bestimmte Lebenslagen (Kinderabsetz-, Alleinverdiener-, Alleinerhalter-, Verkehrs-, Arbeitnehmerabsetzbetrag).

Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus unverteilter Einkommen (siehe Kapitel 1.4) wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (insb. Versorgungsleistungen an Kriegsbeschädigte und Opferrenten; Beihilfen wegen Hilfsbedürftigkeit, zur Kunstförderung, zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Studienbeihilfen; Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld, Beihilfen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz, Leistungen nach dem Invalideneinstellungsgesetz; öffentliche Subventionen zur betrieblichen Anlagenanschaffung oder Anlageninstandsetzung; Familienbeihilfen; bestimmte Bezugssteile der AuslandsbeamtInnen; bestimmte Bezüge an SoldatInnen und Zivildienern; Entschädigungen an Opfer von Verbrechen, Prozeßkostenersätze bei Freispruch, Zahlungen der Bewährungshilfe an Entlassene, Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommensteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der **Lohnsteuer** durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt. Bei bestimmten Einkünften aus Kapitalvermögen (insbesondere Dividenden, Wertpapier- und Bankzinsen) werden 25 % der Einkünfte durch die kontoführende Bank als **Kapitalertragsteuer** einbehalten und an die Finanzbehörde weitergeleitet (dieses Prinzip heißt „Quellensteuerabzug“).

Die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer sind im Einkommensteuergesetz geregelt. Das System der Einkommensbesteuerung ist grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss. Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Der Tarif beträgt zwischen 0 und 50 %, wobei die Progression einerseits durch die für alle Einkommensgruppen gleich niedrige Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges (6 %) sowie andererseits durch die Höchstbeitragsgrundlage auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen gemildert wird. Mit dem neuen Formeltarif der Steuerreform 2005 ändert sich daran nur wenig.

Dieses progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25 % gilt, egal wie hoch etwa die Kapitalerträge sind. Zudem bestehen bei der Kapitalertragsteuer zahlreiche Befreiungen. Befreit sind u.a. Zinserträge bei ausländischen Banken, Ausschüttungen aus Genussscheinen, Dividenden aus jungen Aktien sowie generell Dividenden in einer Höhe bis zu 25.000 Euro, die von Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften ausgeschüttet werden. Befreit sind weiters Kapitalerträge innerhalb von Beteiligungsfonds oder auch Substanzgewinne von Investmentfonds, aber auch Kapitalerträge für Körperschaften, die zumindest eine Sperrminorität an ihrem Grund- oder Stammkapital besitzen, und wenn sie als Betriebseinnahmen deklariert werden.¹⁰⁰

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz für 2004 mit 17,3 Mrd. Euro veranschlagt, jene aus der Einkommensteuer mit 3 Mrd. Euro und jene aus der Kapitalertragsteuer mit 2,2 Mrd. Euro. Natürliche Personen zahlen somit für ihre verschiedenen Einkünfte und Einkommen im Jahr 2004 zusammen voraussichtlich 22,5 Mrd. Euro Steuern an den Finanzminister.

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten **Körperschaftsteuerpflicht** mit sämtlichen in- und ausländischen Einkünften unterliegen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Stiftungen, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben; weiters Betriebe gewerblicher Art von inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechtes (inländische Körperschaften). Von der Körperschaftsteuer befreit sind u.a. die österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁰¹ gibt.

1999 - zum Zeitpunkt der letzten statistischen Erhebung - zählte Körperschaftsteuerstatistik 88.911 „Veranlagungsfälle“. 90 % dieser körperschaftsteuerpflichtigen „Fälle“ waren GmbHs, nur 1,5 % Aktiengesellschaften. Die GmbHs erbrachten 1999 57,5 % der gesamten Körperschaftsteuern, die Aktiengesellschaften 33,5 %, beide zusammen somit 91 % der gesamten Körperschaftsteuer.

Steuergegenstand ist das nach den Vorschriften des Einkommen- und des Körperschaftsteuergesetz ermittelte und in einem Kalenderjahr erzielte Einkommen. Auch

¹⁰⁰ die Fülle der Ausnahmen ist im Einkommensteuergesetz § 94 nachzulesen

¹⁰¹ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

das Körperschaftsteuergesetz kennt steuerfreie Einkünfte. Erwähnt sei das „Schachtelprivileg“: ist eine Körperschaft an einer anderen beteiligt, so bleiben die auf die Beteiligung entfallenden Gewinnanteile steuerfrei. Es dürfen ferner zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden, wie etwa der Verlustabzug (Verlustvortrag), der Gewinnen aus anderen Jahren gegengerechnet werden kann. Ein deutlich (von 34 auf 25 %) verminderter Steuersatz gilt etwa für Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften, Sondergewinne aufgrund einer Verzinsung des Eigenkapitalzuwachses, ausschüttungsgleiche Erträge von ausländischen Kapitalanlage- und Immobilienfonds. Für Kapitalerträge und Einkünfte von Privatstiftungen sind nur 12,5 % Körperschaftssteuer zu zahlen.

Von den 88.911 „Veranlagungsfällen“ waren daher 1999 nur 31.931 (oder 36 %) „Steuerfälle“. Diese gaben ihr zu versteuerndes Einkommen mit nur 10,1 Mrd. Euro an und hatten dafür 3,4 Mrd. Euro Körperschaftsteuer zu zahlen. Die anderen 56.980 waren „Nullfälle“, waren also ohne zu versteuerndes Einkommen geblieben. Es ist also bemerkenswert, dass 1999 in Österreich 64 % aller Unternehmen (51.551 GmbHs und 886 Aktiengesellschaften) so gewirtschaftet haben wollen, dass kein zu versteuerndes Einkommen geblieben ist.

Auch die Körperschaftssteuer ist nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz beträgt derzeit noch einheitlich 34 %, ab 1.1.2005 nur mehr 25 %. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2004 mit 4,3 Mrd. Euro veranschlagt.

Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in unterschiedlicher Weise: Erwerbseinkommen von unselbständig oder auch selbständig Erwerbstätigen werden mit einem progressiven Steuertarif besteuert, der von Null bis zum höchsten Steuersatz 50 % reicht. Erwerbseinkommen von Körperschaften werden dagegen einheitlich mit 34 %, künftig mit nur mehr 25 % besteuert. Und Einkommen, das nicht durch Erwerbstätigkeit, sondern durch Kapitalvermögen entsteht, wird ebenfalls nicht progressiv, sondern einheitlich mit 25 % besteuert. Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Erwerbsarbeit ist damit steuerlich benachteiligt gegenüber Einkommen aus Körperschaften und Kapital.

2003 wurden de facto nur 7,7 % der gesamten Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen in Form von Körperschafts- und Einkommensteuer an den Staat abgeliefert, aber 13,3 % der ArbeitnehmerInneneinkommen in Form der Lohnsteuern. ArbeitnehmerInneneinkommen werden in Österreich somit höher besteuert als Selbständigeneinkommen und vor allem Betriebsüberschüsse, also Unternehmensgewinne. Die Lohnsteuereinnahmen des Finanzministers waren 2003 (mit 16,8 Mrd. Euro) mehr als doppelt so hoch veranschlagt wie seine Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer (mit zusammen 7,1 Mrd. Euro). 2004 wird diese Spreizung noch weiter sein: Die Lohnsteuereinnahmen wurden mit 17,3 Mrd. Euro veranschlagt, die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer nur mehr mit 7,3 Mrd. Euro.

Die Steuerreform 2005 verstärkt die Besteuerungs- und Einkommensunterschiede in Österreich. Selbständige sollen auf Basis des Gewinns der letzten drei Jahre pauschaliert für die nächsten vier Jahre besteuert werden. Das erlaubt erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten: z.B. Erhöhung der Ausgaben (durch Investitionen) und damit Senkung des Gewinns, um in der nachfolgenden Verdienstphase geringere Steuern zu zahlen. Auch die Senkung der Körperschaftsteuer um 1,1 Mrd. Euro wird – wie erwähnt – die Differenz vergrößern, weil sie praktisch nur den bestverdienendsten 8.300 Mittel- und Großunternehmen zugute kommt. Zudem können österreichische Unternehmen künftig ihre Verluste von ausländischen Töchtern mit Gewinnen im Inland gegen rechnen. Es wird ein erheblicher Steuerausfall befürchtet. Und die Finanz wird kaum prüfen können, wie sehr ausländische Tochterunternehmen gestaltbare Verlustbringer sein werden. Bis in die 80er Jahre trugen die Lohnsteuer einerseits sowie Unternehmenssteuern andererseits etwa gleich viel zum Budget des Bundes bei, nun nicht mehr.

6.2 Besteuerung von Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern erfassen die Einkommensverwendung. Die Umsatzsteuer sowie die meisten Verkehrssteuern besteuern den „Markteintritt“ von Gütern und Leistungen, Verbrauchssteuern dagegen die „Marktentnahme“. Sie werden an die Endverbraucher überwält, die in ihrer Masse ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen sind.

Die **Umsatzsteuer** in ihrer heutigen Form wurde in Österreich 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt, womit ein Zusammenhang hergestellt werden sollte zur Besteuerung jenes „Mehrwerts“, der als Differenz zwischen dem Wert der Arbeit und dem Wert der damit hergestellten Produkte und Leistungen definiert wurde. Eine Umsatzbesteuerung gab es in Österreich schon davor. Neu war 1973 der Vorsteuerabzug, sodass Umsatzsteuer nicht mehr auf jeder Wirtschaftsstufe erhoben wurde, was Produkte verteuerte und die Wettbewerbsfähigkeit einschränkte. Die Mehrwertsteuer betrug zunächst 16 %, ab 1976 18 % und seit 1994 20 %.

Die „Mehrwertsteuer“ ist im Umsatzsteuergesetz geregelt. Steuergegenstand sind das Entgelt für entgeltliche Lieferungen und sonstigen Leistungen, der Eigenverbrauch (in der Regel der Einkaufspreis zuzüglich Nebenkosten oder die Kosten bzw. Selbstkosten), bei der Einfuhr der Zollwert zuzüglich Eingangsabgaben und beim innergemeinschaftlichen Erwerb das Entgelt (im Verbringungsfall der Einkaufspreis zuzüglich Nebenkosten bzw. Selbstkosten). Befreit sind bestimmte kulturelle und soziale Leistungen (z.B. Schulen, Theater) und bestimmte Leistungen von Banken, Versicherungen, ferner Grundstücksumsätze und Kleinunternehmer. Für bestimmte Produkte (vor allem landwirtschaftliche Produkte) und Leistungen gelten ermäßigte Steuersätze.

Die Umsatzsteuer ist mit einem veranschlagten Ertrag von 19 Mrd. Euro 2004 die ertragreichste Steuer in Österreich.

Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30 %, ab 1984 32 %. Das Abwandern von Kaufkraft ins Ausland führte aber zu einer Abschaffung bei Autos ab 1992 und mit dem EU-Beitritt 1995 zu ihrer gänzlichen Abschaffung.

Verbrauchssteuern zählen historisch zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu den Verbrauchsteuern werden in Österreich die Tabak-, Bier-, Mineralöl-, Alkohol- und Schaumweinsteuer gezählt. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2004 mit 5,14 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,45 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern knüpfen an Vorgänge des Rechts- und Wirtschaftsverkehrs an. Die Umsatzsteuer wird von der Volkswirtschaftslehre als *allgemeine* Verkehrssteuer definiert. Dazu kommt eine ganze Reihe *spezieller* Verkehrssteuern. Verkehrssteuern besteuern in der Praxis den Verbrauch (wie etwa die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen u.a.m.), vor allem aber den Erwerb und Betrag von Kraftfahrzeugen. In diesem Fall sind Verkehrssteuern – wenn Kraftfahrzeuge als Gebrauchsvermögen gesehen werden – sogar eine Form von Vermögensbesteuerung.

Die wichtigsten Verkehrssteuern in Österreich sind die motorbezogene Versicherungssteuer (für zugelassene Kfz; Ertrag 2004 1,25 Mrd. Euro), die Versicherungssteuer (einmaliger Betrag beim Abschluss vor allem von Personenversicherungsverträgen; Ertrag 2004 880 Mio. Euro) und die Energieabgabe (für die Lieferung von Strom und Gas, seit 2004 auch Kohle; Ertrag 2004 790 Mio. Euro). Weiters die Normverbrauchsabgabe (beim Verkauf von Kraftfahrzeugen durch den Kfz-Händler zu bezahlen; Ertrag 2004 440 Mio. Euro), die Spielbankabgabe und Konzessionsabgabe (für Wetteinsätze und Spieleinnahmen bzw. den Spielbetrieb und progressiv gestaltet; Ertrag 2004 zusammen 335 Mio. Euro), die Kraftfahrzeugsteuer (für Fahrzeuge, die nicht der motorbezogenen Versicherungssteuer

unterliegen; Ertrag 2004 150 Mio. Euro), die Werbeabgabe (für Werbeleistungen; Ertrag 2004 90 Mio. Euro), der Altlastenbeitrag (für das Deponieren von Abfällen; Ertrag 2004 90 Mio. Euro) und Kapitalverkehrssteuern (für den Ersterwerb von Gesellschaftsrechten an inländischen Kapitalgesellschaften; Steuersatz 1 %; die „Börsenumsatzsteuer“ als eine Form davon für die Veräußerung von Wertpapieren wurde 2001 abgeschafft; Ertrag 2004 50 Mio. Euro). Der Gesamtertrag dieser speziellen Verkehrssteuern wurde für 2004 mit 4,57 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 28,7 Mrd. Euro im Jahr 2004 veranschlagten Einnahmen zwar exakt die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Indirekte Steuern belasten kleine Einkommen relativ stärker als höhere. Es gibt nur wenige Ausnahmen von der Steuerpflicht. Auch progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen), wären aber auch bei anderen (etwa der Energieabgabe) möglich, ja sogar zweckmäßig. Es wird also lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ dadurch stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere ohnehin gezwungen sind.

6.3 Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Ja im Gegenteil: Vermögenssteuern können in Österreich bald zu den Bagatellsteuern gezählt werden. Sie machen 2004 nur mehr 6 % der gesamten Steuereinnahmen des Finanzministers aus.

6.3.1 Besteuerung von Geldvermögen

„*Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche*“ und „*Österreich ist ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen*“ titelten und erkannten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der Hypo Investmentbank Liechtenstein veröffentlicht wurde, die Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹⁰² Österreich sei auch „*für die Erben ein Steuerparadies*“.

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die **Kapitalertragsteuer** die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25 % der Kapitaleinkünfte, also der Zinsen und Dividenden. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2002 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.249,7 Mrd. Euro auswies, macht sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2002 mit 2,21 Mrd. Euro bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,2 % p.a. gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der **Erbschafts- und Schenkungssteuer** unterliegen sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterliegen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterliegt der Erbschaftssteuer. Geldvermögen, die bereits durch die Kapitalertragssteuer erfasst und „endbesteuert“ wurden, sind von der Erbschaftsteuer befreit. Erfasst werden Erbanfälle, Vermächtnisse, Pflichtteilsansprüche, Versicherungsansprüche, Schenkungen unter Lebenden und Zweckzuwendungen abzüglich darauf ruhender oder übernommener Schulden und Lasten (wie auch Sterbefall- und Bestattungskosten). Befreit sind bestimmte Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken. Die Steuer bemisst sich bei Grundstücken am dreifachen Einheitswert. Der Steuersatz ist sehr progressiv und beträgt 2 bis 60 %, leibliche Kinder

¹⁰² Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

zahlen aber maximal 15 %. Der Tarif ist in fünf Klassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser und Erben eingeteilt. Der für 2004 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde vom Finanzminister allerdings mit nur 150 Mio. Euro angesetzt.

6.3.2 Besteuerung von Grund und Boden

Wir können aus den vorangegangenen Bewertungen des Sachvermögens den Wert der Grundflächen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Österreich mit etwa 640 Mrd. Euro annehmen.

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise – die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der **Grundsteuer** besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2 % des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird sodann noch durch einen Hebesatz erhöht. Nach dem derzeit geltenden Finanzausgleichsgesetz sind die Gemeinden ermächtigt, die Hebesätze bis zum Fünffachen des Steuermessbetrages festzusetzen, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8 % des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁰³

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind öffentlich genutzter Grundbesitz, die ÖBB, gemeinnützige, mildtätige, kirchliche Einrichtungen, Sportvereine, Krankenanstalten, der öffentliche Verkehr, Friedhöfe, diplomatische und berufskonsularische Vertretungen im Fall von Gegenseitigkeit und aufgrund zahlreicher landesgesetzliche Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau.

Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Da eine weitere Einheitsbewertung nicht mehr zustande kam, behalf man sich zunächst (1977, 1980 und 1983) mit Einheitswerterhöhungen um 10, 20 bzw. 35 %. Seit 1983 – also seit mehr als zwei Jahrzehnten – gab es trotz augenfälliger und nachweislicher Wertzuwächse bei Grund und Boden aber keine Einheitswerterhöhung mehr. Mehrere Vorstöße insbesondere der Finanzminister sind gescheitert. Man behalf sich durch die Anhebung der erwähnten Hebesätze.

Der Österreichische Gemeindebund gab die Erträge aus der Grundsteuer im Jahr 1999 mit 6,201 Mrd. ATS (ca. 450,6 Mio. Euro) an.¹⁰⁴ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 56,3 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert liegt, wie erwähnt, bei etwa 640 Mrd. Euro, ist also um das Elffache höher. Dies entspricht auch den Ergebnissen der Arbeiterkammerstudie zu den Vermögen in Österreich aus 1997, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes bewertete, das Roh-Betriebsvermögen abzüglich Schulden und Rücklagen mit dem Zehnfachen des saldierten Einheitswertes und für die Bauten in der Kapitalstockrechnung das Elffache des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke errechnete.

Die **Bodenwertabgabe** soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1 % des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2004 mit 5 Mio. Euro.

¹⁰³ siehe oben, S.14

¹⁰⁴ APA 291, 27.3.2001

Die **Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben** haben die land- und forstwirtschaftliche Betriebe für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da land- und forstwirtschaftliches Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2004 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der **Grunderwerbsteuer** wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5 %, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2 %, zuzüglich 1 % Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2004 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 480 Mio. Euro angegeben.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1 Mrd. Euro, unter Einrechnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – ist die Grundbesteuerung mit etwa 0,2 % p.a. ebenso gering wie die Besteuerung von Geldvermögen.

Es ist daher festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung.

6.3.3 Steuerparadies Privatstiftungen

Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden bis Ende 2003 rund 2.500 Privatstiftungen gegründet.¹⁰⁵ In diesen Privatstiftungen sind Vermögen (Geld, Wertpapiere, Immobilien usw.) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) 20 bis 45 Milliarden Euro steuerschonendst geparkt. Der Verband österreichischer Privatstiftungen (VÖP) beziffert den Wert auf 20 bis 25 Mrd. Euro. Unabhängige ExpertInnen schätzen das in Stiftungen geparkten Vermögen auf 40 bis 45 Mrd. Euro. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von 8 bis 18 Millionen Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche die Vorteile der Privatstiftungen für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Und *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“.*¹⁰⁶ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert werden, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren *„erheblichen steuerlichen Erleichterungen“*,¹⁰⁷ wir sagen Steuerprivilegien. Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinne direkt gehaltener Aktien. Kursgewinne von Aktien in Fonds unterliegen einer

¹⁰⁵ APA0626 vom 14.6.2004

¹⁰⁶ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002, S.16

¹⁰⁷ wie oben, S.11

Zwischensteuer von 2,5 %. Mit einer Zwischensteuer von 12,5 % belegt sind Einkünfte aus Forderungswertpapieren in- und ausländischer Emittenten sowie Dividenden aus Aktien ausländischer Fonds. Auch „*Die Erbschaftsteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: Denn in einer Stiftung beträgt sie nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹⁰⁸ Die 5 % vom Vermögen, die als Eingangssteuer bei Gründung der Stiftung zu zahlen sind, werden dafür offensichtlich gerne in Kauf genommen, zumal nach dem Tod des Stifters auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftsteuer mehr anfällt. Nur 25 % Steuer (abzüglich der bereits erbrachten Zwischensteuern) zahlt man bei Entnahme von Vermögen aus der Stiftung etwa auch in Form eines laufenden Einkommens oder bei Auflösung der Stiftung. Dem derzeit noch 34 %igen Körperschaftsteuersatz, der ab 1.1.2005 auf 25 % gesenkt wird, unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieben sowie Vermietung und Verpachtung aus Vermögen, das in eine Privatstiftung eingebracht wurde. Die Steuerreform 2005 wird daher auch die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößern.

Mehr als die Hälfte des Stiftungsvermögens – rund 52 % – besteht aus Unternehmensbeteiligungen, 23 % aus Immobilien, 21 % entfallen auf Wertpapiere wie Aktien, Anleihen oder Investmentfonds – allesamt Veranlagungs- und Vermögensformen, die sehr gering besteuert sind. 4 % sind liquide Mittel abzüglich Verbindlichkeiten oder Rückstellungen. Privatstiftungen werden daher auch als Holding internationaler Beteiligungen eingesetzt, weil der Stiftung ebenso das internationale Schachtelprivileg für steuerfreie Dividenden, Einnahmen sowie die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften im Inland wie im Ausland zukommt.

Die Privatstiftungen haben Reichtum nach Österreich gebracht. Der deutsche Industrielle Friedrich Karl Flick ist nun der reichste Österreicher. Doch von diesen Riesenvermögen hat Österreich nicht viel. Worin liegt beispielsweise der volkswirtschaftliche Vorteil, dass 91 %-Eigentümer der Hamburger Papierfabrik nicht Thomas Prinzhorn persönlich, sondern die Thomas Prinzhorn Privatstiftung ist? Die Vorteile können nur in den persönlichen Vorteilen für Thomas Prinzhorn liegen. Und tatsächlich wird sehr oft als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel (Auersperg, Czernin, Schwarzenberg), viele große Unternehmerfamilien (Essl, Fürnkranz, Hartlauer, Hrachowina, Kapsch, Lugner, Michelfeit, Palmers, Quester, Radatz, Wiesbauer, Wlaschek, Zgonc u.a.m.), aber auch Medienzare (wie Dichand, Falk und Fellner) und Politikerfamilien wie Prinzhorn, Bartenstein, Mitterbauer oder Haselsteiner, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung ihrer Steuerprivilegien gibt. Mehr zu den Privatstiftungen im Kapitel 7.2.

6.4 Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2002 lagen die Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen in Österreich bei etwa 1,645 Mrd. Euro, wie aus einer Anfragebeantwortung des Finanzministers im Parlament hervorgeht. Sie betrafen die Umsatzsteuer (981 Mio. Euro), die Einkommensteuer (407 Mio. Euro), die Körperschaftsteuer (170 Mio. Euro) und auch einbehaltene, aber nicht abgeführte Lohnsteuer (87 Mio. Euro).¹⁰⁹

Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Es ist – wie bereits erwähnt – bemerkenswert, dass 1999 in Österreich 64 % aller Betriebe so gewirtschaftet haben wollen, dass kein zu versteuerndes Einkommen geblieben ist. Dass

¹⁰⁸ wie oben, S.16

¹⁰⁹ Steuerschulden von Unternehmern in Österreich 2002 – 194/AB, auf: www.parlament.gv.at

Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe am 3 bis 5 Mrd. Euro schätzt.¹¹⁰ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab zuletzt für 2004 einen Betrag von 23,1 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹¹¹

Weit weniger „Gestaltungsmöglichkeiten“ hinsichtlich ihrer Steuerleistung bei der Umsatz-, Einkommen- oder Körperschaftssteuer als Selbständige, Unternehmen und Privatstiftungen haben die unselbständig Erwerbstätigen, deren Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer vom Arbeitgeber ganz einfach einbehalten und an den Fiskus abgeführt wird. Von Vorteil für den Finanzminister hat sich jedenfalls erwiesen, Kapitaleinkommen nicht mehr der Einkommensteuernpflicht zu unterwerfen, sondern die Kapitalertragsteuer als Quellensteuer zu konstruieren, die direkt durch das kontenführende Institut abgezogen und an den Fiskus abgeliefert wird. Die Einnahmen sind dadurch wesentlich höher geworden.

6.5 Zusammenfassung

Die gesamten hier genannten Vermögenssteuern auf Geld- und Sachvermögen (Kapitalertragsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Steuern auf Grund und Boden) betragen derzeit etwa 3,3 Mrd. Euro. Angesichts vorhandener Geld- und Sachvermögen in Österreich von zusammen mehr als 2.100 Mrd. Euro entspricht das 0,2 %.

Gegenüber 1994 (Ertrag aus diesen Steuern 2,6 Mrd. Euro) – also innerhalb von 10 Jahren – sind die Vermögenssteuern in Österreich damit um etwa 700 Mio. Euro oder 27 % gestiegen. Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 7,5 Mrd. Euro oder 76 % gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftssteuer um 3,5 Mrd. Euro oder 92 %. Auch die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern sind um 9,3 Mrd. Euro bzw. 42 % gestiegen. Das heißt: die Besteuerung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist von 1994 bis 2004 um das Drei- bis Vierfache stärker gestiegen als die Besteuerung von Vermögen.

Tab. 30: Veränderung wichtiger Steuereinnahmen 1994 - 2004

Steuer	1994	2004	Veränderung	Veränderung
	in Mrd. Euro			in %
Lohnsteuer	9,8	17,3	7,5	76%
Einkommen- und Körperschaftsteuer	3,8	7,3	3,5	92%
Umsatz-, Verkehrs-, Verbrauchssteuern	20,4	28,7	8,3	41%
Vermögenssteuern	2,6	3,3	0,7	27%

Quelle: Finanzministerium

Insgesamt tragen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) heuer mit zusammen 24,3 Mrd. Euro 42 % zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (57,6 Mrd. Euro) bei, Steuern auf Konsum (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern) mit zusammen 28,7 Mrd. Euro sogar 50 %, Vermögenssteuern mit 3,3 Mrd. Euro dagegen nur 6 %.

6.6 Internationaler Vergleich

In der Debatte um die Steuerreform 2005 in Österreich wurden immer wieder internationale Steuervergleiche unterschiedlicher Quellen zitiert, um damit bestimmte Forderungen zu unterstützen. Da diese Steuervergleiche auch widersprechende Aussagen hatten, erarbeitete die ÖGPP selbst einen internationalen Steuervergleich¹¹², um eine

¹¹⁰ vgl. APA0386, 20.3.2002

¹¹¹ APA0428, 15.12.2003

¹¹² ÖGPP, Steuern in der EU, Jänner 2004; auf: www.politikberatung.or.at

Debatte auf objektiveren Grundlagen zu ermöglichen. Die Vergleiche der wichtigsten Steuersätze in den Mitgliedstaaten der EU25 basieren durchwegs auf Studien bzw. Veröffentlichungen der EU-Kommission, der OECD sowie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO.

Die Vergleiche zeigen, dass Österreich in etlichen Bereichen nicht das vielzitierte „Hochsteuerland“ ist. Dies gilt für die Besteuerung von Einkommen und im besonderen Maß für die Besteuerung von Vermögen.

Bei der Einkommensteuer liegt der Spitzensatz in Österreich mit 50 % um 2 % über dem EU-Durchschnitt. Der effektive nominale Spitzensteuersatz erreicht allerdings aufgrund der Steuerbegünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes für unselbständig Erwerbstätige de facto nur 43 %, womit er deutlich unter dem EU15-Durchschnitt von 49,1 % liegt. Der Spitzensteuersatz der zehn Beitrittsländer wird 2004 im Durchschnitt etwa 33 % betragen. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuern an den gesamten Steuereinnahmen liegt in Österreich mit 22,5 % unter dem EU15-Durchschnitt von 25,6 %.

So hatte Österreich beispielsweise schon bisher die niedrigste effektive Unternehmensbesteuerung in der EU15. Auch der effektive Körperschaftsteuersatz zählte zu den niedrigsten in der EU. Der nominelle Körperschaftsteuersatz lag in Österreich 2003 mit 34 % über dem Durchschnitt der EU15 (29,7 % bzw. 31,5 % einschließlich Zuschlagsteuern und kommunaler ertragsabhängiger Steuern). In den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern sank der durchschnittliche nominelle Steuersatz mit Jahresbeginn 2004 auf 21,2 %. Der effektive Körperschaftsteuersatz liegt allerdings in Österreich mit 17,7 % nicht nur deutlich unter dem EU15-Durchschnitt von 26,9 %. Überhaupt nur zwei Länder – Irland und Portugal – haben einen noch geringeren effektiven Körperschaftsteuersatz. Diese Entwicklung wird durch die Senkung des nominellen Steuersatzes auf 25 % im Zuge der Steuerreform 2005 noch verstärkt. Kein Wunder daher auch, dass in Österreich der Anteil der Körperschaftsteuer an den gesamten Steuereinnahmen der zweitniedrigste aller EU15-Länder war (mit 4,7 % Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen gegenüber 8,7 % im EU-Durchschnitt).

Ein Vergleich der Unternehmensbesteuerung insgesamt (also unter Einbeziehung auch von Gewerbeertragssteuern und vergleichbaren anderen Steuern des Staates und der Gebietskörperschaften) in der EU aus dem Jahr 2003 zeigt ebenfalls, dass Österreich bei den nominellen Steuersätzen zwar etwas über dem EU-Durchschnitt liegt, bei den effektiven Steuersätzen aber mit 17,8 % ebenfalls nicht nur deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 24,4 % liegt, sondern sogar die niedrigste effektive Unternehmensbesteuerung aller EU15-Länder hatte!

Bei der Umsatzsteuer liegt Österreich mit einem Satz von 20 % knapp über EU15-Durchschnitt von 19,6 %. Der Anteil der Steuern auf Güter und Dienstleistungen an den Gesamtsteuereinnahmen ist in Österreich aber niedriger als im EU15-Durchschnitt.

Bei den Vermögenssteuern (also im wesentlichen die Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Grundsteuer) ist Österreich das mit Abstand günstigste Land der EU (siehe auch Tabelle 31). Die Vermögenssteuern erbringen im Durchschnitt der EU15 etwa dreimal so viel Ertrag als in Österreich. Daher ist in Österreich auch ihr Beitrag zu den Gesamtsteuereinnahmen deutlich niedriger als in anderen EU15-Staaten. Die Besteuerung von Zinsen ist in Österreich mit dem einheitlichen Steuersatz von 25 % vor allem für Gutverdiener deutlich günstiger als im EU-Durchschnitt (von 33,1 %), da Zinserträge oft (auch) der Einkommensbesteuerung und damit einer höheren Progression unterliegen. Und europaweit attraktiv haben sich die Steuerprivilegien für Privatstiftungen erwiesen.

Bei der Schwarzarbeit und infolgedessen Steuerhinterziehung liegt Österreich mit einem BIP-Anteil von 11 % deutlich unter dem OECD-Schnitt von 16,4 % (2002/03).¹¹³

¹¹³ Univ.Prof. Friedrich Schneider, in: APA0428 vom 15.12.2003

Tab. 31: Steuern vom Vermögen in der OECD in % des BIP 1999

Luxemburg	4,0
Großbritannien	3,9
Frankreich	3,2
USA	3,1
Japan	2,9
Schweiz	2,9
Niederlande	2,2
Spanien	2,2
Italien	2,0
EU 15	2,0
Griechenland	1,9
Schweden	1,9
Dänemark	1,8
OECD Europa	1,8
Belgien	1,5
Polen	1,1
Norwegen	1,0
Deutschland	0,9
Tschechien	0,6
Österreich	0,6

Quelle: OECD

Insgesamt zeigt sich, dass in Österreich der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge sowie der indirekten Steuern an den Abgaben einen vergleichsweise überdurchschnittlichen Anteil einnehmen. Doch auch hier gibt es einige Länder mit höheren Anteilen.

Im Juni 2003 haben sich die damals noch 15 EU-Finanzminister auf eine grenzübergreifende Zinsenbesteuerung in der EU geeinigt. 12 der damals 15 EU-Länder werden ab 1.1.2005 Informationen über Zinserträge von gebietsfremden EU-Bürgern an deren Heimatländer weiterleiten. Österreich, Luxemburg und Belgien bewahren hingegen ihr Bankgeheimnis und erheben eine Quellensteuer, die 15 % ab 2005, 20 % ab 2008 und 35 % ab 2011 betragen soll. Drei Viertel der Einnahmen sollen den Heimatländern der Anleger zugute kommen. Auch die Schweiz wird dieses Modell übernehmen. Es ist dies ein erster wichtiger Schritt hin zu einer notwendigen Harmonisierung der Steuern innerhalb der EU, zumal der Steuerwettbewerb einseitig zu Lasten der Lohnsteuern, Sozialbeiträge, Verbrauchs- und Verkehrssteuern geht und zugunsten der Vermögens- und Gewinnsteuern.

7. Armut und Reichtum in Österreich

Einkommen, seine Verwendung, die Vermögensbildung und/oder Verschuldung sowie die Besteuerung von Einkommen und Vermögen tragen entscheidend dazu bei, dass Armut und Reichtum entstehen.

7.1 Armut

„Armut“ zu definieren ist schwierig. „Der Begriff Armut entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition“, stellt der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht fest.¹¹⁴ Und hält sich an einer Definition der EU aus 1984: Demnach gelten Personen, Familien und Gruppen als arm, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“

1999 waren in Österreich 876.000 Menschen oder 11 % der Bevölkerung von Armutsgefährdung betroffen, davon 536.000 Frauen und 340.000 Männer. **Armutsgefährdung** wird ausschließlich über Einkommensrisiken definiert: Personen, deren gewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter einem Schwellenwert von 60 % des Medianwertes des österreichischen Pro-Kopf-Einkommens liegt, gelten als armutsgefährdet.

Tab. 32: Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltszusammensetzung

Haushaltszusammensetzung	Jahreswerte, €	Monatswerte, €
Einpersonenhaushalt	9.370	780
Ein Erwachsener + 1 Kind	12.180	1.020
Zwei Erwachsene	14.050	1.170
Zwei Erwachsene + 1 Kind	16.860	1.410
Zwei Erwachsene + 2 Kinder	19.680	1.640
Zwei Erwachsene + 3 Kinder	22.490	1.870

Q.: Bericht über die soziale Lage 2001-2002 (BMSG)

Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko hatten 12 % aller Menschen im ländlichen Raum, 13 % aller Frauen, 15 % aller selbständig Erwerbstätigen, 16 % der AlleinerzieherInnen und kinderreichen Familien, 16 % aller Menschen mit geringer Schulbildung, 17 % der PensionistInnen und Arbeitslosen, 21 % aller Behinderten, 22 % der MigrantInnen und 31 % aller Langzeitarbeitslosen. Aber auch 254.000 erwerbstätige Menschen waren 1999 armutsgefährdet („working poor“), ein Phänomen, das gegen Ende des 20. Jahrhunderts zuerst in den USA beobachtet wurde.¹¹⁵ Es sind vor allem Menschen, die lediglich Hilfstätigkeiten ausüben. Von Armutsgefährdung am wenigsten betroffen sind dagegen kinderlose Haushalte (nur 3 % sind betroffen), nur 5 % der Vollzeitbeschäftigte, 5 % der Familien mit 1 Kind, 5 % der AkademikerInnen und 7 % der MigrantInnen.

Die Armutsgefährdungsrate veränderte sich in den 90er Jahren in Österreich nicht wesentlich. Bei der erwerbsfähigen Bevölkerung verringerte sich die Zahl, bei den PensionistInnen dagegen erhöhte sie sich. Allerdings: 2,2 Millionen ÖsterreicherInnen waren zumindest einmal mit Einschränkungen aufgrund geringen Einkommens und davon an die 930.000 Personen zumindest vorübergehend von akuter Armut betroffen. Zwischen 1994 und 1998 befanden sich in Österreich etwa 400.000 Personen (5 %) in Langzeitarbeitslosigkeit, 100.000 davon in akuter Langzeitarbeitslosigkeit; waren also zumindest vier von fünf Jahren davon betroffen. Im österreichischen Schnitt dauern Perioden der

¹¹⁴ Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001

¹¹⁵ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.189 ff.

Armutsgefährdung und akuten Armut etwa 2 Jahre an. Im Jahr 2001 ist die Armutsgefährdungsrate allerdings auf 12 % der Gesamtbevölkerung gestiegen.

Im europäischen Vergleich rangierte Österreich mit seiner Armutsgefährdungsrate in den 90er Jahren im unteren Mittelfeld. Geringer war die Armutsgefährdung in Luxemburg, den Niederlanden, Schweden, Dänemark und Finnland, durchwegs Länder, die hohe Steuer- und Sozialabgabenquoten bzw. Sozialleistungen hatten.¹¹⁶

„**Akute Armut**“ betraf 1999 314.000 Menschen bzw. 4 % der Bevölkerung, davon 204.000 Frauen und 110.000 Männer. In akuter Armut lebten 1999 87.000 Kinder und Jugendliche und 107.000 Menschen über 60 Jahre. Von akuter Armut wird gesprochen, wenn zu den oben beschriebenen beschränkten finanziellen Verhältnissen auch Einschränkungen zur Abdeckung grundlegender Lebensbedürfnisse treten. Dies wird dann angenommen, wenn – zusätzlich zu geringem Einkommen – eine der fünf folgenden Situationen auftritt: Substandardwohnung; Rückstände bei Zahlungen von Mieten und Krediten; Probleme beim Beheizen der Wohnung; Unmöglichkeit, abgenutzte Kleidung durch neue Kleider zu ersetzen; Unmöglichkeit, zumindest einmal im Monat nach Hause zum Essen einzuladen.

Tab. 33: Indikatoren für Armutsgefährdung und akute Armut 1999, sozioökonomische und arbeitsmarktspezifische Merkmale

	armutsgefährdete Bevölkerung			Bevölkerung in akuter Armut		
	Anzahl (in Tsd.)	Armutsrate (%)	Einkommens- lücke (%)	Anzahl (in Tsd.)	Armutsrate (%)	Einkommens- lücke (%)
Insgesamt	876	11	17	313	3,9	17
Schulbildung						
Pflichtschule	371	15,9	165	146	6,3	15
Lehre/mittlere Schule	225	8,1	17	73	2,6	19
Matura	66	6,7	28	27	2,7	29
HS/Universität/FS	24	5,5	26	8	1,7	18
Wohnort						
ländlicher Bereich	515	12,1	15	177	4,2	16
10 Tausend > 1 Mio.	152	8,7	20	52	3	12
Wien	164	9,8	16	74	4,4	20
Staatsbürgerschaft						
Österreicher/innen + EU	80,5	10,6	17	290	3,8	16
Nicht-EU-Bürger/innen	71	21,5	16	24	7,2	25
Eingeschränkte Erwerbsbeteiligung						
< 6 Monate arbeitslos	13	7,7	-11	7	4	-14
langzeitarbeitslos	35	30,9	22	20	17,2	-27
Arbeitslose gesamt	48	17,1	19	26	9,4	-24
Karenz	2	2,9	-10	1	1,5	-13
Behinderung	20	21,5	-14	7	7	-8
Teilzeit/Vollzeit						
teilzeitbeschäftigt (< 35 St.)	53	8,1	23	18	2,8	-27
vollzeitbeschäftigt	131	4,9	21	35	1,3	17
Beschäftigte insgesamt	184	5,5	21	53	1,6	20
Haushaltsbeschäftigungsintensität						
Ohne Beschäftigung	78	25,4	30	40	13	31
teilweise Beschäftigung	194	7,9	17	69	2,8	15
volle Beschäftigung	60	4	30	7	0,7	-30
Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt	332	7,8	22	119	2,8	22

Q.: Bericht über die Soziale Lage 2001/2002 BMSG, IFS (2002), ECHP/PDB, 6. Welle, eigene Berechnungen - Bemerkung: Armutsrate ist die Anzahl der Armen in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Einkommenslücke ist die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen der Armen und der Armutsschwelle, in Prozent dieser Schwelle. Die Daten beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung, außer für „Schulbildung“ (Personen über 14 Jahre) und „eingeschränkte Erwerbsbeteiligung“, „Teilzeit/Vollzeit“ und „Haushaltsbeschäftigungsintensität“ (Bevölkerung im Erwerbsalter, d.h. Personen zwischen 20 und 59 Jahren). Kategorien für „eingeschränkte Erwerbsbeteiligung“ sind nicht ausschließend und können überlappen. Daten beziehen sich auf Personen in den genannten Haushaltsformen. Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen.

¹¹⁶ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.205

Tab. 34: Indikatoren für Armutsgefährdung und akute Armut 1999, demografische Merkmale

Demographische Merkmale	armutsgefährdete Bevölkerung			Bevölkerung in akuter Armut		
	Anzahl (in Tsd.)	Armutsrate (%)	Einkommens- lücke (%)	Anzahl (in Tsd.)	Armutsrate (%)	Einkommens- lücke (%)
Insgesamt	876	11	17	313	3,9	17
Geschlecht						
Männer	340	8,9	17	110	2,9	17
Frauen	536	13	17	204	4,9	17
Alter						
Kinder und Jugendliche (<20)	227	12,4	16	87	4,8	16
Junge Erwachsene (20–29)	75	9	31	28	3,4	27
Erwachsene (30–49)	172	7,4	20	58	2,5	21
Ältere Erwachsene (50–59)	85	7,9	21	33	3,1	-21
Senior/inn/en (60+)	316	17	12	107	5,7	12
Haushaltsform						
EPH mit Pension	138	27,5	10	68	13,5	10
MPH mit Pension	149	16,6	12	30	3,3	-15
EPH ohne Pension u. ohne Kinder	84	16,1	38	37	7,1	-33
MPH ohne Pension u. ohne Kinder	45	3,5	21	9	0,7	-41
Alleinerziehende mit Erwerbseinkommen	53	13,7	19	32	8,3	-16
Alleinerziehende ohne Erwerbseinkommen	17	50,2	48	7	20,8	42
Alleinerziehende gesamt	70	16,7	26	39	9,3	21
MPH mit 1 Kind	59	4,7	19	10	0,8	-19
MPH mit 2 Kindern	159	8,1	15	71	3,6	12
MPH mit 3 und mehr Kindern	169	15,8	13	50	4,7	15

Q.: Bericht über die Soziale Lage 2001/2002 BMSG, IFS (2002), ECHP/PDB, 6. Welle, - Bemerkung: Armutsrate ist die Anzahl der Armen in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Einkommenslücke ist die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen der Armen und der Armutsschwelle, in Prozent dieser Schwelle. EPH = Einpersonenhaushalt, MPH = Mehrpersonenhaushalt. Daten beziehen sich auf Personen in den genannten Haushaltsformen. Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen.

Tab. 35: Indikatoren für ökonomische und soziale Teilhabe bei armutsgefährdeten und armen Personen 1999 im Vergleich mit der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung

Indikatoren	Nicht Armutsgefährdete	Armutsgefährdete1)	Arme 2)
Erwerbsbeteiligung der 20- bis 60-Jährigen			
beschäftigt	78%	52%	39%
arbeitslos	2%	12%	19%
sonstiges3)	19%	36%	41%
Insgesamt	100%	100%	100%
Höhe des monatlichen Netto-Erwerbseinkommens der im Erwerbsleben stehenden 20- bis 60-Jährigen			
bis ATS 10.000	-15%	41%	38%
mehr als ATS 20.000	-26%	5%	4)
Starke Unzufriedenheit mit finanzieller Situation	12%	34%	48%
Wohnstandards			
Kategorie D (Substandard)	4%	6%	19%
Kategorie A-Wohnung	82%	66%	52%
keine angemessene Heizmöglichkeit	5%	12%	23%
Haushaltsbesitz			
Auto	87%	60%	41%
Heimcomputer	48%	25%	16%
Videorecorder	77%	48%	35%
Soziale Kontakte			
Klubmitglied	47%	36%	27%
Kontakt zu Freunden	73%	60%	54%
Allgemeiner Gesundheitszustand mäßig bis schlecht	26%	47%	53%

Q: Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften (IFS): Europäisches Haushaltspanel – Tabellenband zur 6. Welle – Wien, Oktober 2001 1) Weniger als 60% des gewichteten Pro-Kopf-Medianeinkommens, EUROSTAT-Gewichtungsfaktoren: erste(r) Erwachsene(r) im Haushalt = 1, jede weitere erwachsene Person im Haushalt = 0,5, jedes Kind im Haushalt = 0,3. 2) Armutsgefährdung und zusätzlich Auftreten von mindestens einem Mangelindikator bei der Befriedigung anderer grundlegender Bedürfnisse. 3) In Pension, im Haushalt oder zwischen Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Haushalt wechselnd. 4) Wegen zu geringer Fallzahlen werden keine Werte dargestellt.

Tab. 36: Armutsgefährdung und akute Armut von erwerbstätigen Personen - individuelle Charakteristika, 1998

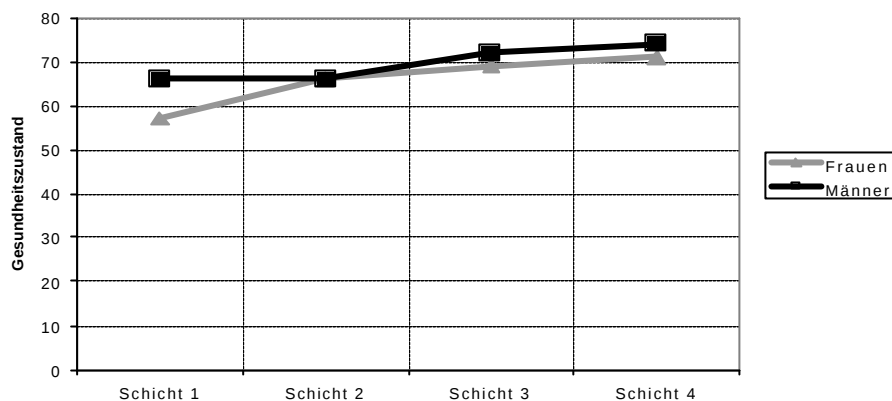
Charakteristika	Armutsgefährdung			akute Armut			Anteil an Erwerbsbevölk. (in %)
	rel. Anteil (in %)	Rate (in %)	Armuts-lücke	rel. Anteil (in %)	Rate (in %)	Armuts-lücke	
Erwerbstätige insgesamt	100	6,3	25,6	100	1,6	-23	100
Männer	63	6,8	24,9	69	1,9	-23	58
Frauen	37	5,5	26,6	31	1,2	-23	42
Alter							
< 20 Jahre	8	8,6	-16	6	1,7	-10	6
20–29 Jahre	19	6,3	-34	12	1	-28	19
30–49	53	6	24	60	1,7	-22	56
50–59	17	5,9	-27	21	1,9	-27	18
> 60 Jahre	4	10,9	-10	2	1,3	-8	2
Staatsbürgerschaft							
Österreicher/innen und EU	92	6	26	91	1,5	-24	96
Nicht-EU-Bürger/innen	8	12,6	-18	9	3,7	-13	4
berufliche Stellung							
Landwirt/in inkl. Mithelfende	19	17,8	21	15	3,6	-19	7
Selbständig/Freiber. & Mith.	15	12,6	-38	21	4,7	-27	7
Lehrling	7	10,5	-16	4	1,7	-12	4
Arbeiter/in	28	6,6	16	38	2,3	-18	27
Angestellte	20	3,8	-36	16	0,8	-38	34
Beamte, Beamtin, Vertragsbedienstete	11	3,2	-29	7	0,5	-23	22
berufliche Qualifikation (ohne Selbständige und Lehrlinge)							
Hilfstätigkeiten	46	8	18	52	2,4	-19	26
Facharbeiter/in, einf. Angestellte	22	4	-19	32	1,6	-12	24
mittlere Tätigkeiten, Meister/in	23	4,3	-39	16	0,8	-61	24
höhere Tätigkeiten	7	2	-29	0	*	*	17
hochqualifizierte Tätigkeiten	3	1,4	-61	0	*	*	10
Beschäftigungsstunden pro Woche							
max. 20 Stunden pro Woche	22	12,4	28	26	3,8	-34	11
21–30 Stunden pro Woche	9	8	30	5	1,2	-27	7
31–40 Stunden pro Woche	39	4,3	23	36	1	-17	57
mehr als 40 Stunden pro Woche	30	7,6	26	32	2,1	-21	25
eingeschränkte Erwerbsbeteiligung							
kurzzeit-arbeitslos	4	6,6	-22	4	1,7	-34	4
langzeit-arbeitslos (> 6 Monate)	-1	-14,2	-54	-2	-6,2	-94	-1
Karenz	2	5	-38	*	*	*	3
Behinderung	-2	-16,2	-27	*	*	*	-1

Quelle: IFS (2002), ECHP/PDB, 6. Welle, eigene Berechnungen - *bezogen auf die Erwerbsbevölkerung. Bemerkung: Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen. HH = Haushalt.

Zwischen **Armut, Bildung und Gesundheit** besteht ein starker Zusammenhang: Menschen der unteren Bildungsschichten mit niedrigeren Positionen im Berufsleben sind statistisch gesehen häufiger krank. Daraus resultiert auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung. Die sogenannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt bei Armen dreimal häufiger auf als bei ManagerInnen. Arbeitslose sind öfter krank und leiden vermehrt an Depressionen, Magenbeschwerden, Herzproblemen, Schlafstörungen und Kopfschmerzen. Jeder zwölfte Österreicher nimmt täglich „Psycho-Pillen“ wie Anregungs- oder Beruhigungsmittel, Schmerz- oder Schlaftabletten sowie Medikamente gegen Depressionen und ähnliche Symptome. Das ergab eine Studie des Vereins für prophylaktische Gesundheitsarbeit 2003. Stress in verschiedenster Form – bei Frauen häufig durch Mehrfachbelastung –, der Leistungsdruck in der heutigen Gesellschaft und Existenzängste durch die steigende Armutsgefährdung seien die Hauptgründe für die zunehmenden psychischen Probleme in Österreich. Allein die oberösterreichische Gebietskrankenkasse musste 2002 21 Mio. Euro für Psychopharmaka aufwenden.¹¹⁷

¹¹⁷ APA0239, 5.6.2003

Abb. 26: Gesundheitszustand nach Geschlecht



Q.: Freidl/Stronegger/Neuhödl 2001 - Anm.: Subjektiver Gesundheitszustand (0=sehr schlecht, 100=bestmöglich nach Haushaltseinkommen und Geschlecht (Alter ab 45 Jahren). Schicht 1: bis ÖS 10.000, Schicht 2: bis ÖS 18.000, Schicht 3: bis ÖS 26.000, Schicht 4

Tab. 37: Bildungsabschluss und Sterberisiko

Höchster Bildungsabschluss	Männer		Frauen	
	35-64 J.	65-89 J.	35-64 J.	65-89 J.
Höhere Schule	25%	7%	22%	25%
Berufsbildende mittl. Sch.	44%	16%	32%	28%
Lehrabschluss	79%	40%	37%	41%
Pflichtschule	109%	47%	49%	58%

Zusätzliches Sterberisiko nach Geschlecht, Altersgruppe und höchster abgeschlossener Bildungsgruppe (bezogen auf die höchste Bildungsgruppe – gesamtösterreichische Sterbefälle von 12.5.1981 bis 11.5.1982). Die Daten zeigen, dass im Alter zwischen 35 und 64 Jahren bei Männern mit keiner höheren Ausbildung als Pflichtschulniveau das Sterberisiko um 109% höher ist als bei Akademikern. Bei Frauen mit Pflichtschulausbildung dieser Altersgruppe ist die Sterblichkeit um ca. 50% erhöht. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist primär auf den größeren Einfluss des Berufslebens auf die Männer als auf die Frauen in dieser Altersgruppe zurückzuführen. Quelle: Doblhammer-Reiter 1996

Tab. 38: Gesundheitszustand und Schichtzugehörigkeit bei Kindern

Symptome	Soziale Schicht der Eltern		
	untere	mittlere	obere
schlechte Gesundheit allgemein	16	8	1
Kopfschmerzen	22	13	9
Rückenschmerzen	16	13	9
Nervosität	22	15	8
Schlechtes Einschlafen	26	18	16
Hilflosigkeit	14	6	3
Einsamkeit	19	9	9

Quelle: Klocke/Hurrelmann 1995

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf. Die Ursache sind oft feuchte Wohnungen. 32 % der Armen leben in Wohnungen mit undichtem Dach, Schimmel oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine angemessene Heizmöglichkeit. Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind - sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist „unten“ höher als

„oben“. Eine Befragung von 3.328 Schülern (11-15 Jahre) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Sozialleistungen mindern die Armut. Während Sozialleistungen 1999 etwa ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Gesamtbevölkerung darstellten, machten diese weit über die Hälfte des Einkommens für die arme Bevölkerung aus. Pensionen stellen mit über der Hälfte aller Sozialleistungen die weitaus wichtigste Komponente monetärer Transfers dar. Ohne altersunabhängige Sozialtransfers hätte es in Österreich 1999 insgesamt fast 1 Million armutsgefährdeter Personen und 275.000 Personen in akuter Armut mehr gegeben. Wird die Bevölkerung mit Ausnahme der Pensionisten betrachtet, hätte es 800.000 armutsgefährdeter Personen und 200.000 Personen in akuter Armut mehr gegeben. Altersunabhängige Sozialtransfers vermindern also die Anzahl der armen Personen um mehr als die Hälfte. Zwischen 1994 und 1999 hat die armutslindernde Wirkung altersunabhängiger Sozialleistungen für die Bevölkerung (ohne Pensionist/inn/en) sogar signifikant zugenommen, nämlich von etwa 50% auf fast 60%.

Tab. 39: Anzahl armutsgefährdeter und akut armer Personen vor und nach Erhalt altersunabhängiger Sozialtransfers, 1999

	Gesamtbevölkerung		Bevölkerung ohne Pensionisten	
	armuts-gefährdet	akut arm	armuts-gefährdet	akut arm
Gesamteinkommen ohne Transfers	1.848.000	588.000	1.341.000	412.000
Gesamteinkommen inkl. Transfers	876.000	313.000	541.000	206.000
Effekt	-972.000	-275.000	-800.000	-206.000

Q.: Bericht zur sozialen Lage 2001- 2002 BMSG, Quelle: IFS (2002), ECHP/PDB, 6. Welle

Tab. 40: Armutsgefährdungsraten von Risikogruppen vor und nach Erhalt von Sozialtransfers, 1999

Bevölkerungsgruppen	inkl. Sozial-transfers	ohne Sozial-transfers	ohne alters-abhäng. Transfers	ohne alters-unab-häng. Transfers	ohne Familien-transfers	ohne Arbeits-losen-transfers	ohne Krank-heits-tranfers	ohne bedarfs-orient. Transfers
Gesamtbevölkerung	11%	41%	29%	23%	17%	12%	15%	12%
Erwerbsbevölkerung*	14%	19%	13%	9%	11%	8%	14%	19%
Senior/inn/en 60+	17%	82%	75%	27%	18%	18%	24%	18%
EPH mit Pension	27%	100%	100%	39%	28%	28%	36%	30%
MPH mit Pension	17%	97%	95%	21%	17%	17%	20%	17%
MPH ohne Pension und ohne Kinder	3%	27%	13%	16%	4%	6%	12%	4%
Alleinerziehende	17%	52%	22%	46%	35%	18%	23%	17%
MPH mit 3 und mehr Kindern	16%	40%	21%	36%	35%	17%	17%	16%
Arbeitslosigkeit*	17%	50%	26%	43%	23%	30%	21%	18%
Behinderung*	21%	59%	34%	50%	24%	26%	40%	21%
Karenz*	3%	33%	6%	28%	25%	3%	4%	3%
in Haushalt ohne Beschäftigung*	25%	89%	56%	63%	31%	36%	43%	27%
Nicht-EU-Bürger/innen	21%	37%	23%	36%	30%	24%	23%	23%

Quelle: IFS (2002)/ECHP - Leseweise (erste Zeile): 11% der Gesamtbevölkerung sind armutsgefährdet auf Basis des Gesamteinkommens (inkl. Transfers). Dieser Prozentsatz würde auf 39% steigen, gäbe es keine Sozialtransfers, auf 28% ohne altersabhängige Transfers, bzw. auf 24% ohne altersunabhängige Transfers. Daten beziehen sich auf Gesamtbevölkerung, außer *: Daten beziehen sich auf Personen zwischen 20 und 59 Jahren. EPH = Einpersonenhaushalt, MPH = Mehrpersonenhaushalt.

7.2 Reichtum

Was ist „Reichtum“? Auch beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben die umfangreichen Arbeiten zum deutschen Armuts- und Reichtumsbericht lediglich zur Erkenntnis geführt, dass Reichtum nicht im Gegensatz zu Armut zu definieren ist. Wie könne etwa ein Pendant zur „Unterversorgung“ bei Bildung, Wohnqualität oder Gesundheit definiert werden? Selbst von der Festlegung von Reichtumsgrenzen hat der deutsche Bericht Abstand genommen und lediglich den *„Versuch unternommen, einen ungefähren Eindruck über den Bereich sehr hoher Einkommen und Vermögen zu gewinnen. Dabei kann es sich auch wegen gravierender Unzulänglichkeiten der empirischen Grundlage nur um näherungsweise Schätzungen handeln“*.¹¹⁸ Der über 350-Seiten, samt Beilagen rund 700 Seiten starke deutsche Bericht widmet daher nur etwa 20 Seiten der Darstellung von Reichtum nur Vermögen. Das ist enttäuschend angesichts des Umstandes, dass in Deutschland Heerscharen von Wissenschaftlern mit der Erstellung dieses Armuts- und Reichtumsberichtes beauftragt waren.

Es gibt empirische Grundlagen, wenn auch nur wenige, um Reichtum in Österreich darzustellen. Aber Faktum ist auch hier: In Österreich wissen wir viel genauer, wie viele Menschen arm sind, wie arm sie sind, wie diese Armut aussieht, wie sie sich verändert und welche Folgen sie hat. Wir wissen dagegen kaum, wie viele Menschen in Österreich reich sind, wie reich sie sind, wie dieser Reichtum aussieht, wie er sich verändert und welche Folgen er hat. Wir versuchen dennoch eine Darstellung.

Ein erster Schritt zur Annäherung an das Thema ist der allgemeine Sprachgebrauch in Österreich: als reich galt und gilt ein „Millionär“. Dazu stehen uns mehrere Quellen zur Verfügung.

Laut Lohnsteuerstatistik 2002¹¹⁹ gab es in Österreich 2002 insgesamt 124.539 Menschen, die als ArbeitnehmerInnen oder PensionistInnen ein Bruttojahreseinkommen von mehr als 70.000 Euro hatten, was etwa 1 Million Schilling entsprach. Sie waren – jedenfalls nach der bisherigen und bis heute in Österreich weit verbreiteten Bewertung von Preisen, Einkommen und Vermögen in Schilling – „Einkommensmillionäre“. Davon waren 110.140 ArbeitnehmerInnen und 14.399 PensionistInnen.

Von den 110.140 ArbeitnehmerInnen waren 90.912 Angestellte (82,5 %), 18.903 öffentlich Bedienstete (17,2 %) und sogar 325 ArbeiterInnen (0,3 %). Es waren 97.713 (88,7 %) Männer und nur 12.427 (11,3 %) Frauen. Sie alle zusammen haben 10,49 Mrd. Euro brutto bzw. 6,44 Mrd. Euro netto verdient. Von den 14.399 „Millionären“ unter den PensionistInnen waren 5.576 BeamtInnen in Ruhe (37,8 %) sowie 8.823 sonstige PensionistInnen.

Immerhin 10.265 der 110.140 ArbeitnehmerInnen – also „die obersten Zehntausend“ – verdienten 2002 150.000 Euro und mehr. Von diesen BestverdienerInnen waren 9.678 (94,3 %) Angestellte und 587 (5,7 %) öffentlich Bedienstete. Diese 10.265 Personen verdienten zusammen 2,165 Mrd. Euro, also durchschnittlich 236.570 brutto bzw. 148.530 Euro netto. Und es gab 2002 in Österreich auch 779 PensionistInnen mit Pensionen von 150.000 Euro und mehr pro Jahr, davon 139 BeamtInnen in Ruhe.

Der Einkommensbericht 2002 von Rechnungshof und Statistik Austria geht ins Detail und listet die Jahreseinkommen verschiedenster gesellschaftlicher bzw. Berufsgruppen auf.

Berufsgruppen, die ein jährliches durchschnittliches Einkommen von mehr als 70.000 Euro (also etwa 1 Mio. ATS) hatten, also „Einkommensmillionäre“ waren, das waren – als unselbständig Beschäftigte – Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter) sowie öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, und als Selbständige vor allem die Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von

¹¹⁸ Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2001, S.11

¹¹⁹ Statistik der Lohnsteuer 2002, Statistik Austria

gesetzgebenden Körperschaften. Dass wir an dieser Stelle von der geschlechtsneutralen Schreibweise abweichen, hat seinen Grund darin, dass bei den Bestverdienern die Männer weit stärker vertreten sind als die Frauen, wie wir schon bei den Selbständigeneinkommen (im Kapitel 1.2) aufgezeigt haben.

Der Einkommensbericht 2002 weist aus, dass im Jahr 2000 die 51.600 Angestellten in führender Tätigkeit (also Geschäftsleiter und Geschäftsbereichsleiter) durchschnittlich 77.610 Euro brutto verdient haben. Im Folgejahr 2001 waren es 59.500 Angestellte mit einem durchschnittlichem Bruttojahreseinkommen von 68.730 Euro. 42.800 der 51.600 Angestellten in führender Tätigkeit (fast 83 %) waren im Jahr 2000 Männer mit einem durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen von 84.320 Euro, im Jahr 2001 waren sogar 50.900 von 59.500 (also 85,5%) Männer mit durchschnittlich 73.320 Euro Bruttojahreseinkommen.

Die obersten 10 % aller männlichen Angestellten verdienten im Jahr 2000 durchschnittlich 70.580 Euro (2001 71.148 brutto). Die obersten 10 % weiblicher Angestellte verdienten 2000 dagegen durchschnittlich nur 35.811 Euro, also halb so viel (2001 36.495 Euro). Zwei

Diese Angaben werden durch eine Studie übertroffen, die für die „Manager der 1. Führungsebene“ im Jahr 2004 durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen – je nach Größe des Unternehmens – zwischen 132.500 und 230.200 Euro, für jene der 2. Führungsebene von 83.500 bis 131.800 Euro angibt.¹²⁰

Neben den Führungskräften in der Privatwirtschaft gibt es auch einige gut bezahlte leitende Verwaltungsbedienstete, die in die Gruppe der „Einkommensmillionäre“ gezählt werden können. Im Jahr 2000 verdienten die etwa 11.000 öffentlich Bediensteten mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit durchschnittlich 69.070 Euro brutto, 2001 sogar 72.420 Euro. Von dieser Gruppe waren mehr als drei Viertel Männer.

„Einkommensmillionäre“ und die bestverdienendste Berufsgruppe in Österreich unter den Selbständigen sind die ÄrztInnen. Die knapp 13.000 im „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ selbständig Tätigen verdienten 1998 durchschnittlich 76.079 Euro, 1999 79.194 Euro, 2000 82.282 Euro und 2001 83.187 Euro. Innerhalb dieser drei Jahre stieg ihr durchschnittliches Bruttoeinkommen damit um 9,3 % (oder 3,1 % pro Jahr). Auch hier verdienten die Männer, die einen Anteil von etwa 60 % in dieser Berufsgruppe haben, deutlich über dem Durchschnitt: 1998 durchschnittlich 98.496 Euro, 1999 103.970 Euro, 2000 108.025 Euro und 2001 durchschnittlich 109.213 Euro brutto (das ist ein Einkommensplus von 10,9 %).

Spitzenverdiener sind die Fachärzte: 1999 verdienten die 4.782 selbständigen FachärztInnen Österreichs durchschnittlich 141.051 Euro, die 3.493 Männer darunter allerdings durchschnittlich 163.449 Euro, die 1.289 Frauen nur 80.356 Euro. 25 % aller FachärztInnen Österreichs verdienten 1999 mehr als 178.652 Euro brutto pro Jahr. 1999 verdienten die 2.331 selbständigen ZahnärztInnen Österreichs durchschnittlich 123.647 Euro brutto jährlich, die 1.572 Männer darunter durchschnittlich allerdings 135.710 Euro, die 759 Frauen dagegen nur 98.663 Euro brutto jährlich. 25 % aller ZahnärztInnen verdienten 1999 mehr als 166.839 Euro. Bemerkenswert ist, dass der Einkommensunterschied bei den ZahnärztInnen zwischen Männer und Frauen nur 37 % betrug, während er bei FachärztInnen mit 103 % fast dreimal so hoch war. 1999 verdienten schließlich die 5.418 selbständigen AllgemeinmedizinerInnen Österreichs durchschnittlich 96.249 Euro brutto jährlich, die 3.924 Männer darunter durchschnittlich 111.511 Euro. 25 % aller AllgemeinmedizinerInnen verdienten 1999 mehr als 130.790 Euro brutto jährlich.

Ein einträglicher Beruf ist auch die Rechtsberatung: 1999 waren 2.867 selbständig als Anwalt/Anwältin tätig und verdienten dabei durchschnittlich 102.605 Euro brutto jährlich. Der Beruf ist eine besondere Männerdomäne: 90 % aller selbständigen AnwältInnen sind

¹²⁰ Kienbaum Management Consultants Wien, in: Gewinn 7/8/2004, S.124

Männer. 25 % der RechtsanwältInnen verdienten 1999 mehr als 122.073 Euro brutto jährlich.

Auch die Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung ist einträglich: 1999 waren 2.206 selbständig in diesen Branchen tätig und verdienten dabei durchschnittlich 81.726 Euro brutto jährlich. Auch dieser Beruf ist eine Männerdomäne: 73 % aller selbständigen WirtschaftsprüferInnen und SteuerberaterInnen waren 1999 Männer. Ihr durchschnittliches Einkommen betrug 1999 97.765 Euro brutto jährlich. 25 % der WirtschaftsprüferInnen und SteuerberaterInnen verdienten 1999 mehr als 99.320 Euro.

Letztlich zählt auch die Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Wohnungen und sonstigen Realitäten zu den einträglichsten Berufsgruppen in Österreich. 1999 waren 2.423 Personen in dieser Branche tätig und verdienten durchschnittlich 82.123 Euro. Obwohl der Männeranteil mit 63 % geringer ist als in den vorgenannten Gruppen, sind die Einkommensunterschiede auch hier hoch: Männer verdienten in dieser Branche 1999 durchschnittlich 92.326 Euro, Frauen dagegen nur 64.856 Euro.

In Summe umfassten die vorgenannten Gruppen Selbständiger 1999 zusammen 20.027 Personen, die mehr als 70.000 Euro jährlich brutto verdienten, nach damaliger Geldrechnung „EinkommensmillionärInnen“ waren. Bei den unselbständig und selbständig Erwerbstätigen allein gibt es also rund 145.000 „Einkommensmillionäre“, womit auch die Aussage von Michael Wagner-Pinter bestätigt scheint, wonach in Österreich 118.000 bis 336.000 Haushalte als reich anzusprechen wären.¹²¹

Eine weitere interessante Quelle, die konkrete Hinweise über Reichtum in Österreich gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch. Er konzentriert sich allerdings nicht auf die laufenden Einkommen, sondern auf die vorhandenen Geldvermögen der ÖsterreicherInnen. Und er weist für Österreich im Jahr 2003 rund 60.000 Dollar-MillionärInnen aus, wobei nur Geldvermögen gerechnet wurden, also 60.000 Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 890.000 Euro) besaßen, also auch nach heutiger Euro-Geldrechnung „Millionäre“ genannt werden können. 60.000 Menschen – das entsprach etwa 0,7 % der Bevölkerung Österreichs.¹²² Weltweit wurden 2003 sogar 7,7 Mio. sogenannte „High Net Worth Individuals“ (kurz HNWI) gezählt – um 400.000 bzw. 7,5 % mehr als noch ein Jahr zuvor. Wesentliche Gründe für diese Zunahme seien das Wirtschaftswachstum in Nordamerika und Asien sowie die Erholung der internationalen Finanzmärkte. Sogenannte „Ultra-HNWI“ mit einem Vermögen von 30 und mehr Mio. Dollar gab es weltweit 2003 sogar 70.000, was einer Zunahme von 12.000 oder sogar über 20 % innerhalb nur eines Jahres entsprach. Würde ihr Anteil an den Reichen (0,9 %) in Österreich gleich hoch sein – was zumindest nicht vorderhand auszuschließen ist – , so wären das immerhin 540 derart Superreiche auch in Österreich.

Europa habe die höchste Dichte an Dollar-Millionären, weist der Bericht aus. Auf Europa entfalle ein Drittel aller globalen Vermögen Reicher (ihre Zahl betrug 2003 2,6 Millionen) wie auch ein Drittel aller globalen Vermögen Reicher (etwa 8,7 Billionen Euro). Etwa 200.000 Menschen schafften 2003 den Aufstieg in die Gruppe dieser „High Net Worth Individuals“. Ein europäischer Dollar-(Euro-)Millionär besaß demnach 2003 im Durchschnitt 3,35 Mio. Euro.

90 % dieser Reichen besaßen Geldvermögen von 1 bis 5 Mio. Dollar, 10 % mehr. Wir gehen davon aus, dass sich die Situation in Österreich nicht wesentlich davon unterscheidet, sodass die 60.000 reichsten ÖsterreicherInnen demnach 2003 Geldvermögen von zusammen etwa 201 Mrd. Euro besessen haben, 54.000 davon zwischen 1 und 5 Mio. Dollar, etwa

¹²¹ Michael Wagner-Pinter: Ist Reichtum das Gegenteil von Armut?, in: Was Reichtümer vermögen, Mandelbaum Verlag Wien 2002

¹²² www.at.capgemini.com

3.500 5 bis 10 Mio. Dollar, etwa 2.000 10 bis 30 Mio. Dollar und – wie erwähnt – die restlichen 540 Ultra-Reichen in Österreich mehr als 30 Mio. Dollar.¹²³

Die Mehrzahl der Wohlhabenden konnten ihren Vermögensbestand erhöhen mit der Strategie, mit Hilfe von Beratern das Risiko breit zu streuen und die Erträge zu maximieren, berichtet Cap Gemini. Die meisten der Reichen investierten 2003 wieder vermehrt in Aktien, nachdem sie im Jahr davor konservative Veranlagungsstrategien mit Bargeld und festverzinslichen Wertpapieren verfolgten.

Für die Wohlhabenden sehe auch die Zukunft rosig aus – zumindest finanziell, wie aus dem Bericht hervorgeht. Die AutorInnen gehen bis 2008 von einem unveränderten Wachstum der Geldvermögen der Reichen von 7 % pro Jahr aus. Das heißt, diese derzeit 7,7 Millionen Reichen werden innerhalb von nur 5 Jahren ihre Geldvermögen um ein Drittel vergrößern! Von 28,8 Billionen USD (28.000.000.000.000 USD) im Jahr 2003 auf 40,7 Billionen USD (40.700.000.000.000 USD) im Jahr 2008. Für Österreich bedeutet das, dass die 60.000 Reichsten ihre Geldvermögen bis 2008 von derzeit 201 auf 271 Mrd. Euro vermehren werden. Insbesondere das prognostizierte Wachstum des weltweiten Bruttosozialproduktes sei ein "positives Signal" für Millionäre, wird argumentiert. Vor allem wenn der Trend anhält, dass die Reichen davon einen immer größeren Anteil bekommen. Denn anders wäre ein Wachstum von Geldvermögen, das deutlich höher ist als das gesamtwirtschaftliche Wachstum, ja nicht möglich und erzielbar. Mit anderen Worten: die Reichen werden in den nächsten Jahren um sehr Vieles reicher, auf Kosten der Nicht-Reichen.

Der World Wealth Report zeigt auch auf, dass etwa in den 60er Jahren, also vor der sogenannten Kapitalmarkt-Liberalisierung, der überwiegende Teil des Reichtums noch ererbt wurde, während sich das Bild ab den 90er Jahren völlig gewandelt hat. Nur mehr ein geringer Teil des Reichtums wird ver- und geerbt, der überwiegende Teil „verdient“ durch „aggressive wealth creation and preservation“. Und es entsteht häufig „overnight wealth“. ¹²⁴

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND ¹²⁵ gibt diesen Reichen seit einigen Jahren konkrete Namen. Allein die 100 reichsten Österreicher besaßen demnach 2004 zusammen mehr als 54,7 Mrd. Euro und hießen:

Tab. 41: Die 100 reichsten ÖsterreicherInnen (Vermögen in Mio. Euro)

	Name	2003	2004	Veränderung
1	Flick, Friedrich Karl	5.900	6.113	+213
2	Liechtenstein, Fürst Hans Adam	3.200	3.316	+116
3	Horten-Charvat, Heidi	3.000	3.109	+109
4	Wlaschek, Karl	2.900	3.005	+105
5	Piech, Ferdinand	2.800	2.901	+101
6	Schaeffler, Maria-Elisabeth	2.000	2.072	+72
7	Mayr-Melnhof-Saurau, Franz	1.800	1.981	+181
8	Familie Meisl	1.700	1.761	+61
9	Mateschitz, Dietrich	1.200	1.243	+43
10	Esterhazy, Melinda	1.100	1.140	+40
	Kaufmann, Michael	1.100	1.140	+40
	Stronach, Frank	1.100	1.140	+40
	Familie Swarovski	1.100	1.140	+40
14	Kahane, Emil Alexander	1.000	1.036	+36
	Prinzhorn, Thomas	1.000	1.036	+36
16	Turnauer, Stanislaus	800	920	+120
17	Palmers, Christian Michael	800	829	+29
	Pappas, Alexander	800	829	+29
	Sohmen, Helmut	800	829	+29

¹²³ World Wealth Report 2003, S.13

¹²⁴ World Wealth Report 2003, S.10

¹²⁵ TREND, 1.7.2004

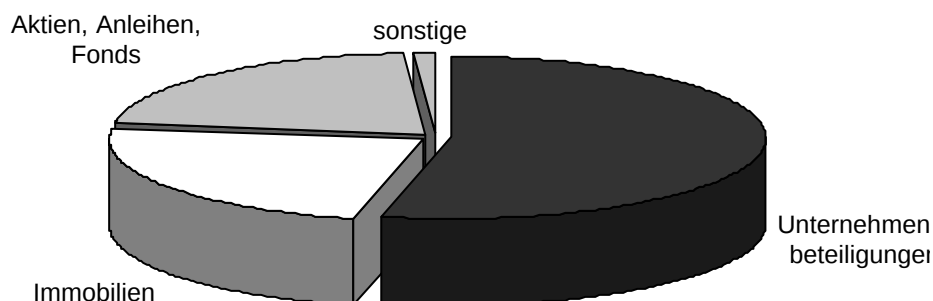
20	Breiteneder, Bettina	700	725	+25
	Schwarz, Georg	700	725	+25
22	Falk, Kurt	600	622	+22
	Leiner, Rudolf	600	622	+22
	Reisch, Hans	600	622	+22
25	Poppmeier, Fritz	560	580	+20
26	Dichand, Hans	500	518	+18
	Drexel, Gerhard	500	518	+18
	Zumtobel, Jürg	500	518	+18
29	Karajan, Ellette	400	414	+14
	Totta, Maurizio	400	414	+14
31	Eliasch, Johan	365	395	+30
32	Mautner Markhof, Marcus	350	363	+13
33	Androsch, Hannes	300	322	+22
	Andlinger, Gerhard	300	311	+11
	Böhm, Leopold	300	311	+11
	Egger, Michael und Fritz	300	311	+11
	Haselsteiner, Hans Peter	300	311	+11
	Kaindl, Matthias und Ernst	300	311	+11
	List, Hans Christoph	300	311	+11
	Pühringer, Peter	300	311	+11
	Schwarzenegger, Arnold	300	311	+11
42	Castelbajac, Christine de	290	300	+10
43	Essl, Martin und Karlheinz	250	259	+9
	Gürtler, Alexandra und Elisabeth	250	259	+9
	Trierenberg, Christian	250	259	+9
46	Heinzel, Alfred	240	249	+9
47	Bablik, Maria	230	238	+8
48	Palfinger, Hubert	150	220	+70
49	Blum, Herbert und Gerhard	200	207	+7
	Glock, Gaston	200	207	+7
	Grupp, Cornelius	200	207	+7
	Kastner, Florian	200	207	+7
	Pfeiffer, Georg und Maria	200	207	+7
	Schwarzenberg, Karl Johannes	200	207	+7
	Schwarzkopf, Michael	200	207	+7
	Schweighofer, Gerald	200	207	+7
57	Baha, Christian	180	187	+7
	Lehner, Alwin und Günter	180	187	+7
	Starhemberg, Georg	180	187	+7
	Theurer, Josef	180	187	+7
	Umdasch, Hilde und Alfred	180	187	+7
62	Beurle, Ludwig	175	181	+6
	Familie Falkensamer	175	181	+6
	Familie Kretz	175	181	+6
	Moskovics, Thomas	175	181	+6
66	Leopold, Rudolf	160	166	+6
	Stepski, Ulrich	160	166	+6
68	Denzel, Peter	150	155	+5
	Michelfeit, Josef	150	155	+5
	Rauch, Franz und Roman	150	155	+5
	Stumpf, Georg	150	155	+5
72	Seiller-Tarbuk, Mario	145	150	+5
	Tessmar-Pfohl, Werner	145	150	+5
74	Simmel, Johannes Mario	140	145	+5
75	Scherb, Walter	130	135	+5
76	Weißenbacher, Andreas	100	127	+27
77	Jürgens, Udo	120	124	+4

	Kapsch, Georg, Karl, Elisabeth	120	124	+4
	Muzicant, Ariel	120	124	+4
	Pressel, Hans	120	124	+4
	Puck, Wolfgang	120	124	+4
82	Greiner, Peter	110	114	+4
	Metternich-Sandor, Franz Albrecht	110	114	+4
	Schmidt-Chiari, Guido	110	114	+4
85	Alexander, Peter	100	104	+4
	Asamer, Hans	100	104	+4
	Bartenstein, Martin	100	104	+4
	Eibl, Johann	100	104	+4
	Fehrer, Monika	100	104	+4
	Frantsits, Werner	100	104	+4
	Fröschl, Eduard	100	104	+4
	Graf, Johann	100	104	+4
	Kiener, Heinrich	100	104	+4
	Leitner, Wolfgang	100	104	+4
	List, Helmut	100	104	+4
	Roth, Rudolf	100	104	+4
	Familie Schachermayer	100	104	+4
	Schmied, Klaus	100	104	+4
99	Mitterbauer, Peter	80	83	+3
100	Zimmermann, Norbert	75	77	+2

Dazu kommen noch über 400 weitere Namen, die Geldvermögen von mehr als 30 Mio. Euro in Österreich besitzen sowie Sachvermögen in unbekannter Höhe sowie etwa 59.500 Namen, die Geldvermögen von mehr als 1 Million Dollar besitzen.

Österreichs Privatstiftungen sind DER Hort des Reichtums schlechthin. Die äußerst günstige Besteuerung von Vermögen, die in Privatstiftungen eingebracht werden (siehe Kapitel 6.3.3), führte zu einem wahren Gründungsboom insbesondere im Jahr 2000, wo alleine mehr als 800 Privatstiftungen gegründet wurden. Nach jüngsten Aussagen des Verbandes Österreichischer Privatstiftungen gibt es in Österreich bereits rund 2.500 Privatstiftungen.¹²⁶ Mehr als die Hälfte des Stiftungsvermögens sind Unternehmensbeteiligungen und etwa je ein Viertel Immobilien bzw. Aktien, Anleihen und Fonds.

Abb. 27: Vermögensanteile der Privatstiftungen in Österreich



Q.: VÖP, Angenommenes Gesamtvermögen: 25 Mrd Euro

¹²⁶ Vorstand des VÖP Dr. Christoph Kraus im KURIER, 21.6.2004, S.20

Eine offizielle Liste aller Privatstiftungen gibt es laut Verband Österreichischer Privatstiftungen nicht. Der Grund: Wahrung der Diskretion. Die daher von uns mithilfe verschiedener Quellen (vor allem Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich und Hoppenstedt) erstellte Liste der bedeutenden Privatstiftungen in Österreich ist nahezu identisch mit der Liste der reichsten ÖsterreicherInnen:

Tab. 42: Liste der bedeutendsten Privatstiftungen in Österreich

Stifter	Vermögen	Stiftungsname
Flick, Friedrich Karl	6,1 Mrd.	Dr. Flick'sche Privatstiftung Rottenmann
Horten, Heide	3,1 Mrd.	Humana- und Privatissimo-Stiftung
Wlaschek, Karl	2,9 Mrd.	Karl Wlaschek Privatstiftung
Piech, Ferdinand	2,9 Mrd.	Louise Piech Privatstiftung
Mayr-Melnhof-Saurau, Franz	1,981 Mrd.	Pfannberg Privatstiftung
Esterhazy, Melinda	1,14 Mrd.	Fürst Esterhazy'sche Privatstiftung Burg Forchtenstein
Langes-Swarowski, Gernot u.a.	1,14 Mrd.	Gernot Langes-Swarowski Privatstiftung
Kaufmann, Michael	1,14 Mrd.	Privatstiftung
Prinzhorn, Thomas	1,036 Mrd.	Thomas Prinzhorn Privatstiftung
Palmer, Christian Michael	829 Mio.	G-Privatstiftung
Pappas Dimitri, Georg u.a.	829 Mio.	Pappas Privatstiftung
Breiteneder Bettina	725 Mio.	SUNRISE Privatstiftung
Leiner, Rudolf	622 Mio.	F.R.F.-, T.R.F.- und I.R.F.-Privatstiftung
Falk, Kurt	600 Mio.	Perspektive- und Vision-Privatstiftung
Dichand, Hans	518 Mio.	Dichand Privatstiftung
Drexel, Gerhard	518 Mio.	JHD-, LD- und BGU-Privatstiftung
Androsch, Hannes	322 Mio.	Androsch Privatstiftung
Egger, Michael und Fritz	311 Mio.	EMF Privatstiftung
Haselsteiner, Hans-Peter	311 Mio.	Haselsteiner Familienprivatstiftung
Kaindl, Matthias und Ernst	311 Mio.	Kaindl's Söhne Privatstiftung
Pühringer, Peter	311 Mio.	POK Pühringer Privatstiftung
Essl, Martin und Karlheinz	259 Mio.	Karl Heinz und Agnes Essl Privatstiftung
Gürtler, Alexandra und Elisabeth	259 Mio.	GEAL- und ALGE-Privatstiftung
Trierenberg, Christian	259 Mio.	Cheops-, Monte Rosa- und Xanthos-Privatstiftung
Palfinger, Hubert	220 Mio.	PALFINGER Privatstiftung
Blum, Herbert und Gerhard	207 Mio.	Blum Privatstiftung
Glock, Gaston	207 Mio.	Glock Privatstiftung
Kastner, Florian	207 Mio.	Florian Kastner Privatstiftung
Schwarzenberg, Karl Johannes	207 Mio.	Fürstlich Schwarzenberg'sche Familien-Privatstiftung
Familie Schwarzkopf	207 Mio.	Schwarzkopf-Privatstiftung
Schweighofer, Gerald	207 Mio.	Schweighofer Privatstiftung
Baha, Christian	187 Mio.	Baha Privatstiftung
Lehner, Alwin und Günter	187 Mio.	ALPLA Privatstiftung
Umdasch, Hilde und Alfred	187 Mio.	Hilde Umdasch- und Alfred Umdasch-Privatstiftung
Leopold, Rudolf	166 Mio.	Leopold Museum-Privatstiftung
Stepski, Ulrich	166 Mio.	STEPSKI Privatstiftung
Michelfeit, Wilhelm u.a.	155 Mio.	Wilhelm und Friederike Michelfeit Privatstiftung
Rauch Franz, Roman u.a.	155 Mio.	Rauch Privatstiftung
Stumpf, Georg	155 Mio.	MILLENIUM Privatstiftung
Scherb, Walter	135 Mio.	St. Klemens Privatstiftung
Kapsch, Wilhelm	124 Mio.	Kapsch Privatstiftung
Pressel, Hans	124 Mio.	Valtrini Privatstiftung
Bartenstein, Martin	104 Mio.	Lithos Privatstiftung
Graf, Johann	104 Mio.	Moy'sche Privatstiftung
Kiener, Heinrich	104 Mio.	Kiener Privatstiftung
Leitner, Wolfgang	104 Mio.	Custos Privatstiftung
List, Helmut	104 Mio.	List- und H.L.M.-Privatstiftung
Roth, Rudolf	104 Mio.	Roth Privatstiftung
Mitterbauer, Peter u.a.m.	83 Mio.	Mitterbauer Privatstiftung

Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt, TREND (1.7.2004)

Reichtum ist erstrebenswert. Für alle. Aber es werden ihn nie alle haben. Denn Reichtum schafft sich Institutionen, sichert sich politische Durchsetzungskraft zur Durchsetzung seiner Interessen, der Interessen der Finanzanleger, der multinationalen Konzerne, der Immobilienbesitzer, im Wettlauf um geringe Besteuerung und um die Erhöhung der eigenen Einkommen und Vermögen. Reichtum sorgt zumeist erfolgreich für seine Vermehrung. Die gegenwärtige Politik in Österreich ist ein gutes Anschauungsbeispiel dafür: Reiche sitzen in hohen politischen Funktionen, Reiche stellen Politiker bei sich an und nehmen Einfluss auf die Politik, um günstigere Steuern oder öffentliches Eigentum zu bekommen, Reiche in Politik und Medien verhindern, dass die Steuerprivilegien ihrer Privatstiftungen abgeschafft werden, Reiche diffamieren alle Maßnahmen gegen ihre Interessen als wirtschaftsfeindlich und wollen jegliche Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in Wirtschaftsfragen beseitigen. Reiche bestimmen über Arbeits- und Freizeit, Arbeit, Einkommen und Existenzen von Menschen. Reichtum ist daher auch politische Macht in den Händen weniger Akteure. Und es stellt sich daher auch die Frage, wie die Demokratie Österreich mit dieser wachsenden politischen Macht des Reichtums umgeht. Denn „*Macht braucht Kontrolle*“.¹²⁷ Wie sich die Verteilung des wachsenden Reichtums zwischen Erwerbs- und Kapitaleinkommen, Erwerbstätigen und PensionistInnen, Frauen und Männern entwickeln wird, ist nicht durch ökonomische Gesetze vorprogrammiert, sondern bleibt Ergebnis politischen Willens. „*Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein.*“¹²⁸

¹²⁷ Dr. Thomas Klestil, erstmals am 29.4.1992; vgl. APA0198 vom 29.4.1992

¹²⁸ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn 1997

8. ZUSAMMENFASSUNG

Während in Österreich die Zahl der Armen, ihre Armut und wie sie entsteht genau untersucht wird, ist die Zahl der Reichen, ihr Reichtum und wie er entsteht wenig bekannt. Armut und Reichtum nehmen in Österreich aber offensichtlich – das zeigen viele Indizien und dieser Bericht – gleichzeitig zu. Weil erhebliche Umverteilungsprozesse im Gange sind, die auch unerwünschte gesellschaftspolitische Folgen haben, ist daher politisches Handeln erforderlich.

Einkommen

Die **ArbeitnehmerInnenentgelte** (2003 einschließlich Arbeitgeberbeiträgen 114,8 Mrd. Euro) steigen zwar nominell von Jahr zu Jahr, ihr Anstieg war aber geringer als das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt sinkt seit 1982 um 5,5 % (von über 56 auf 51 % des BIP), obwohl die Zahl der ArbeitnehmerInnen seither um etwa 400.000 zugenommen hat. Die ArbeitnehmerInnen bekommen also einen immer kleiner werdenden Anteil an der gemeinsamen Wertschöpfung. Eine genau entgegengesetzte Entwicklung verzeichneten dagegen die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen: ihr Anteil am BIP stieg in dieser Zeit um 6,2 %, obwohl ihre Zahl leicht zurückging.

Die Entwicklung der Real-Nettolöhne und -gehälter der ArbeitnehmerInnen (wie auch der Pensionen) zeigt sogar phasenweise echte Rückgänge. In den letzten Jahren sind kleine, unterdurchschnittliche ArbeitnehmerInnen-Einkommen kaum mehr gestiegen. Überdurchschnittliche Einkommenszuwächse hatten in den letzten Jahren dagegen jene, die bereits überdurchschnittlich viel verdienen. Die Einkommen der 5 % EinkommensbezieherInnen mit den besten Einkommen sind von 1995 bis 2001 um durchschnittlich 23 % gestiegen. Die Ungleichheit bei den Einkommen der unselbständig Beschäftigten nimmt deutlich zu.

Die Einkommenszufriedenheit in Österreich sinkt.

Das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen hängt eng mit der Zunahme „atypischer“ Beschäftigungen mit geringen Einkommen seit Mitte der 90er Jahre zusammen. Auch die Schulbildung bewirkt Unterschiede in den Einkommen der ArbeitnehmerInnen. Bei den Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen ist in Österreich ein Nord-Süd-Gefälle feststellbar.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen bei den unselbständig Erwerbstätigen 2001 68 % bei den Bruttolöhnen und -gehältern und 53 % bei den Netto-Löhnen und -gehältern (eine Entwicklung, die sich bei den Pensionen sogar noch verstärkt). Dies ist einerseits dadurch bedingt, dass ein Drittel der Frauen nur teilzeit- oder geringfügig beschäftigt ist. Aber auch in gleichen beruflichen Positionen und bei Vollarbeitszeit betragen die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen 3 bis 29 %.

Der **Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen** (2003: 82,6 Mrd. Euro) haben sich in den vergangenen 25 Jahren insgesamt nominell verfünffacht und sind damit stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt und die ArbeitnehmerInnenentgelte, die sich nominell vervierfacht haben. Es ist auch ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 1978 bis 2003 um 7 % gestiegen. Das jährliche Wachstum der Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen gemessen an der Zahl der Betriebe und Selbständigen war mehr doppelt so stark als das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte. In den letzten Jahren hat sich der beständige Einkommenszuwachs von Unternehmen und Selbständigen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt.

Die Einkommensunterschiede zwischen kleinen und großen Einkommen sind bei den Selbständigen deutlich größer als bei den ArbeitnehmerInnen: das oberste Einkommensviertel der Selbständigen verdient durchschnittlich mehr als fünfmal so viel wie das unterste Einkommensviertel. Bei den ArbeitnehmerInnen beträgt dieser

Unterschied nur das Zweieinhalbfache. Spitzeneinkommen sind bei den Selbständigen weit häufiger als bei den ArbeitnehmerInnen. Und die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind bei den Selbständigen noch ausgeprägter als bei den ArbeitnehmerInnenentgelten. Denn zwei Drittel aller einkommensteuerpflichtigen Selbständigen sind Männer.

Nur ein Drittel aller körperschaftsteuerpflichtigen Betriebe zahlt Körperschaftsteuer. Die 2005 in Kraft tretende Körperschaftsteuersenkung von rund 1,1 Mrd. Euro wird nur den etwa 10 % bestverdienenden Mittel- und Großunternehmen (rund 8.300) zugute kommen.

Die **Vermögenseinkommen** (sie betragen mehr als 60 Mrd. Euro) bestehen zu etwa zwei Drittel aus Zinsen und zu etwa einem Drittel aus Gewinnausschüttungen und -entnahmen. Allein die inländischen Kreditinstitute verzeichneten in den Jahren 2002 und 2003 Nettozinserträge von jeweils mehr als 7 Mrd. Euro. Die jährlichen Vermögens- und Erwerbseinkommen aus der Vermietung und Verpachtung von Wohnungen, Büros und Geschäftsräumen können mit weiteren etwa 2,7 Mrd. Euro angenommen werden. Vermögens- und Besitzeinkommen sind seit den 80er Jahren aufgrund der Kapitalmarktliberalisierung wesentlich stärker gestiegen als Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Die **Einkünfte aus umverteiltem Einkommen**, also im wesentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, betrugen 2001 60,4 Mrd. Euro. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt, die „Sozialquote“, ist seit 1994 nicht mehr gestiegen und geht seit 1997 zurück. Die niedrigeren Erwerbseinkommen der Frauen finden ihre Fortsetzung in niedrigeren Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialleistungen. Frauen sind daher vom Armut und Armutsgefährdung stärker betroffen als Männer. Sozialleistungen haben eine deutlich armutslindernde Wirkung. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine „Lohnnebenkostensenkung“ läuft aber auf eine weitere Senkung der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen hinaus und damit auf eine Einkommensminderung bei Haushalten mit niedrigem Lebensstandard und damit eine Erhöhung von Armutsgefährdung und Armut, weil bei diesen Haushalten Sozialleistungen 31 bis 57 % ihres Einkommens ausmachen.

Verwendung von Einkommen

Mit steigendem Einkommen stieg der Anteil des Einkommens, der nicht für Konsum, sondern für Sparen bzw. Vermögensbildung aufgewendet wird. Konsum und Sparen hängen stark vom verfügbaren Einkommen ab. Die „Sparquote“, der Anteil des Sparens am verfügbarem Einkommen, nahm in den letzten Jahren deutlich ab. In den letzten Jahren sind sowohl die Konsum- wie auch Sparbereitschaft und -fähigkeit der privaten Haushalte schwächer geworden, während Sparbereitschaft und -fähigkeit der Kapitalgesellschaften (Wirtschaft und Finanzwirtschaft) kontinuierlich anstiegen ist.

Geldvermögen

Mit Jahresende 2003 wies die Oesterreichische Nationalbank Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.322,9 Mrd. Euro aus. Rein rechnerisch wären das pro Kopf der Bevölkerung 164.274 Euro Geldvermögen gewesen. Tatsächlich aber gehörten „nur“ 303,7 Mrd. Euro „privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ (also Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen), 125,9 Mrd. Euro der Wirtschaft, 818,1 Mrd. Euro der Finanzwirtschaft und 75,1 Mrd. dem „Staat“, also den Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und Kammern.

377,9 Mrd. Euro der gesamten Geldvermögen entfielen auf gewährte Kredite, 370,7 Mrd. auf Bargeld und Einlagen, 243,7 Mrd. auf Wertpapiere (damit sind vor allem Geld- und Kapitalmarktpapiere sowie Finanzderivate gemeint), 242,6 Mrd. auf Anteilsrechte (also Aktien und Investmentzertifikate), 66,9 Mrd. auf „versicherungstechnische Rückstellungen“ (also Ansprüche Privater aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen), 17,6 Mrd. auf sonstige Forderungen (etwa aus Handelskrediten) und 3,5 Mrd. auf Währungsgold und Sonderziehungsrechte.

Von 1996 bis 2003 wuchsen die Geldvermögen in Österreich um 497 Mrd. Euro oder 60 %. Das entspricht einem jährlichen Wachstum der Geldvermögen in Österreich von durchschnittlich 71 Mrd. Euro oder 8,6 %. Damit wuchsen die Geldvermögen in absoluten Beträgen gemessen etwa zehnmal so stark wie das Bruttoinlandsprodukt.

Überdurchschnittlich stark gestiegen sind die Geldvermögen der Wirtschaft (+14,7 % p.a.), deutlich unter dem Durchschnitt dagegen die Geldvermögen der Privaten (+5,0 % p.a.). Überdurchschnittlich ist auch der Bestand an Anteilsrechten (+28,3 % p.a.) und Wertpapieren (+11,4 % p.a.) gestiegen. In absoluten Beträgen gemessen wuchs das Geldvermögen der Finanzwirtschaft am stärksten (+46,4 Mrd. Euro p.a.) sowie der Bestand an Anteilsrechten (+23,0 Mrd. Euro p.a.). Der Anteil von Wirtschaft und Finanzwirtschaft am gesamten Geldvermögen nahm in diesen Jahren zu (plus 4,1 %), während der Anteil der Privaten im selben Maß zurückging (minus 4,2 %).

Bei den Privaten besteht ein hoher Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, des verfügbaren Einkommens und des Geldvermögens. Dagegen erfolgte das Geldvermögenswachstum bei der Wirtschaft völlig losgelöst vom Wachstum von Bruttoinlandsprodukt und verfügbarem Einkommen, zudem mit Wachstumsraten, die stets über, zum Teil ein Vielfaches von BIP und verfügbarem Einkommen betrugen. Das Wachstum der Geldvermögen der Finanzwirtschaft erfolgte im wesentlichen parallel zum Wachstum von Bruttoinlandsprodukt und verfügbarem Einkommen, jedoch mit wesentlich höheren Raten. Auch die Geldvermögensbildung des Staates erfolgte in den letzten Jahren weitgehend losgelöst von der allgemeinen Entwicklung von Wirtschaft und verfügbarem Einkommen.

Die Zahl der Spareinlagen bei inländischen Kreditinstituten war 2003 rückläufig. Gestiegen ist allerdings die Zahl jener Sparkonten, die hohe und sehr hohe Spareinlagen (ab 500.000 Euro) hatten. Diese werden zugleich mit wesentlich höheren Zinsen bedacht als kleine Sparguthaben.

Schulden

Den Geldvermögen auf der Aktivseite stehen erhebliche Verbindlichkeiten und Schulden auf der Passivseite gegenüber. Bei den Privaten und der Finanzwirtschaft sind die Geldvermögen höher als die Verbindlichkeiten und Schulden, bei Wirtschaft und Staat dagegen die Schulden.

Die Verschuldung der Wirtschaft und der Privaten nahm in den letzten Jahren deutlich zu, obwohl die Bereitschaft zur Aufnahme neuer Kredite gerade durch die Wachstumskrise deutlich eingeschränkt wurde. Bei der Wirtschaft ist ein deutlicher Anstieg der Eigenfinanzierung (Eigenkapitalquote) feststellbar, was mit dem starken Wachstum des Geldvermögens zusammenhängt. Bei den privaten Haushalte ist ein deutliches Ansteigen der Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit festzustellen.

Die Finanzwirtschaft übt aufgrund des hohen Volumens an Geldvermögen und Verbindlichkeiten, vor allem aber durch ihre Zinspolitik einen erheblichen Einfluss auf die Geldvermögensbildung aus.

Die öffentlichen Schulden sind in den letzten Jahren weiter gestiegen, wobei das Wachstum ausschließlich durch den Bund verursacht wurde, denn der Schuldenstand der Länder und Gemeinden ist rückläufig.

Sachvermögen

Eine Bewertung des in Österreich vorhandenen Sachvermögens (Erwerbs-, Gebrauchs-, Verbrauchs- und Spekulationsvermögens) von Wirtschaft, Privaten und Staat ergibt aktuell einen Betrag von etwa 782 Mrd. Euro.

Das Betriebsvermögen der heimischen Wirtschaft ist mit 56,1 Mrd. Euro für Gebäude, Wohnungen und Kraftfahrzeuge anzunehmen, jenes der Land- und Forstwirtschaft

(Flächen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Betriebsmittel, Kraftfahrzeuge) mit 267 Mrd. Euro.

An Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen bestehen in Österreich die selbstgenutzten Wohnungen und Einfamilienhäuser mit einem Wert von 257,7 Mrd. Euro und Kraftfahrzeuge mit einem Wert von 13,3 Mrd. Euro.

Das Spekulationsvermögen in Form von Baulandreserven in Österreich ist mit 35,4 Mrd. Euro anzunehmen.

Beim Sachvermögen des „Staates“ ist in den letzten Jahren ein Rückgang an Vermögensbildung (durch eine deutliche Rücknahme öffentlicher Direktinvestitionen – minus 2 Mrd. Euro p.a. 2001 gegenüber 1998) und eine Verminderung öffentlichen Sachvermögens (durch Privatisierungen – plus 1 Mrd. Euro p.a. 2001 gegenüber 1998) festzustellen. Von 1987 bis 2002 hat der Bund Sachvermögen im Gesamtwert von über 9,5 Mrd. Euro privatisiert.

Das Sachvermögen des Bundes (in ausgegliederten, bilanzierenden Institutionen sowie einschließlich der Bundesstraßen) beläuft sich auf etwa 71,2 Mrd. Euro. Das Sachvermögen der Länder und Gemeinden (an Pflichtschulen, Kindertagesheimen, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Landes-, und Gemeindestraßen sowie ausgegliederten Institutionen) ist mit 96,7 Mrd. Euro anzusetzen. Dazu kommen Wohnungen im Eigentum von Gebietskörperschaften, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sowie gemeinnützigen Bauvereinigungen, die mit einem Wert von 19,7 Mrd. Euro zu anzusetzen sind.

Zusammengerechnet bestehen also in Österreich Geld- und Sachvermögen von zusammen mehr als 2.100 Mrd. Euro.

Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, der Einkommensverwendung und schließlich von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum in Österreich.

Das Steuerrecht in Österreich besteuert Einkommen in unterschiedlicher Weise: Erwerbseinkommen von unselbständig oder auch selbständig Erwerbstätigen werden mit einem progressiven Steuertarif besteuert, der von Null bis zum höchsten Steuersatz 50 % reicht. Erwerbseinkommen von Körperschaften werden dagegen einheitlich mit 34 %, künftig mit nur mehr 25 % besteuert. Und Einkommen, das nicht durch Erwerbstätigkeit, sondern durch Kapitalvermögen entsteht, wird ebenfalls nicht progressiv, sondern einheitlich mit 25 % besteuert.

2003 wurden de facto nur 7,7 % der gesamten Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen in Form von Körperschafts- und Einkommensteuer an den Staat abgeliefert, aber 13,3 % der ArbeitnehmerInneneinkommen in Form der Lohnsteuern. ArbeitnehmerInneneinkommen werden in Österreich somit höher besteuert als Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse, also Unternehmensgewinne. Diese Entwicklung wird durch die Steuerreform 2005 noch verstärkt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit 28,7 Mrd. Euro für 2004 veranschlagten Einnahmen zwar exakt die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht.

Österreich ist ein Steuerparadies für Vermögende. Die Kapitalertragsteuer machte 2002 nur 0,2 % gemessen an den vorhandenen Geldvermögen aus. Die Grundsteuer macht ebenfalls nur 0,2 % gemessen an den vorhandenen Grundvermögen aus. Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen, deren Vorteile durch die Steuerreform 2005 noch verstärkt werden. Die gesamten Vermögenssteuern in Österreich auf Geld- und Sachvermögen (Kapitalertragsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Steuern auf Grund und

Boden) betragen derzeit etwa 3,3 Mrd. Euro. Angesichts vorhandener Geld- und Sachvermögen in Österreich von zusammen mehr als 2.100 Mrd. Euro entspricht das 0,2 %.

Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben in Österreich ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Steuern auf Arbeit machen 42 % der Steuereinnahmen des Bundes aus, jene auf Konsum sogar 50 %, jene auf Vermögen dagegen nur 6 % der Gesamteinnahmen aus. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen zu 92 % auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. Zudem ist die Besteuerung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Österreich von 1994 bis 2004 um das Drei- bis Vierfache stärker gestiegen als die Besteuerung von Vermögen.

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass Österreich nicht das vielzitierte Hochsteuerland ist. Der Einkommensteuerspitzensatz liegt (unter Berücksichtigung des steuerbegünstigten 13. und 14. Gehaltes) deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Österreich hat schon vor der Steuerreform 2005 die niedrigste effektive Unternehmensbesteuerung aller EU15-Staaten. Die Umsatzsteuer liegt knapp über dem EU15-Durchschnitt. Bei den Vermögenssteuern ist Österreich das mit Abstand günstigste Land der EU15.

Armut und Reichtum

876.000 Menschen oder 11 % der Bevölkerung sind von Armutsgefährdung oder Armut betroffen. Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko haben Menschen im ländlichen Raum, Frauen, selbständig Erwerbstätige, AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien, Menschen mit geringer Schulbildung, PensionistInnen, Arbeitslose, Behinderte und MigrantInnen. Besonders betroffen sind daher auch Kinder. Am wenigsten betroffen sind kinderlose Haushalte, Vollzeitbeschäftigte sowie MaturantInnen und AkademikerInnen. Die Armutsgefährdungsrate veränderte sich in den 90er Jahren in Österreich nicht wesentlich, ist 2001 aber auf 12 % gestiegen. Zwischen Armut und Gesundheit besteht ein deutlicher Zusammenhang: ärmere Menschen sind häufiger krank. Sozialleistungen sind ausgesprochen wichtig, denn sie vermindern die Anzahl der armen Personen in Österreich um mehr als die Hälfte.

Während Armut wesentlich genau erforscht ist, gibt es bislang in Österreich keine umfassende Darstellung von Reichtum. Die Lohnsteuerstatistik wies 2002 knapp 125.000 ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen mit einem Bruttojahreseinkommen von mehr als 70.000 Euro (ca. 1 Million ATS) aus. Die „obersten Zehntausend“ verdienten durchschnittlich 236.570 Euro pro Jahr. Die Einkommensteuerstatistik weist weitere 20.000 Selbständige mit einem Bruttojahreseinkommen von mehr als 70.000 Euro (ca. 1 Million ATS) aus – macht zusammen rund 145.000 „Einkommensmillionäre“ (nach alter Schilling-Rechnung). Der Einkommensbericht 2002 weist als „Einkommensmillionäre“ Angestellte und öffentlich Bedienstete mit führender Tätigkeit sowie selbständige Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler aus, wobei in diesen Berufsgruppen sehr stark Männer dominieren und die Einkommensunterschiede zu Frauen sehr hoch sind.

Der „World Wealth Report 2004“ weist für Österreich 60.000 Dollar-Millionäre aus, wobei nur Geldvermögen gerechnet sind. Sie besaßen zusammen 201 Mrd. Euro bzw. durchschnittlich 3,3 Mio. Dollar. Etwa 3.500 ÖsterreicherInnen besaßen mehr als 5 Mio. Dollar, etwa 2.000 mehr als 10 Mio. und rund 540 sogar mehr als 30 Mio. Dollar Geldvermögen. Die AutorInnen des „World Wealth Report“ gehen bis 2008 von einem unveränderten Wachstum der Geldvermögen der Reichen von 7 % pro Jahr aus, was deutlich über den Wachstumsraten der Wirtschaft insgesamt liegt. Das heißt, dass die 60.000 reichsten ÖsterreicherInnen ihre Geldvermögen in den nächsten 5 Jahren von 201 auf 271 Mrd. Dollar vergrößern werden. Die 100 reichsten ÖsterreicherInnen besitzen zusammen Vermögen im Wert von 54,7 Mrd. Euro.

In Österreich gibt es mittlerweile bereits etwa 2.500 Privatstiftungen. Die Liste der größten und bedeutendsten Privatstiftungen ist nahezu identisch mit der Liste der reichsten Österreicher.

Und Reichtum hat mittlerweile in Österreich auch politische Macht entwickelt, die seinen Interessen und der Mehrung von Reichtum nutzbar gemacht wird.

9. Was man besser machen könnte ...

Wenn es zweckmäßig ist und gelingen soll, dass sich die Einkommens- und Vermögensschere in Österreich nicht weiter öffnet, wodurch zunehmender sozialer und politischer Sprengstoff entsteht, dann ist ein breites Bekenntnis zu einer gerechten Verteilung des gemeinsam Erwirtschafteten erforderlich, zu einer neuen Kultur des Teilens, der Rücksichtnahme auf und Solidarität mit Schwächeren in der Gesellschaft, eines respektvollen Umgangs mit Mensch und Natur. Dann dürfen nicht nur die Anliegen der Arbeitgeber berücksichtigt werden, sondern auch das Anliegen der Gewerkschaften, dass die Realeinkommen der ArbeitnehmerInnen mit dem Produktivitätsfortschritt und gesamtwirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. Dann muss das Steuersystem in jene Richtung umgebaut werden, dass Steuerprivilegien abgebaut und Einkommen aus Arbeit nicht mehr benachteiligt werden gegenüber Einkommen, die nicht durch Arbeit entstehen. Dann werden öffentliche Haushalte nicht kaputtgespart, sondern es werden mit einer aktiven öffentlichen Investitionspolitik in Bildung, Forschung und Infrastruktur die wirtschaftlichen Chancen des Landes und vieler ArbeitnehmerInnen und Unternehmen vergrößert und die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand verbessert. Und es werden Sozialleistungen nicht vermindert, sondern zur Beseitigung von Armut vermehrt.

Dazu wird zunächst eine neue, aktive Rolle für den modernen Staat erforderlich sein. Die Verteilungsprozesse den Kräften der Wirtschaft zu überlassen, wie dies zur Zeit der Fall ist, hat Vorteile lediglich für jene erbracht, die bereits höhere Einkommen und Vermögen haben. Die Lebenschancen und -perspektiven der Einkommensschwächeren sind gesunken. Die neoliberale Gesamtorientierung der Politik in Europa und Österreich ist die Erfüllung ihrer Versprechen nicht nur schuldig geblieben, sie hat die europäische Entwicklung gegenüber anderen Wirtschaftsräumen sogar verschlechtert. Eine neue, aktive Rolle für den modernen Staat muss eine Trendwende herbeiführen. Durch eine Budget- und Sozialpolitik, die sich den Zielen verschreibt, die Lebenschancen und -perspektiven für alle gleichermaßen zu erhöhen. Durch eine Wirtschaftspolitik, die tiefe Konjunktureinbrüche verhindert und Arbeitslosigkeit aktiv entgegenwirkt. Durch eine Steuerpolitik, die Arbeit und Konsum einerseits und Vermögen andererseits gerechter besteuert. Durch eine Bildungs-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik, die den Zugang zu Einkommen und die Möglichkeit zur Vermögensbildung für ArbeitnehmerInnen verbessert. Dieser moderne Staat ist nicht notwendigerweise ein „großer Staat“, aber ein wirksamer, effizienter Staat, der Marktversagen ausgleicht, der Wachstum fördert, der die Erwerbsbeteiligung erhöht, der bei Sozialleistungen für Wohlhabende spart, der öffentliches Eigentum an Unternehmen nicht privatisiert, sondern auch zur Finanzierung seiner Aufgaben heranzieht. Die Sachvermögensposition der Öffentlichkeit sollte daher nicht durch Privatisierungen weiter geschwächt, sondern durch verstärkte Investitionen (insbesondere in die Bildung, Forschung und Infrastruktur) verbessert werden. Ein Abgehen von einer reinen shareholder value-Orientierung wäre in Unternehmen möglich, wenn strategische Beteiligungen öffentlicher und privater österreichischer Investoren erfolgen, jedenfalls nicht aufgegeben werden.

Die unterschiedlichen Wachstumsraten von ArbeitnehmerEinkünften einerseits und Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen andererseits haben ebenso wie die Lohnnebenkostensenkungen oder überdurchschnittliche Zuverdienste der Besserverdienenden keine volkswirtschaftlichen Vorteile (wie höhere Investitionen, höhere Beschäftigung, höhere Masseneinkommen, höheres Wachstum) erbracht. Der Einkommenszuwachs von Unternehmen und Selbständigen hat sich vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Einkommen und Geldvermögen der Wirtschaft wachsen überdurchschnittlich, führen aber nicht zur Schaffung von mehr Beschäftigung. Unter den ArbeitnehmerInnen nehmen dagegen Einkommensunzufriedenheit, Arbeitslosigkeit, Überschuldung und Armutsgefährdung zu. Es muss aus volkswirtschaftlichem Interesse Ziel und Aufgabe der Politik werden, mitzuwirken, dass die Einkommen von ArbeitnehmerInnen, Selbständigen und Wirtschaft zumindest in gleicher Weise wachsen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass ArbeitnehmerInnen Zugang zu

Erwerbstätigkeit mit zum Leben ausreichendem Einkommen haben. Die Politik hat insbesondere beizutragen, dass Frauen und Männer bei gleicher Tätigkeit gleiche Einkommen erhalten und dass Frauen eine Vollzeitberwerbstätigkeit ermöglicht wird, insbesondere durch bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen.

„Je stärker die Schere zwischen einkommensstarker und einkommensschwacher Erwerbstätigkeit aufgeht, desto mehr Anstrengung muss die Sozialpolitik unternehmen. Es gilt zu verhindern, dass die relativ zurückfallenden Haushalte nicht auf Grund eines unzureichenden materiellen Lebensstandards vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden. In dieser Hinsicht nehmen die Herausforderungen für die Sozialpolitik zu. Denn die Einkommensunterschiede wachsen von Jahr zu Jahr“, stellt der Sozialbereich 2001/2002 unmissverständlich fest.¹²⁹ Eine Minderung von Sozialleistungen erhöht Armutsgefährdung und Armut. Die Sozial-, Gesundheits-, Pensions- und Familienpolitik in Österreich darf daher zu keiner weiteren Minderung von Einkommen bei Menschen mit niedrigem oder sehr niedrigem Lebensstandard führen. Finanzierungsprobleme öffentlicher Kassen dürfen nicht auf dem Rücken der Einkommensschwächsten gelöst werden. Angesichts vorhandener Geld- und Sachvermögen von mehr als 2.100 Mrd. Euro in Österreich und ihres minimalen Beitrages zum Allgemeinwohl ist es weder anständig, noch notwendig, bei den Ärmsten und Schwächsten, ihren Einkommen und Pensionen zu sparen. Österreich sollte es viel mehr zu einem erklärten Hauptziel der Politik machen, dass die Armut nicht weiter steigt und gesenkt wird. Das erste Ziel sollte sein, dass in Österreich kein Kind mehr in Armut lebt.

Ein entscheidender Schritt wird eine wirklich große Steuerreform sein müssen, die die Gleichheit aller SteuerzahlerInnen durch Abschaffung von Steuerprivilegien herstellt, die Einkommen aus Arbeit nicht höher besteuert als Einkommen, die ohne Erwerbsarbeit entstehen. Und die auch realwirtschaftliche Umsätze nicht höher besteuert als Umsätze auf den Kapitalmärkten. Denn dass Umsätze und Einkommen aus Geld, Wertpapieren und Aktien kaum bzw. wesentlich geringer besteuert werden als reale Waren- und Dienstleistungsumsätze bzw. Einkommen aus Erwerbsarbeit, führte dazu, dass Investitionen in Finanzanlagen wesentlich attraktiver geworden sind als Investitionen in Sachanlagen. Die Geldvermögensbildung erfolgt daher zunehmend zu Lasten der realwirtschaftlichen Entwicklung. Die Börsen erweisen sich als Casinos, deren Höhenflüge immer weniger der realwirtschaftlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung zu tun haben, ja im Gegenteil zu einer enormen Umverteilung von Einkommen führen, wenn aus bisherigen ArbeitnehmerEinkommen durch „Personalabbau“ höhere Unternehmensgewinne und Dividenden für die Eigentümer werden. Das Wachstum der Geldvermögen in Österreich ist mit 71 Mrd. Euro bzw. 8,6 % pro Jahr bereits zehnmal höher als das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Unter diesen Gesichtspunkten sagt das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes allein immer weniger über die wahren Entwicklungen des Wohlstandes, von Armut und Reichtum in Österreich aus.

Geldvermögensbildung sollte nicht attraktiver sein als Investitionen in Sachanlagen. Steuern auf Vermögen sollten zumindest im gleichen Maß steigen wie Steuern auf Erwerbseinkommen, um die Einkommens- und Vermögensschere nicht weiter zu öffnen. Vermögen sollten beispielsweise ebenso wie Erwerbseinkommen durch Abgaben zum Allgemeinwohl beitragen. Beiträge zum Allgemeinwohl, zur sozialen Sicherheit sollten nicht nur von Erwerbseinkommen und Pensionen geleistet werden, sondern auch vom vorhandenen Geld- und Sachvermögen. Der Schweizer Weg könnte als Vorbild dienen. Die bisherige Ausrichtung vieler Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf die ArbeitnehmerInnen, ihre Zahl bzw. ihre Einkommen nimmt immer weniger Rücksicht auf die reale Wertschöpfung, die etwa in der Finanzwirtschaft ungleich höher ist als im produzierenden Bereich oder bei persönlichen Dienstleistungen. Auch hier ist eine Neuausrichtung erforderlich. Auch die Steuerprivilegien der Privatstiftungen sind abzubauen, da diese keinen erkennbaren volkswirtschaftlichen Nutzen erbracht haben,

¹²⁹ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.25

sondern vor allem individuelle Vorteile für die Stifter und deren Begünstigte, die ohnehin schon zu den Reichsten in unserem Land zählen.

Die Steuerpolitik ist das letzte wesentliche Standort- und Verteilungsinstrument der Mitgliedstaaten der EU. Die Harmonisierung der Steuern in der EU sowie die Festlegung auf Mindeststeuern innerhalb der EU25 (insbesondere für Unternehmen und Kapital) muss zu einem Hauptgegenstand der österreichischen und der Europapolitik insgesamt werden. Es ist nicht einzusehen, dass Nettozahler in der EU wie Österreich den Steuerwettbewerb von Nettoempfängern wie vielen der neuen Mitgliedstaaten finanzieren. In Steuerfragen muss vom Prinzip der Einstimmigkeit, wie es die EU-Verfassung derzeit vorsieht, abgegangen werden, da andernfalls kaum oder keine Fortschritte erzielt werden können. Innerhalb der EU darf es keine Steueroasen mehr geben. Zu Ländern außerhalb der EU, die Steueroasen aufrecht erhalten, muss es Kapitalverkehrskontrollen geben. Die Orientierung des vorhandenen Vermögens in der EU auf den realwirtschaftlichen Fortschritt ist entscheidend für den Wohlstand der Zukunft. Auch die Geldpolitik in der EU muss die primäre Aufgabe bekommen, für nachhaltige Beschäftigung und reales Wirtschaftswachstum zu sorgen.

Im Rahmen einer großen Steuerreform sollte auch die Besteuerung von Grund und Boden auf realistische Grundlagen gestellt werden, etwa durch eine progressive Gestaltung, die abhängig ist von der Einkommens- und Vermögenssituation. Im Gegenzug könnte etwa geförderter Wohnbau weitgehend von der Grundsteuer befreit werden. Es ist zu diskutieren, die Erbschaftssteuer generell an das internationale Niveau anzupassen, also zu erhöhen, jedoch Steuerbefreiungen dann vorzusehen, wenn Erbe einem gemeinnützigen Zweck gestiftet wird.

Nicht zuletzt sollte eine Reform der Verkehrs- und Verbrauchssteuern mehr progressive Elemente in diesen Steuern einbauen, vor allem um gesundheitliche und ökologische Wirkungen zu erzielen bzw. Sparsamkeit beim Ressourcenumgang zu fördern. Es ist auch zu diskutieren, ob – nach schwedischem Vorbild – jährlich offengelegt wird, wer in Österreich wie viel Steuern zahlt und damit zum Allgemeinwohl beiträgt.